



# MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

„Die Nationalratswahl 1986  
unter besonderer Berücksichtigung  
des Inseratewahlkampfes der Bundes-ÖVP“

Verfasser

Markus Hammer BA

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 066 803

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Masterstudium Geschichte

Betreuer:

Univ. Prof. Dr. Karl Vocelka



## *In Dankbarkeit*

*... meiner so starken Mutter,  
die mir täglich aufs Neue beweist  
wie stark der Wille sein kann!*

*... meinem Vater,  
der mir Konsequenz und Ausdauer  
beigebracht hat!*

*... all meinen Freunden,  
die mich unterstützt und aufgemuntert haben,  
vor allem Eva, Julia und David!*





# Inhaltsverzeichnis

<b>1 Einleitung.....</b>	<b>4</b>
<b>2 Nationalratswahlen in der Zweiten Republik.....</b>	<b>6</b>
2.1 Die Ergebnisse der Nationalratswahlen seit 1945.....	6
<b>3 Politische Ausgangssituation vor der Wahl 1986.....</b>	<b>11</b>
3.1 Das Ergebnis der Nationalratswahl 1983 und das politische Geschehen bis zur Nationalratswahl 1986.....	12
3.1.1 Die Landtagswahlen zwischen 1983 und 1986.....	12
3.1.2 Die Regierungspartei SPÖ in der Zeit von 1983 bis 1986.....	14
3.1.3 Die Grünen betreten die politische Bühne – der Anti-Hainburg-Protest.....	15
3.1.4 Der „Fall Reder“.....	16
3.1.5 Volksbegehren und Glykol-Skandal.....	17
3.1.6 Die Krise der Verstaatlichten Industrie und Probleme der Wirtschaft.....	17
3.1.7 Die Bundespräsidentenwahl 1986 – Die „Waldheim-Affäre“.....	20
3.1.8 Der Rücktritt von Fred Sinowatz als Parteivorsitzender der SPÖ.....	24
3.1.9 Jörg Haider wird Bundesparteibeamter der FPÖ – das Ende der Kleinen Koalition zwischen SPÖ und FPÖ.....	25
<b>4 Die Nationalratswahl 1986.....</b>	<b>28</b>
4.1 Die Ausgangssituation vor der Wahl.....	28
4.2 Die wahlwerbenden Parteien für die NRW 1986.....	30
4.2.1 Die Grüne Alternative - Liste/Freda Meissner-Blau.....	31
4.2.2 „Mir reicht’s“.....	32
4.3 Die Spitzenkandidaten der Parteien für die NRW 1986.....	32
4.3.1 Franz Vranitzky (SPÖ).....	32
4.3.2 Alois Mock (ÖVP).....	33
4.3.3 Jörg Haider (FPÖ).....	33
4.3.4 Franz Muhri (KPÖ).....	34
4.3.5 Freda-Meissner-Blau (Die Grüne Alternative – Liste/Freda Meissner-Blau).....	34
4.4 Das Wahlprogramm der ÖVP.....	35
4.4.1 Gestaltung des ÖVP-Wahlprogramms.....	36
4.4.2 Inhalte des ÖVP-Wahlprogramms.....	36
4.5 Der Verlauf des Nationalratswahlkampfes 1986 im Allgemeinen.....	42
4.6 Der Wahlkampf „aus der Sicht der ÖVP“.....	59
4.6.1 Briefe des ÖVP-Parteibeamten und Auszüge aus seiner Abschlusserklärung.....	59
4.6.2 Die Wahl-Analyse von Fritz Plasser für die ÖVP.....	64
4.6.3 Die Analyse von Andreas Khol.....	71

4.6.4 Bericht des ÖVP-Organisationsreferenten .....	75
4.6.5 Analyse des ÖVP-Wahlkampfleiters Heribert Steinbauer .....	77
4.6.6 Die Darstellung des ÖVP-Wahlkampfs mit besonderem Bezug auf den ÖVP-Spitzenkandidaten .....	85
4.6.7 Analysen des ÖVP-Wahlkampfs von der anderen Seite .....	87
4.6.8 ÖVP-parteiinterne Kritik am laufenden Wahlkampf .....	89
4.7 Die Inserate der ÖVP und der SPÖ im Wahlkampf 1986 .....	90
4.7.1 ÖVP-Inserate im Nationalratswahlkampf 1986 .....	90
4.7.1.1 Präsentation des Spitzenkandidaten in Verbindung mit Sachaussagen .....	91
4.7.1.2 Kritikargumentation .....	93
4.7.1.3 Schlussrunde .....	98
4.7.2 Die SPÖ-Inserate im Nationalratswahlkampf 1986 .....	101
4.8 Das Ergebnis der Nationalratswahl 1986 vom 23. November 1986 .....	111
4.8.1 Die Auswirkungen des politischen Jahres 1986 .....	111
4.9 Analyse der Nationalratswahl vom 23. November 1986 .....	113
4.9.1 Die Verlierer .....	113
4.9.2 Die Gewinner .....	113
4.9.3 Analyse nach regionalen Gesichtspunkten .....	114
4.9.4 Wer wählte warum welche Partei? .....	116
4.9.5 Wählerstromanalyse .....	118
4.9.6 Wer waren die WechselwählerInnen? .....	120
4.9.7 Was wählten die ErstwählerInnen? .....	121
<b>5 Fazit und Schlussbemerkungen .....</b>	<b>125</b>
<b>6 Bibliographie .....</b>	<b>128</b>
6.1 Unveröffentlichte Quellen .....	128
6.2 Literaturverzeichnis .....	129
6.3 Quellen aus dem Internet .....	132
6.4 Zeitungen und Zeitschriften .....	133
<b>7 Abbildungen .....</b>	<b>134</b>
Tabellen: .....	134
Inserate und Plakate (im Anhang): .....	134
<b>Anhang .....</b>	<b>135</b>
<b>Zusammenfassung .....</b>	<b>148</b>
<b>Lebenslauf Markus Hammer .....</b>	<b>150</b>

## 1 Einleitung

Die Nationalratswahl 1986 ist deshalb eine ganz besondere Wahl, weil sich seit dieser Wahl vor 25 Jahren das heutige Parteienspektrum nur wenig verändert hat. Auch wenn heute gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei (SPÖ), der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), der Freiheitlichen Partei (FPÖ) und den Grünen eine weitere Kleinpartei, als Abspaltungsergebnis von der FPÖ, im Parlament sitzt und eine andere Kleinpartei, das Liberale Forum (LIF), es kurzfristig schaffte in den Nationalrat „zu kommen“ – ebenfalls als Abspaltungsergebnis von den „Blauen“ – besteht das heutige Parteienspektrum eigentlich aus vier Gruppierungen, eben SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne. Und diese vier Parteien waren nach der Wahl im November 1986 im Parlament vertreten und sind es bis heute geblieben.

Diese Wahl ist auch deshalb interessant, weil der danach auf Bundesebene so erfolgreiche und wohl umstrittenste Politiker der Zweiten Republik, Jörg Haider, erstmals zu einer Bundeswahl als Obmann der FPÖ antrat und einen ersten Erfolg einfahren konnte. Dieser Wahlerfolg war der Auftakt zu vielen weiteren bis hinein ins nächste Jahrtausend. Aber nicht nur die Freiheitlichen schafften einen Erfolg, auch die „Grünen“ konnten sich bei dieser Wahl erstmals etablieren. Sie waren bei der zuvorangegangenen Wahl noch gescheitert, doch 1986 sollte es mit dem Einzug in den Nationalrat erstmals klappen.

Die beiden damaligen Großparteien, SPÖ und ÖVP, rangen 1986 um die Spitze. Die Entwicklung seit der vorangegangenen Wahl 1983 ließ es zu, dass die Volkspartei den Sozialisten „immer näher kam“ und den ersten Platz strittig machte. Die ÖVP wollten Platz eins, sie wollte den Bundeskanzler stellen – nach 16 Jahren Opposition.

Eine Wahlauseinandersetzung wird auf vielen verschiedenen Ebenen geführt. Es geht um Botschaften, um Personen; es geht den Parteien darum, die WählerInnen zu überzeugen, damit sie die eigene Partei auch wählen. Wahlkampf ist auch die Vermittlung von Positionen, die Bewerbung von Personen, mit der Einsetzung von Inseraten. Natürlich hat dieser Wahlkampf 1986 auch auf dieser Ebene stattgefunden. Mir geht es darum, herauszufinden, worauf die ÖVP beim Einsatz von Inseraten „gesetzt“ hat, was wollte sie vermitteln und welche Rolle haben diese im

Wahlkampf gespielt? Dazu muss man allerdings den gesamten Wahlkampf der ÖVP, im Speziellen die Auseinandersetzung mit der SPÖ, im Auge haben. Dazu ist es notwendig den Wahlkampfverlauf „global“ darzustellen. Und um dahinterzukommen, ob die ÖVP das, was sie sich eigentlich vorgenommen hatte, dann auch umsetzen konnte, und ob sie damit bei den WählerInnen „punktete“ wird ein weiterer Teil der Untersuchung sein.

Dazu werde ich nicht nur die „politische Vorgeschichte“ zur Nationalratswahl 1983 darstellen, sondern auch die Inserate von ÖVP und SPÖ ausführlich dokumentieren. Aus den verschiedensten Analysen, Berichten von Spitzenpolitikern und Experten aus den Bereichen Politikwissenschaft, Sozialwissenschaft und der Meinungsforschung werde ich den Nationalratswahlkampf 1986 „global“ darstellen und die Strategien der Großparteien versuchen herauszufiltern. Aus diesem dokumentierten „Gesamtbild“ werde ich im Anschluss den Inseratewahlkampf<sup>1</sup>, den die ÖVP-Bundespartei 1986 geführt hat, analysieren.

---

<sup>1</sup> Hinweis: Alle Inserate und direkten Zitierungen sind in der damals gültigen Rechtschreibung gehalten.

## 2 Nationalratswahlen in der Zweiten Republik

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren in der wiedererstandenen Republik Österreich nur drei politische Parteien zugelassen. Diese drei Parteien, die SPÖ, die ÖVP und die KPÖ, waren in der provisorischen Regierung von Dr. Karl Renner (SPÖ) vertreten. Am 25. November 1945 fanden die ersten allgemeinen Wahlen nach dem Krieg statt. Diese Wahlen im von den Alliierten besetzten Österreich endeten mit einem klaren Votum für die Demokratie, denn nur vier der 165 möglichen Mandate gingen an die Kommunisten. Die ÖVP errang 85 Mandate, die SPÖ 76. Der Niederösterreicher Leopold Figl bildete die neue Regierung, wieder mit Beteiligung der KPÖ, deren Vertreter allerdings zwei Jahre später ausschied und durch einen SPÖ-Politiker ersetzt wurde. Bis zum April 1966 wurde Österreich von einer Großen Koalition von ÖVP und SPÖ regiert. Die bei den Nationalratswahlen 1966 gewonnenen ÖVP-Absolute wurde vier Jahre später wieder verloren, die SPÖ gewann bei der Wahl 1970 erstmals die relative Mehrheit. Nach der Bildung einer Minderheitsregierung unter Dr. Bruno Kreisky (SPÖ) und vorgezogenen Nationalratswahlen am 10. Oktober 1971 gewannen die Sozialisten die absolute Mehrheit und Kreisky bildete erneut eine SPÖ-Alleinregierung, die bis zu den Wahlen am 24. April 1983 halten sollte. Bei diesen Wahlen hielt die SPÖ die relative Mehrheit und war seitdem mit 90 Mandaten im Nationalrat vertreten. Auf die ÖVP waren 81, auf die FPÖ 12 Mandate entfallen. Nach dem Rücktritt Kreiskys wurde Fred Sinowatz Bundeskanzler einer Rot-Blauen Regierung, mit Norbert Steger (FPÖ) als Vizekanzler.<sup>2</sup>

### 2.1 Die Ergebnisse der Nationalratswahlen seit 1945

#### 25. November 1945:

Abb. 1:

Partei	Stimmen	in %	Mandate
Österreichische Volkspartei	1.602.227	49,8	85
Sozialistische Partei Österreichs	1.434.898	44,6	76
Kommunistische Partei Österreichs	174.257	5,4	4
Demokratische Partei Österreichs	5.972	0,2	-

Quelle: Bundesministerium für Inneres: [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/nationalrat/NRW\\_1945.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1945.aspx) am 25.7.2011

---

<sup>2</sup> Bundespressedienst (Hg.): Die Nationalratswahlen in Österreich. Information zum 23. November 1986 (Wien 1986), 14-16

## 9. Oktober 1949:

Abb. 2:

Partei	KB <sup>3</sup>	Stimmen	in %	Mandate
Österreichische Volkspartei	Ö.V.P.	1,846.581	44	77
Sozialistische Partei Österreichs	S.P.Ö.	1,623.524	38,7	67
Kommunistische Partei Österreichs u. Linksozialisten (Linksblock)	Linksblock	213.066	5,1	5
Wahlpartei der Unabhängigen	W. d. U.	489.273	11,7	16
Demokratische Union	D. U.	12.059	0,28	-
Vierte Partei (Ergokraten)	Vierte Partei	7.134	0,17	-
Demokracina fronta delovnegna ljudstva	D. F.	2.088	0,04	-
Demokratische Partei Österreichs	D. P. Ö.	5	0	-
Wirtschaftspartei der Haus- und Grundbesitzer	Wirtschaftspartei d. H. u. G.	3	0	-
Österreichische Patriotische Union	Ö. P. U.	0	0	-

Quelle: [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/nationalrat/NRW\\_1949.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1949.aspx) am 25.7.2011

## 22. Februar 1953:

Abb. 3:

Partei	KB	Stimmen	in %	Mandate
Bund der österreichischen Monarchisten		1.210	0,03	-
Christlich-demokratische Partei (Krscanska demokratska stranka)		3.668	0,08	-
Christlichsoziale Partei und Parteifreie Persönlichkeiten		3.029	0,07	-
Österreichische National-Republikaner und Parteilose		1.054	0,02	-
Österreichische Patriotische Union	Ö. P. U.	26	0	-
Österreichische Volkspartei	ÖVP	1,781.777	41,3	74
Sozialistische Partei Österreichs	SPÖ	1,818.517	42,1	73
Überparteiliche Einigung der Mitte, Wahlgemeinschaft parteiloser Persönlichkeiten		5.809	0,13	-
Wahlgemeinschaft Österreichische Volksopposition	VO	228.159	5,3	4
Wahlpartei der Unabhängigen	WdU	472.866	10,9	14
Wahlpartei Freie Demokraten		2.573	0,06	-

Quelle: [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/nationalrat/NRW\\_1953.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1953.aspx) am 25.7.2011

<sup>3</sup> Abk.: KB=Kurzbezeichnung

### 13. Mai 1956:

Abb. 4:

Partei	KB	Stimmen	in %	Mandate
Ergokratische Partei		231	0	-
Freie Arbeiterbewegung Österreichs		1.812	0,04	-
Freiheitliche Partei Österreichs	FPÖ	283.749	6,5	6
Kommunisten und Linksozialisten	KuL	192.438	4,4	3
Österreichische Mittelstandspartei		23	0	-
Österreichische Patriotische Union		83	0	-
Österreichische Volkspartei	ÖVP	1.999.986	46	82
Parlamentarische Vertretung der Wahlverhinderten, Nichtwähler und ungültigen Stimmen in Österreich		7	0	-
Partei der Vernunft		284	0	-
Sozialistische Partei Österreichs	SPÖ	1.873.295	43	74

Quelle: [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/nationalrat/NRW\\_1956.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1956.aspx) am 25.7.2011

### 10. Mai 1959:

Abb. 5:

Partei	KB	Stimmen	in %	Mandate
Österreichische Volkspartei	ÖVP	1.928.043	44,2	79
Sozialistische Partei Österreichs	SPÖ	1.953.935	44,8	78
Freiheitliche Partei Österreichs	FPÖ	336.110	7,7	8
Kommunisten und Linksozialisten	KLS	142.578	3,3	-
Bund demokratischer Sozialisten	BDS	2.190	0,1	-

Quelle: [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/nationalrat/NRW\\_1959.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1959.aspx) am 25.7.2011

### 18. November 1962:

Abb. 6:

Partei	KB	Stimmen	in %	Mandate
Österreichische Volkspartei	ÖVP	2.024.501	45,4	81
Sozialistische Partei Österreichs	SPÖ	1.960.685	44	76
Freiheitliche Partei Österreichs	FPÖ	313.895	7	8
Kommunisten und Linksozialisten	KLS	135.520	3	-
Bund demokratischer Sozialisten	BDS	21.530	0,5	-

Quelle: [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/nationalrat/NRW\\_1962.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1962.aspx) am 25.7.2011

### 6. März 1966:

Abb. 7:

Partei	KB	Stimmen	in %	Mandate
Österreichische Volkspartei	ÖVP	2.191.109	48,35	85
Sozialistische Partei Österreichs	SPÖ	1.928.985	42,56	74
Freiheitliche Partei Österreichs	FPÖ	242.570	5,35	6
Demokratische Fortschrittliche Partei, DFP-Liste Franz Olah	DFP	148.528	3,28	-
Kommunisten und Linksozialisten	KLS	18.636	0,41	-
Liberaler Partei Österreichs	LPÖ	1.571	0,04	-
Marxisten-Leninisten Österreichs	MLÖ	486	0,01	-

Quelle: [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/nationalrat/NRW\\_1966.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1966.aspx) am 25.7.2011

## 1. März 1970:

Abb. 8:

Partei	KB	Stimmen	in %	Mandate
Österreichische Volkspartei	ÖVP	2,078.010	44,7	79
Sozialistische Partei Österreichs	SPÖ	2,235.905	48,4	81
Freiheitliche Partei Österreichs	FPÖ	254.363	5,5	5
Kommunistische Partei Österreichs	KPÖ	46.689	1	-
Demokratische Fortschrittliche Partei, DFP-Liste Franz Olah	DFP	17.405	0,4	-
Nationaldemokratische Partei	NDP	3.484	0,07	-
Adolf Glantschnig - Für Menschlichkeit, Recht und Freiheit in Österreich	MRF	237	0	-

Quelle: [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/nationalrat/NRW\\_1970.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1970.aspx) am 25.7.2011

## 1. März 1970<sup>4</sup>:

Abb. 9:

Partei	KB	Stimmen	in %	Mandate
Österreichische Volkspartei	ÖVP	2,051.012	44,7	78
Sozialistische Partei Österreichs	SPÖ	2,221.981	48,4	81
Freiheitliche Partei Österreichs	FPÖ	253.425	5,5	6
Kommunistische Partei Österreichs	KPÖ	44.750	1	-
Demokratische Fortschrittliche Partei, DFP-Liste Franz Olah	DFP	14.925	0,3	-
Nationaldemokratische Partei	NDP	2.631	0,1	-
Adolf Glantschnig - Für Menschlichkeit, Recht und Freiheit in Österreich	MRF	237	0	-

Quelle: [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/nationalrat/NRW\\_1970\\_wh.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1970_wh.aspx) am 25.7.2011

## 10. Oktober 1971:

Abb. 10:

Partei	KB	Stimmen	in %	Mandate
Sozialistische Partei Österreichs	SPÖ	2,280.168	50	93
Österreichische Volkspartei	ÖVP	1,964.713	43,1	80
Freiheitliche Partei Österreichs	FPÖ	248.473	5,5	10
Kommunistische Partei Österreichs	KPÖ	61.762	1,4	-
Offensiv links	OL	1.874	0	-

Quelle: [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/nationalrat/NRW\\_1971.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1971.aspx) am 25.7.2011

<sup>4</sup> unter Berücksichtigung der Wiederholungswahl vom 4. Oktober 1970



## 5. Oktober 1975:

Abb. 11:

Partei	KB	Stimmen	in %	Mandate
Sozialistische Partei Österreichs	SPÖ	2,326.201	50,4	93
Österreichische Volkspartei	ÖVP	1,981.291	42,9	80
Freiheitliche Partei Österreichs	FPÖ	249.444	5,4	10
Kommunistische Partei Österreichs	KPÖ	55.032	1,2	-
Liste Steinacher Franz		440	0	-
Gruppe Revolutionäre Marxisten	GRM	1.024	0	-

Quelle: [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/nationalrat/NRW\\_1975.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1975.aspx) am 25.7.2011

## 6. Mai 1979:

Abb. 12:

Partei	KB	Stimmen	in %	Mandate
Sozialistische Partei Österreichs	SPÖ	2,413.226	51	95
Österreichische Volkspartei	ÖVP	1,981.739	41,9	77
Freiheitliche Partei Österreichs	FPÖ	286.743	6,1	11
Kommunistische Partei Österreichs	KPÖ	45.280	1	-
Christlich-Soziale-Arbeitsgemeinschaft	CSA	2.263	0	-

Quelle: [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/nationalrat/NRW\\_1979.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1979.aspx) am 25.7.2011

## 24. April 1983:

Abb. 13:

Partei	KB	Stimmen	in %	Mandate
Sozialistische Partei Österreichs	SPÖ	2,312.529	47,6	90
Österreichische Volkspartei	ÖVP	2,097.808	43,2	81
Freiheitliche Partei Österreichs	FPÖ	241.789	5	12
Kommunistische Partei Österreichs	KPÖ	31.912	0,7	-
Vereinte Grüne Österreichs - Liste Tollmann	VGÖ	93.798	2	-
Alternative Liste Österreich	ALÖ	65.816	1,4	-
Österreich-Partei	ÖP	5.851	0,1	-
Ausländer-Halt-Bewegung	AUS	3.914	0	-

Quelle: [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/nationalrat/NRW\\_1983.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1983.aspx) am 25.7.2011

### 3 Politische Ausgangssituation vor der Wahl 1986

In der „Geschichte Österreichs“ beschrieb der Historiker Karl Vocelka die Zeit in der ersten Hälfte der 1980er Jahre:

*„Die Zeit der Fortschrittsgläubigkeit und des blinden Vertrauens in Technik und Wirtschaftswachstum war vorbei, die Hochkonjunktur vorüber, das ‚deficit spending‘ der Ära Kreisky rächte sich wirtschaftspolitisch, die Medien mit ihrem Enthüllungsjournalismus wandten sich gegen die bisherige politische Praxis. Viele Absprachen („Packelei“) und Privilegien der Politiker, die noch in den 70er Jahren kein Thema waren, wurden nun ans Licht der Öffentlichkeit gezerrt.“<sup>5</sup>*

Am 8. Juni 1986 gewann Kurt Waldheim die Bundespräsidentenwahlen. Mit 53,9 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen schlug der ehemalige österreichische Außenminister und UN-Generalsekretär den SPÖ-Kandidaten Kurt Steyrer und fügte der SPÖ eine schwere Niederlage zu. Bereits am Tag nach der Wahl kündigte Bundeskanzler Sinowatz seinen Rücktritt als Bundeskanzler an, um sich besser seiner Funktion als SPÖ-Vorsitzender, ein Amt, das er seit Herbst 1983 innehatte, widmen zu können. Ihm folgte am 16. Juni 1986 Franz Vranitzky. Nach dem FPÖ-Bundesparteitag am 13. September 1986, wo Steger in einer Kampfabstimmung die Obmannschaft der FPÖ an den Kärntner Landesrat Jörg Haider verloren hatte, beschloss die SPÖ-Führung die Koalition mit den Freiheitlichen zu beenden und Neuwahlen durchzuführen.<sup>6</sup>

Soweit in kurzen Worten die Ausgangssituation unmittelbar vor der Nationalratswahl, die am 23. November 1986 stattfinden sollte. Aber wie kam es zu diesen vorgezogenen Neuwahlen? Dazu ist es notwendig, drei Jahre zurückzugehen, zur vorangegangenen Nationalratswahl im Jahr 1983.

---

<sup>5</sup> Vocelka, Karl: Geschichte Österreichs. Kultur – Gesellschaft – Politik (Graz, Wien, Köln 2006), 349

<sup>6</sup> Bundespressedienst (Hg.): Information zum 23. November 1986, 16f

### 3.1 Das Ergebnis der Nationalratswahl 1983 und das politische Geschehen bis zur Nationalratswahl 1986

Bei den Nationalratswahlen am 24. April 1983 beteiligten sich 92,5 Prozent der WählerInnen, die SPÖ konnte die relative Mehrheit (47,66 Prozent) halten, verlor aber fünf Mandate, wogegen die ÖVP (43,22 Prozent) vier gewann. Die FPÖ gewann ein Mandat (4,98 Prozent). Andere Parteien schafften den Einzug in den Nationalrat nicht, u.a. die Vereinten Grünen Österreichs (VGÖ) und die Alternative Liste Österreich (ALÖ). Am Wahlabend erklärte der bisherige Bundeskanzler, Bruno Kreisky (SPÖ), er halte sein Wort und stehe angesichts des Verlustes der SPÖ-Absoluten künftig nicht mehr als Bundeskanzler zur Verfügung.<sup>7</sup> Auf Vorschlag Kreiskys einigte sich der SPÖ-Vorstand den bisherigen Unterrichtsminister und Vizekanzler, Fred Sinowatz, zum Kanzlerkandidaten zu nominieren. Am 12. Mai schloss die SPÖ mit der FPÖ ein Koalitionsabkommen. Schwerpunkt des Koalitionsabkommens war die Wirtschaftspolitik und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Zu Beginn dieser Koalition stand die Budgetpolitik der Regierung im Mittelpunkt des Interesses, v.a. die steigenden Staatsschulden. Die ÖVP kritisierte die Budget-Politik der Rot-Blauen Koalition schwer und sprach von einem „*Belastungsbudget*“ und beim Wirtschaftsbelebungsprogramm der Regierung von einem „*Belastungspaket*“.<sup>8</sup>

#### 3.1.1 Die Landtagswahlen zwischen 1983 und 1986

Die Wiener Gemeinderats- und Landtagswahl im April desselben Jahres ergaben ein ähnliches Ergebnis wie bei der Nationalratswahl, die SPÖ verlor leicht (Minus ein Mandat), die ÖVP gewann ein wenig dazu (+ 2 Mandate), und die FPÖ verlor ein Mandat.<sup>9</sup> Bei den niederösterreichischen Landtagswahlen konnte die ÖVP drei Mandate dazugewinnen, wogegen die SPÖ drei Mandate verlor. Die FPÖ schaffte den Einzug in den Landtag nicht. Die Salzburger Landtagswahlen brachten wieder Erfolge für die ÖVP (Plus 2 Mandate und die absolute Mehrheit) und Verluste für die SPÖ (Minus ein Mandat) und die FPÖ (Minus ein Mandat). Eine Fortsetzung des

---

<sup>7</sup> Weinzierl, Erika: Zeitgeschichte im Überblick. In: Dusek, Peter; Weinzierl, Erika; Pelinka, Anton (Hg.): Zeitgeschichte im Aufriß. Österreich seit 1918. 50 Jahre Zweite Republik, 4. ergänzte Auflage (Wien 1995), 301

<sup>8</sup> Weinzierl, Erika: Zeitgeschichte im Überblick, 303-305

<sup>9</sup> Weinzierl, Erika: Zeitgeschichte im Überblick, 303

Erfolges bei Wahlen durch die ÖVP gab es auch bei den Tiroler Landtagswahlen im Juni, wo die Partei unter Bundesparteiobmann Alois Mock ein Mandat dazugewann, die SPÖ eines verlor und die FPÖ mit zwei Mandaten den Einzug in den Landtag schaffte. Die darauffolgenden Vorarlberger Landtagswahlen brachten aber den Stopp des ÖVP-Siegeszuges. Die Grünen hatten mit 13 Prozent der Stimmen und somit vier Mandaten nicht nur für eine Überraschung gesorgt, sondern der ÖVP auch einen Verlust von zwei Mandaten, der SPÖ einen von einem Mandat und der FPÖ mit einem von drei Mandaten beschert. Spitzenkandidat der Grünen war der damals 30jährige Bauer Kaspar Ignaz Simma aus dem Bregenzer Wald. Er sollte sich jedoch nicht für die Bundespolitik gewinnen lassen.<sup>10</sup> Das Ergebnis der Kärntner Landtagswahlen brachte ein anderes Bild: Die SPÖ verlor 2,4 Prozent, konnte aber ihren Mandatsstand und die absolute Mehrheit halten. Die ÖVP verlor ebenso (Minus 3,6 Prozent) hielt aber die Mandate. Den einzigen Stimmenzuwachs konnte die FPÖ erringen, sie verzeichnete ein Plus von 4,3 Prozent und zog mit fünf Mandaten in den Landtag ein. Der Kärntner FPÖ-Chef Jörg Haider hatte im Vorfeld der Wahl ein Volksbegehren für getrennten Schulunterricht im gemischtsprachigen Gebiet Kärntens initiiert.<sup>11</sup> Diese Politik rund um die Minderheitenrechte und Slowenen-Frage in Kärnten sollte bis zum Tod Haiders im Oktober 2008 ein Schwerpunkt seiner Politik in Kärnten bleiben.

Eine ganz besondere Landtagswahl war sicherlich die in der Steiermark am 21. September 1986. Jörg Haider war zu diesem Zeitpunkt neuer FPÖ-Bundesparteiobmann, Bundeskanzler Sinowatz zurückgetreten und Vranitzky Bundeskanzler und SPÖ-Parteichef. Letzterer hatte nur wenige Tage zuvor bekanntgegeben, dass der Nationalrat seine Auflösung beschließen und es am 23. November desselben Jahres Neuwahlen des Nationalrats geben werde. Die ÖVP gewann die steirischen Landtagswahlen mit einem Plus von 0,86 Prozent. Die „Schwarzen“ behielten somit die absolute Mehrheit von 30 Mandaten. Die SPÖ verlor 3,8 Prozent und zwei Mandate. Die FPÖ verlor zwar ebenfalls, wenn auch nur 0,46 Prozent, hielt aber ihre beiden Mandate. Die Grünen zogen mit 3,73 Prozent erstmals in den steirischen Landtag ein. Haider verkaufte den geringen Verlust bei dieser Landtagswahl als „*Trendwende*“, hatten die Freiheitlichen bei vorigen

---

<sup>10</sup> Weinzierl, Erika: Zeitgeschichte im Überblick, 305f

<sup>11</sup> Weinzierl, Erika: Zeitgeschichte im Überblick, 307

Wahlgängen doch teils schwere Niederlagen verzeichnen müssen. Die ÖVP sah sich im Aufwind und in der Situation, nach vielen Jahren der SPÖ-Dominanz erstmals wieder Platz eins bei einer Nationalratswahl erreichen zu können.<sup>12</sup> Das Ergebnis dieser Landtagswahl zeichnet somit ein gutes Bild von der Ausgangslage für die Nationalratswahl.

### 3.1.2 Die Regierungspartei SPÖ in der Zeit von 1983 bis 1986

Am 29. Oktober 1983 wurde Sinowatz dann am SPÖ-Parteitag zum Nachfolger Kreiskys als SPÖ-Parteivorsitzender gewählt.<sup>13</sup> Bereits im September hatte Sinowatz sein Regierungsteam umgebildet und Franz Vranitzky zum neuen Finanzminister gemacht. Leopold Gratz, Wiener Bürgermeister seit 1973, wurde Außenminister, die Wiener Vizebürgermeisterin Gertrude Fröhlich-Sandner Familienministerin und der bisherige stellvertretende Salzburger Landeshauptmann Herbert Moritz Unterrichtsminister. Dessen Vorgänger, Helmut Zilk, wurde hingegen neuer Wiener Bürgermeister. Die Regierungsbildung wurde von der ÖVP schwer kritisiert, sie sei eine „*Panikreaktion*“ des Bundeskanzlers, wie ÖVP-Generalsekretär Michael Graff attestierte. Die Historikerin Erika Weinzierl war davon überzeugt, dass es in der SPÖ nach dem Abgang Kreiskys Richtungsstreitigkeiten gab. Diese würden hauptsächlich von der „*Jungen Generation*“ artikuliert worden sein.<sup>14</sup> Am 22. Februar 1985 trat Bautenminister Karl Sekanina zurück. Auch seine Funktion als Vorsitzender der Gewerkschaft Metall, Bergbau und Energie legte er zurück. Sekanina sah sich mit Vorwürfen konfrontiert, die einen Personalkredit und den sehr günstigen Ankauf einer Villa in Wien-Hietzing von einer Baufirma betrafen. Sein Nachfolger wurde Heinrich Übleis, bisher Generalpostdirektor.<sup>15</sup> Am 17. Dezember 1985 kam es zu einer neuerlichen Veränderung im SPÖ-Regierungsteam. Kurt Steyrer, bisher Gesundheits- und Landwirtschaftsminister, schied aus der Regierung aus, er wurde von der SPÖ als Bundespräsidentenskandidat aufgestellt. Seine Nachfolge trat der bisherige ORF-Intendant Franz Kreuzer an. Franz Löschnak wurde zum Minister im Bundeskanzleramt bestellt.<sup>16</sup>

---

<sup>12</sup> Weinzierl, Erika: Zeitgeschichte im Überblick, 312

<sup>13</sup> Weinzierl, Erika: Zeitgeschichte im Überblick, 305

<sup>14</sup> Weinzierl, Erika: Zeitgeschichte im Überblick, 307

<sup>15</sup> Weinzierl, Erika: Zeitgeschichte im Überblick, 308

<sup>16</sup> Weinzierl, Erika: Zeitgeschichte im Überblick, 309

### 3.1.3 Die Grünen betreten die politische Bühne – der Anti-Hainburg-Protest

Ende 1984 kam es zum Showdown im Protest um die Errichtung eines Wasserkraftwerkes in der Stopfenreuther Au bei Hainburg.<sup>17</sup> SP-Kanzler Sinowatz hatte das Projekt zum Symbol für das Bekenntnis zur Wasserkraft erhoben. Auch die Gewerkschaften, die Wirtschaft und der niederösterreichische Landesrat Ernest Brezovsky standen hinter dem Kraftwerk.<sup>18</sup> Die Anti-Hainburg-Protestbewegung sollte zur eigentlichen Geburtsstunde der grünen basisdemokratischen Bewegung werden. Als am 11. Dezember die ersten Baumschlägerungen durchgeführt werden sollten, zogen ca. 3000 Menschen in die Au und besetzten trotz winterlicher Kälte das Gebiet um weitere Schlägerungen zu verhindern. Die federführenden Günther Nenning, langjähriger sozialistischer Präsident der Journalistengewerkschaft, und die „Grüne“ Freda Meissner-Blau wurden publizistisch massiv von der Kronen Zeitung unterstützt.<sup>19</sup> Dass die Bundesregierung am Kraftwerksprojekt festhielt, hatte, so beschrieb es Vranitzky in seinen „Politischen Erinnerungen“, zwei Ursachen<sup>20</sup>: Erstens hatte die Regierung über Jahre *„so intensiv politisch investiert und die wirtschaftliche Plausibilität so überzeugend begründet, dass sich alle deshalb eine Alternative zur Realisierung von selber verbot“*<sup>21</sup> und zweitens aufgrund der Fragestellung: *„Ist diese Bundesregierung nun für die Schaffung [...] von Arbeitsplätzen – oder für den Schutz seltener Tierarten [...]?“*<sup>22</sup>. Trotz des allgemeinen friedlichen Verhaltens kam es doch zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Polizei (am 19. Dezember 1984<sup>23</sup>). Auf Anordnung von Bundeskanzler Sinowatz wurden vor Weihnachten die Schlägerungen eingestellt und am 4. Jänner 1985 verzichtete die Regierung dann vorläufig auf den Bau des Kraftwerks. Somit hatten die „Grünen“ einen großen Sieg errungen.<sup>24</sup>

Für die SPÖ hatte das Hainburg-Desaster Nachwirkungen. Noch Monate und Jahre danach wurde der Parteispitze auf Parteiveranstaltungen vorgeworfen, welchen geringen Stellenwert Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsinteressen hätten<sup>25</sup>, *„man sei*

---

<sup>17</sup> Weinzierl, Erika: Zeitgeschichte im Überblick, 307

<sup>18</sup> Vranitzky, Franz: Politische Erinnerungen (Wien 2004), 112

<sup>19</sup> Weinzierl, Erika: Zeitgeschichte im Überblick, 307

<sup>20</sup> Vranitzky, Franz: Politische Erinnerungen, 113

<sup>21</sup> ebenda

<sup>22</sup> ebenda

<sup>23</sup> Vranitzky, Franz: Politische Erinnerungen, 115

<sup>24</sup> Weinzierl, Erika: Zeitgeschichte im Überblick, 307

<sup>25</sup> Vranitzky, Franz: Politische Erinnerungen, 116

vor der Kronen Zeitung und ein paar ‚Grünchaoten‘ in die Knie gegangen“<sup>26</sup>. Die Auseinandersetzungen rund um das Kraftwerk und die Aubesetzung gingen natürlich auch an der ÖVP nicht vorüber, schließlich standen den ökonomischen Interessen der Sozialpartner eine Oppositionsbewegung gegenüber, die in beide Großparteien hineinreichte. Mock betrieb eine Doppelstrategie und musste sich dafür den Vorwurf gefallen lassen, dass es der oppositionellen Volkspartei an Wiedererkennungswert fehle. Der VP-Chef hatte allerdings früher als Sinowatz die Sprengkraft der Situation erkannt und bereits Mitte Dezember einen Plan zur Deeskalation vorgelegt, auch, um sich nicht in die Verantwortung der Regierung mithineinziehen zu lassen.<sup>27</sup>

### 3.1.4 Der „Fall Reder“

Am 24. Jänner 1984 wurde der gebürtige Österreicher und frühere SS-Sturmbannführer der Waffen-SS, Walter Reder, vorzeitig<sup>28</sup> – auf Betreiben des österreichischen Außenministers Leopold Gratz<sup>29</sup> – aus italienischer Haft entlassen. Reder war 1951 zu lebenslanger Haft für die Hauptverantwortung am „Massaker von Marzabotto“, bei dem im Oktober 1944 fast 1800 Menschen ermordet worden waren, verurteilt worden. Mit einer italienischen Militärmaschine nach Graz geflogen, wurde Reder von Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager (FPÖ) mit Handschlag begrüßt und beim Weiterflug nach Baden begleitet.<sup>30</sup> Zuvor hatten österreichische Politiker, Bruno Kreisky, Alois Mock, Erwin Lanc oder eben Leopold Gratz<sup>31</sup>, aber auch Kardinal Franz König, für die vorzeitige Entlassung interveniert. Nach dem Handschlag forderten ÖVP und SPÖ den Rücktritt des FPÖ-Politikers, dieser jedoch erklärte, im Auftrag des SPÖ-Außenministers Gratz gehandelt zu haben. Am Ende blieb Frischenschlager im Amt, auch wenn er zugab, einen Fehler gemacht zu haben.<sup>32</sup> Ein Misstrauensantrag der ÖVP gegen den Verteidigungsminister wurde im Nationalrat nur knapp abgelehnt.<sup>33</sup> Sinowatz gelang

---

<sup>26</sup> *ebenda*

<sup>27</sup> *Eichtinger*, Martin; *Wohnout*, Helmut: Alois Mock. Ein Politiker schreibt Geschichte (Wien, Graz, Klagenfurt 2008), 99-102

<sup>28</sup> *Weinzierl*, Erika: Zeitgeschichte im Überblick, 308

<sup>29</sup> *Vranitzky*, Franz: Politische Erinnerungen, 135

<sup>30</sup> *Weinzierl*, Erika: Zeitgeschichte im Überblick, 308

<sup>31</sup> *Vranitzky*, Franz: Politische Erinnerungen, 135

<sup>32</sup> *Weinzierl*, Erika: Zeitgeschichte im Überblick, 308

<sup>33</sup> *Eichtinger*, Martin; *Wohnout*, Helmut: Alois Mock, 102

es, die Wogen in der SP-FP-Regierung zu glätten<sup>34</sup>, im Frühjahr 1986 verließ der FP-Minister die Regierung und Helmut Krünes folgte ihm nach.<sup>35</sup>

### 3.1.5 Volksbegehren und Glykol-Skandal

Das „Konrad-Lorenz-Volksbegehren“ brachte im Zeitraum vom 4. bis 11. März 1985 insgesamt 353.906 Unterschriften (6,55 Prozent)<sup>36</sup> für ein Grundrecht auf Umweltqualität mit entsprechenden Auflagen für die Regierung. Das Volksbegehren war massiv von der „Neuen Kronen Zeitung“ unterstützt worden, blieb aber weit hinter den Erwartungen zurück.<sup>37</sup> Unbedeutend waren auch das Volksbegehren zwecks Verlängerung des Zivildienstes und das gegen die Abfangjäger.

Im Juli 1985 erschütterte der „Glykol-Skandal“ die Republik. Das Frostschutzmittel Diäthylenglykol war in österreichischen Weinen nachgewiesen worden und das deutsche Gesundheitsministerium warnte schließlich vor dem Genuss österreichischer Prädikatsweine. Der Schaden für das Weinland Österreich war enorm, auch wenn am Ende nur 27 Firmen wegen „Glykolpanscherei“ angezeigt worden waren.<sup>38</sup> Die Großparteien schoben sich gegenseitig die Verantwortung zu, obwohl es sich ja eigentlich nicht um einen politischen Skandal handelte. Am 29. August 1985 beschloss der Nationalrat schließlich ein neues Weingesetz.<sup>39</sup>

### 3.1.6 Die Krise der Verstaatlichten Industrie und Probleme der Wirtschaft

Im Nationalrat diskutierte man Ende 1985 vor allem die desaströse Situation rund um den verstaatlichten Industriekonzern VOEST-Alpine. Die VOEST-Alpine hatte im Jahr 1975 das letzte Mal Gewinn abgeworfen.<sup>40</sup> Die extremen Verluste waren einerseits zurückzuführen auf die internationale Stahlkrise und auf Spekulationsverluste.<sup>41</sup>

---

<sup>34</sup> Vranitzky, Franz: Politische Erinnerungen, 137

<sup>35</sup> Vranitzky, Franz: Politische Erinnerungen, 139

<sup>36</sup> Bundesministerium für Inneres (BM.I): Alle Volksbegehren der zweiten Republik, online unter: [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/volksbegehren/Alle\\_Volksbegehren.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/volksbegehren/Alle_Volksbegehren.aspx) (25.7.2011)

<sup>37</sup> Weinzierl, Erika: Zeitgeschichte im Überblick, 308

<sup>38</sup> Weinzierl, Erika: Zeitgeschichte im Überblick, 308f

<sup>39</sup> Rudel, Roland: Die beiden Kleinen Koalitionen SPÖ-FPÖ (1983-1986) und ÖVP-FPÖ (2000-2002). Eine vergleichende Analyse der politischen Kultur unter spezieller Berücksichtigung der parlamentarischen Ordnungsrufe (gedr. geisteswissenschaftliche Diplomarbeit der Studienrichtung Geschichte an der Universität Wien 2007), 102

<sup>40</sup> Weinzierl, Erika: Zeitgeschichte im Überblick, 309

<sup>41</sup> Rudel, Roland: Die beiden Kleinen Koalitionen SPÖ-FPÖ (1983-1986) und ÖVP-FPÖ (2000-2002), 119



Wirtschaftliche Kennzahlen beschreiben das Bild Österreichs in der Mitte der 1980er Jahre. Zwischen 1970 und 1986 war die Steuerbelastung von 36 auf 42 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) angestiegen, gleichzeitig aber auch das Budgetdefizit des Bundes von sieben auf 21 Prozent der Budgetausgaben. Die Staatsverschuldung Österreichs war auf 41,5 Prozent (von 12,5 Prozent) des BIP angestiegen. Die Inflationsrate hatte zeitweilig zehn Prozent überschritten und auch die Arbeitslosigkeit stieg. 854.000 ÖsterreicherInnen lebten unter der Armutsgrenze. Die Verstaatlichte Industrie, die Anfang der 1970er Jahre noch einen Gewinn von 1,4 Milliarden Schilling gemacht hatte, bekam zwar Zuschüsse in der Höhe von 50 Milliarden Schilling und trotzdem gingen 20.000 Arbeitsplätze verloren. Dazu kamen noch Probleme der ÖBB, der Pensionsversicherungen oder die Finanzierung der Spitäler.<sup>42</sup>

Die ÖVP forderte angesichts der desaströsen Lage der „Verstaatlichten“ den Rücktritt der Regierung und Neuwahlen. Die SPÖ betonte zwar die Notwendigkeit von Reformen und auch einer verstärkten Kontrolle, stellte sich aber hinter die verstaatlichte Industrie. Kurz vor Weihnachten wurde bekannt, dass die VOEST-Tochter Intertrading und die Chemie-Linz-Tochter Merx bei Ölspekulationen rund 550 Millionen Schilling verloren hatten, worauf nicht nur die beiden Direktoren sofort entlassen wurden, sondern auch der zuständige Minister, Ferdinand Lacina, seinen Rücktritt anbot, den Bundeskanzler Sinowatz allerdings nicht annahm.<sup>43</sup> Die allgemeinen Reaktionen auf dieses Desaster waren Entsetzen und Fassungslosigkeit. Den beiden Geschäftsführern der Intertrading, Gernot Preschern und Roland Lettner, wurde vorgeworfen, dass sie ihre Geschäftslimits massiv überschritten hätten. Preschern wurde später auch vor Gericht verurteilt.<sup>44</sup> Insgesamt sollte die Intertrading 2,4 Milliarden Schilling an Spekulationsverlusten einfahren. Diese kapitalistischen Spekulationsgeschäfte standen der sozialdemokratischen Idee diametral entgegen und sorgten für die entsprechende Aufregung in der Bevölkerung.<sup>45</sup> Im Jahr 1985 erlitt die Intertrading einen Geschäftsverlust von 4,2 Milliarden Schilling, resultierend aus den Spekulationen am Rohölmarkt, aus dem

---

<sup>42</sup> *Kamer*, Stefan: Die Österreichische Volkspartei. Ein Abriss ihrer Entwicklung 1945-1995. In: Khol, Andreas; Lopatka, Reinhold; Molterer, Wilhelm (Hg.): Zukunftsfest. 60 Jahre Österreichische Volkspartei (Wien 2005), 56

<sup>43</sup> *Weinzierl*, Erika: Zeitgeschichte im Überblick, 309

<sup>44</sup> *Vranitzky*, Franz: Politische Erinnerungen, 107f

<sup>45</sup> *Rudel*, Roland: Die beiden Kleinen Koalitionen SPÖ-FPÖ (1983-1986) und ÖVP-FPÖ (2000-2002), 119

Stahl- und Maschinenhandel, beigetragen hatte auch die Tochtergesellschaft in New York.<sup>46</sup>

Da aus der Verstaatlichten Industrie ein Sanierungsfall geworden war, steuerte die SPÖ mit ihrer Verstaatlichtenpolitik immer mehr auf ein Desaster zu. Beschäftigungsgarantieren waren politisch nicht weiter durchsetzbar, die Arbeiterschaft, Kernwählergruppe der SPÖ, war schwer verunsichert. Diese Verunsicherung eskalierte nicht nur bei den Industriearbeitern, sondern auch bei der Mehrheit an Arbeitern und Angestellten, die nicht in staatlichen Unternehmen beschäftigt war. Unmut und Verärgerung über parteipolitisch motiviertes Missmanagement, Fehlsubventionen und immer wieder nachgeschobene Zuschüsse aus dem Budget trieben die SPÖ in die Defensive, der von den Meinungsforschern attestierte Vorsprung vor der ÖVP schrumpfte. Die Wirtschaftskompetenz der SPÖ erodierte und Verweise auf eine positive Leistungsbilanz der Rot-Blauen-Koalition stießen vermehrt auf Skepsis und Zweifel. Protest und Verärgerung bei Stamm- und Kernwählern überschritten die Schmerzgrenze innerhalb der SPÖ.<sup>47</sup> Am 2. Dezember schrieb das „profil“:

*„Es ist die Bankrotterklärung dieser ganzen pseudo-sozialen und pseudo-sozialistischen Nomenklatura, die mit ihren Sprüchen von einer Politik für die ‚Menschen da draußen‘ nur mehr Proporzleichen auf Direktoren- und sonstigen Sesseln festschnallte und konstruktiver Arbeit im Weg stand.“<sup>48</sup>*

Nach dem Ausscheiden des gesamten VOEST-Vorstandes wurde Richard Kirchweger neuer interimistischer Vorstandsvorsitzender und Generaldirektor und im Februar 1986 von Herbert Lewinsky ersetzt. Zu seinem Stellvertreter wurde der von Alois Mock gepushte Claus Raidl.<sup>49</sup>

Die Volkspartei sah sich plötzlich in der Offensive.<sup>50</sup> VP-Chef Mock berief für Anfang 1986 einen Sonderparteitag ein, der sich ausschließlich mit wirtschaftspolitischen Themen befasste. Es galt aus dem VOEST-Debakel politisches Kapital zu

---

<sup>46</sup> Vranitzky, Franz: Politische Erinnerungen, 107f

<sup>47</sup> Plasser, Fritz; Ullram, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler. Wahlen und Neustrukturierung des österreichischen Parteiensystems 1986. In: Kohl, Andreas; Ofner, Günther; Stirnemann, Alfred (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1986 (Wien 1987), 36

<sup>48</sup> profil Nr. 49 vom 2. Dezember 1985, 12

<sup>49</sup> Vranitzky, Franz: Politische Erinnerungen, 110

<sup>50</sup> Plasser, Fritz; Ullram, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 36f

schlagen.<sup>51</sup> Der Ärger über die Verschwendung öffentlicher Gelder, Fehlmanagement und sinnlose Subventionen ermöglichten der oppositionellen ÖVP ein breites Feld zur Kritik an der SPÖ-geführten Regierung. Die Situation brachte die Innenpolitik in Bewegung und die ÖVP in der erforschten Volksmeinung in Führung. Doch bereits im Februar 1986 dominierte die anstehende Bundespräsidentenwahl die österreichische Innenpolitik.<sup>52</sup> Die Verstaatlichte Industrie jedenfalls befand sich in der Krise, wie auch die Idee und der Glaube, dass man die Wirtschaft durch staatliche Intervention sozial steuern könnte. Auch wenn jetzt die Bundespräsidentenwahl ins Zentrum des Interesses rutschte, war mit der VOEST-Krise das Ende der Kleinen Koalition eingeläutet worden.<sup>53</sup>

### 3.1.7 Die Bundespräsidentenwahl 1986 – Die „Waldheim-Affäre“

Nach zwei Amtsperioden als Bundespräsident des bei den Österreicherinnen und Österreichern sehr beliebten Rudolf Kirchschläger musste im Jahr 1986 ein Nachfolger vom österreichischen Volk gewählt werden. Von den Parteien wurden vier KandidatInnen in die Wahl geschickt. Die SPÖ schickte Kurt Steyrer ins Rennen, die Grünen Freda Meissner-Blau, seit Hainburg die Gallionsfigur der grünen Bewegung, die FPÖ das „beurlaubte“ FPÖ-Mitglied Otto Scrinzi als „*unabhängiger Kandidat der rechten Mitte*“ und die ÖVP sollte für den früheren UN-Generalsekretär Kurt Waldheim als parteilosen Kandidaten werben.<sup>54</sup>

Der im März 1986 beginnende Wahlkampf wurde von einem Thema beherrscht: der Tätigkeit Waldheims im Zweiten Weltkrieg. Nach Veröffentlichung seiner Wehrstammkarte stand fest, dass Waldheim Mitglied der Reiter-SA und des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes gewesen war. Die „New York Times“ veröffentlichte Anfang März Anschuldigungen wonach der Bundespräsidentenskandidat 1942/43 der Stabsabteilung der Heeresgruppe Lühr angehört hatte, welche brutal gegen jugoslawische Partisanen vorgegangen und an der Massendeportation griechischer Juden beteiligt war. Die Zeitung berief sich dabei auf Informationen des Jüdischen Weltkongresses (JWC). Seitens Waldheims wurden

---

<sup>51</sup> Eichinger, Martin; Wohnout, Helmut: Alois Mock, 104

<sup>52</sup> Plasser, Fritz; Ullrich, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 36f

<sup>53</sup> Rudel, Roland: Die beiden Kleinen Koalitionen SPÖ-FPÖ (1983-1986) und ÖVP-FPÖ (2000-2002), 122

<sup>54</sup> Weinzierl, Erika: Zeitgeschichte im Überblick, 310f

alle Beschuldigungen zurückgewiesen und wenn ihm zwar keine direkte Beteiligung an Kriegsverbrechen nachgewiesen werden konnte, so wurde doch klar, dass seine Angaben über seine Aufenthaltsorte im Krieg nicht den Tatsachen entsprach. Die Situation eskalierte, der Konflikt zwischen JWC und Österreich und den USA verschärfte sich. In Österreich allerdings brachte ihm seine Aussage, er habe nur seine Pflicht getan, Sympathien (vor allem bei ÖVP-Sympathiesanten, Anm.) ein und es entstand eine „Jetzt erst recht“-Stimmung. Die Causa landete schließlich auch beim amtierenden Bundespräsidenten, der in einer „Erklärung an die österreichische Nation“ feststellte, dass er als Staatsanwalt es nicht wagen würde, aufgrund der vorliegenden Beweise, Anklage vor einem Gericht zu erheben. Als Ordonnanzoffizier hätte Waldheim allerdings über die gesamte Lage in seinem Zuständigkeitsbereich Bescheid gewusst haben müssen.

Die Wahl am 4. Mai 1986 brachte kein endgültiges Ergebnis. Waldheim erreichte 49,64 Prozent der Stimmen, Steyrer 43,66 Prozent, der Rest verteilte sich auf die anderen KandidatInnen. Die Stichwahl war mit 8. Juni festgesetzt. Zuvor leitete das US-Justizministerium allerdings eine Prüfung ein, ob gegen Waldheim aufgrund seines Verhaltens im Zweiten Weltkrieg ein Einreiseverbot in die Vereinigten Staaten verhängt werden könne. Auch Israel schaltete sich nun in den Konflikt ein.<sup>55</sup>

*„Der österreichische Präsidentschaftswahlkampf wurde (...) von einem nationalen Wahlkampf zu einem transnationalen Wahlkampf, in dem internationale Medien und Vertreter internationaler Organisationen phasenweise als Akteure Themen und Intensität der öffentlichen Diskussion wie den Verlauf des Wahlkampfes bestimmten“.*<sup>56</sup>

Diese Internationalisierung bewirkte neben einer vergangenheitszentrierten Fokussierung des Wahlkampfes eine Emotionalisierung bei großen Teilen der ÖsterreicherInnen, eine spürbare Polarisierung, eine Solidarisierung oder Distanzierung mit der Person Waldheim sowie eine nationale Empörung über einen „unzulässigen“ Eingriff in innerösterreichische Angelegenheiten.<sup>57</sup>

---

<sup>55</sup> Weinzierl, Erika: Zeitgeschichte im Überblick, 310f

<sup>56</sup> Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 39

<sup>57</sup> ebenda

„Dennoch oder gerade deswegen gewann Waldheim die Stichwahl [...]“<sup>58</sup>, schließt Weinzierl aus dem klaren Ergebnis für Waldheim, der nun 53,89 Prozent erhalten hatte. Auch Vranitzky sah das ähnlich, eine Agitation vom Ausland gegen einen österreichischen Kandidaten bringe diesem mehr Zustimmung in seiner Heimat<sup>59</sup>, insbesondere, „wenn diese Meinungsäußerungen aus jüdischen Quellen stammen“<sup>60</sup>. Am 8. Juli 1986 wurde Waldheim vereidigt, die Auseinandersetzungen um seine Person gingen allerdings weiter. Der neue Bundespräsident wurde auf dem internationalen Parkett so etwas wie eine persona non grata, bis 1987 sollte Waldheim nur zu drei Staatsbesuchen, in den Vatikan, nach Jordanien und nach Pakistan, eingeladen werden.<sup>61</sup>

Die Betrachtung der „Waldheim-Affäre“ war auch in der österreichischen Parteienlandschaft, speziell zwischen ÖVP und SPÖ, eine ganz spezielle. Die Konservativen waren davon überzeugt, dass Bundeskanzler Sinowatz und sein Kabinettschef Hans Punsch versucht hatten, mittels nahe stehenden Journalisten den ÖVP-Kandidaten – auch im Ausland – zu diskreditieren und dazu eine lang geplante Verleumdungskampagne durchzogen, um die Chancen des SP-Kandidaten zu retten. Mit der „Jetzt erst recht“-Kampagne hätte man sich nur gewehrt<sup>62</sup>, „Aggressor war die SPÖ, man selbst habe nur reagiert“<sup>63</sup>. ÖVP-Parteichef Mock hatte sich nach Auftauchen der Vorwürfe sofort hinter Waldheim gestellt<sup>64</sup> und sah „politische Brandstifter“ dafür verantwortlich.<sup>65</sup> Auch als Waldheim beinahe aufgegeben hätte und die Kandidatur zurückziehen wollte, bewies Mock seine Loyalität, ein Rückzug Waldheims wäre für ihn nicht in Frage gekommen.<sup>66</sup>

Die Sicht der Sozialdemokraten war eine andere. Erst durch Medienberichte sei man auf die Vergangenheit Waldheims aufmerksam gemacht worden. Da Glaubwürdigkeit und Vertrauen beim Amt des Bundespräsidenten wichtig seien, hätte man ihn aufgefordert, die Dinge klar zu stellen. Dabei habe sich der ÖVP-Kandidat immer

---

<sup>58</sup> Weinzierl, Erika: Zeitgeschichte im Überblick, 311

<sup>59</sup> Vranitzky, Franz: Politische Erinnerungen, 145

<sup>60</sup> Vranitzky, Franz: Politische Erinnerungen, 145

<sup>61</sup> Weinzierl, Erika: Zeitgeschichte im Überblick, 310f

<sup>62</sup> Tóth, Barbara: Die „Jetzt erst recht“ Wahlbewegung. In: Tóth, Barbara; Czernin, Hubertus (Hg.): 1986. Das Jahr, das Österreich veränderte (Wien 2006), 26

<sup>63</sup> Tóth, Barbara: Die „Jetzt erst recht“ Wahlbewegung, 26

<sup>64</sup> Eichinger, Martin; Wohnout, Helmut: Alois Mock, 108

<sup>65</sup> ebenda. In: Gehler, Michael: Dämonisierung. In: Gehler, Michael, Sickinger, Hubert (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim (Thaur, Wien, München 1995)

<sup>66</sup> ebenda

mehr in Widersprüche verwickelt. Jedenfalls sei es keine Kampagne der SPÖ gewesen, diese habe es nie gegeben.<sup>67</sup> Dies unterstrich auch Vranitzky in seiner Autobiographie: *„Die Mobilisierungskraft österreichischer Sozialdemokraten im Ausland [...] ist eine weitverbreitete und fast unausrottbare Legende.“*<sup>68</sup> Als der „profil“-Redakteur Alfred Worm aufdeckte, dass der Bundeskanzler bereits am 28. Oktober 1985 eine Aufklärungskampagne über die braune Vergangenheit Waldheims angekündigt hatte, klagte Sinowatz den Journalisten, verlor aber vor Gericht (Das Urteil wurde erst 1988 gesprochen<sup>69</sup>, Anm.). Sinowatz und andere Mitangeklagte wurden schließlich wegen Meineids verurteilt.<sup>70</sup>

Kurt Waldheim hatte am 8. Juni das bisher beste Ergebnis eines Bewerbers eingefahren, der nicht aus dem Amt heraus angetreten war. Steyrer hingegen fuhr das schlechteste Ergebnis eines sozialistischen Kandidaten ein, dass es bis dahin seit 1945 gegeben hatte. Der SPÖ-Kandidat lag um 1,54 Prozent unter dem Ergebnis der Sozialisten bei der vorangegangenen Nationalratswahl. Waldheim hatte hingegen das ÖVP-Ergebnis um 10,67 Prozentpunkte übertroffen. Steyrer gewann nur in den Bundesländern Wien, Kärnten und im Burgenland, lag dort aber unter den SPÖ-Nationalratswahlergebnissen von 1983; in der Steiermark, in Tirol und in Vorarlberg verlor er am meisten. Die massiven Einbrüche der SPÖ-Wählerschaft in der Industriearbeiterschaft, besonders in den Hochburgen der Obersteiermark und in Wien, wurden von Plasser und Ulram als Hinweis auf einen *„Protest- und Wendecharakter“* des Wahlgangs gesehen. Die Wahl habe einen klaren bundespolitischen Signalcharakter aufzuweisen gehabt, der von einer generellen Absetzbewegung von den Regierungsparteien und deren Verstaatlichtenpolitik getragen worden sei.<sup>71</sup> *„Eine grundlegende Neuformierung der politischen Kräfte wie Mehrheitsverhältnisse begann sich am Horizont abzuzeichnen“*, so deren Interpretation.<sup>72</sup>

---

<sup>67</sup> Tóth, Barbara: Die „Jetzt erst recht“ Wahlbewegung, 26

<sup>68</sup> Vranitzky, Franz: Politische Erinnerungen, 144

<sup>69</sup> Rudel, Roland: Die beiden Kleinen Koalitionen SPÖ-FPÖ (1983-1986) und ÖVP-FPÖ (2000-2002), 118

<sup>70</sup> Tóth, Barbara: Die „Jetzt erst recht“ Wahlbewegung, 27f

<sup>71</sup> Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 49f

<sup>72</sup> Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 50

### 3.1.8 Der Rücktritt von Fred Sinowatz als Parteivorsitzender der SPÖ

Die Wahl Kurt Waldheims zum neuen österreichischen Staatsoberhaupt sollte bereits am Stichwahlabend massive Konsequenzen nach sich ziehen. Sinowatz trat am folgenden Tag als Bundeskanzler der Republik zurück. Neuer Bundeskanzler wurde der bisherige Finanzminister, Franz Vranitzky, den das SP-Parteipräsidium in klarer Mehrheit nominiert hatte. Zu diesem Zeitpunkt stand eine Auflösung der SPÖ-FPÖ-Koalition nicht zur Debatte.<sup>73</sup> Vranitzky hatte sich diese Entscheidung nicht leicht gemacht, am Ende waren es drei Gründe, warum er den Job als Regierungschef übernahm: Erstens die von Sinowatz an ihn herangetragene und in der Partei bereits festgemachte Übergabe.<sup>74</sup> „Zweitens die Herausforderung, die ich angesichts der erwachenden ‚Gipfelhoffnung‘ der Mock-ÖVP zu spüren vermeinte.“<sup>75</sup> Und außerdem das eigene Selbstwertgefühl, dass er in dieser schwierigen Situation bestehen werden können.<sup>76</sup>

Bereits am 13. Juni 1986 stellte der neue Bundeskanzler sein neues Regierungsteam der Öffentlichkeit vor. Ihm selbst folgte Ferdinand Lacina ins Finanzressort, Rudolf Streicher, der Generaldirektor von Steyr-Daimler-Puch, wurde Wirtschafts- und Verkehrsminister, Erich Schmidt Landwirtschaftsminister und Peter Jankowitsch Außenminister.<sup>77</sup> Die bisherige Bildungs- und Kultursprecherin der SPÖ, Hilde Hawlicek wurde Unterrichtsministerin.<sup>78</sup> Somit verließen Sinowatz, Gratz und der bisherige Landwirtschaftsminister Günter Haiden die Regierung. Die FPÖ ließ ihre Mannschaft, bestehend aus Norbert Steger, Harald Ofner und Helmut Krünes unverändert.<sup>79</sup> Am 16. Juni 1986 wurde die neue Bundesregierung vom noch in der Hofburg amtierenden Bundespräsidenten Rudolf Kirchschläger angelobt.<sup>80</sup>

Der Erosionsprozess, der bei der Bundespräsidentenwahl bei der SPÖ klar zu Tage trat, konnte durch diesen Wechsel an der Regierungsspitze vorerst zum Stillstand gebracht werden. Allerdings stellte sich die politische Ausgangssituation für die SPÖ

---

<sup>73</sup> Weinzierl, Erika: Zeitgeschichte im Überblick, 311

<sup>74</sup> Vranitzky, Franz: Politische Erinnerungen, 151

<sup>75</sup> ebenda

<sup>76</sup> ebenda

<sup>77</sup> Weinzierl, Erika: Zeitgeschichte im Überblick, 311

<sup>78</sup> Vranitzky, Franz: Politische Erinnerungen, 151

<sup>79</sup> Weinzierl, Erika: Zeitgeschichte im Überblick, 311

<sup>80</sup> Vranitzky, Franz: Politische Erinnerungen, 156

als denkbar ungünstig dar, die Chancen der ÖVP auf den Wahlsieg größer als zuvor.<sup>81</sup>

### **3.1.9 Jörg Haider wird Bundesparteiobmann der FPÖ – das Ende der Kleinen Koalition zwischen SPÖ und FPÖ**

Der regierungstreue und liberale Kurs von FPÖ-Chef Vizekanzler Norbert Steger rief innerhalb der Freiheitlichen wachsenden Widerstand hervor.<sup>82</sup> Ende 1985, Anfang 1986, wuchsen die Angriffe Jörg Haiders, damals Obmann der Kärntner-FPÖ, auf Steger und die freiheitlichen Regierungsmitglieder. Mittels der Themen Hainburg und Reder warf er seinen Parteikollegen Schwäche und mangelnde Durchsetzungskraft vor.<sup>83</sup> Bei den blauen Funktionären war die FPÖ-Regierungstätigkeit von Beginn an mit gemischten Gefühlen aufgenommen worden. Je länger diese Koalition im Amt war, desto negativer geprägt wurde das Bild. Zwischen Steger und dem an die Oppositionsrolle gewöhnten Funktionärskader bestand eine Kluft. Steger versuchte diesen Kritikern mit rationellen Argumenten beizukommen, allerdings konnten sich viele Funktionäre nicht damit anfreunden, dass die FPÖ nun Verantwortung übernommen hatte und diese auch zu tragen hätte. Aufgrund von schlechten Umfragewerten war diesen Funktionären am Ende der Bestand der FPÖ wichtiger als der der Regierung. Noch dazu hatte die FPÖ unter dem Regierungspartner SPÖ schwer zu leiden gehabt, da diese seit 1971 allein zu regieren gewohnt war und dem kleinen Regierungspartner keinen Raum zur Entfaltung überließ.<sup>84</sup>

Haider hatte sich vom sozialpolitischen Sprecher im Nationalrat zum Führer des rechten Flügels innerhalb der Partei gewandelt. Haiders Erfolg bei den Kärntner Landtagswahlen, wo er 16 Prozent für die FPÖ gewonnen hatte – während die FPÖ bei Bundeswahlen auf nur 4,9 Prozent kam – war die Grundlage seines Ansehens in der Partei. Haider griff Steger frontal und hart an, der Betroffene selbst bezeichnete dies als „*mörderischen Kampf*“. Am 18. Parteitag der FPÖ am 14. September 1986, in Innsbruck, kam es zum Showdown. Haider kandidierte gegen Steger für das Amt des Parteichefs. Der gebürtige Oberösterreicher und Kärntner Parteiobmann lehnte

---

<sup>81</sup> Plasser, Fritz; Ullrich, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 50

<sup>82</sup> Weinzierl, Erika: Zeitgeschichte im Überblick, 312

<sup>83</sup> Vranitzky, Franz: Politische Erinnerungen, 140

<sup>84</sup> Rudel, Roland: Die beiden Kleinen Koalitionen SPÖ-FPÖ (1983-1986) und ÖVP-FPÖ (2000-2002), 39f



ein Kompromissangebot Stegers, beide mögen zugunsten Helmut Krünes verzichten, ab und wurde schließlich mit 57,7 Prozent zum neuen FPÖ-Bundesparteiobermann gewählt. In seiner Rede hatte Haider den Kampf gegen die beiden Großparteien, SPÖ und ÖVP – die „alten Parteien“ – bereits aufgenommen.<sup>85</sup> Der neue Parteichef wurde von seinen Gefolgsleuten auf die Schultern genommen, durch die Reihen getragen und als Retter des „dritten Lagers“ gefeiert.<sup>86</sup> Dieses Bild ging über die TV-Bildschirme und prägte sich sicherlich als ein besonderes Zeitbilddokument der jüngeren österreichischen Geschichte ein, sollte Jörg Haider doch einer der umstrittensten, aber auch erfolgreichsten Politiker der Zweiten Republik werden.

Der Verlierer dieses Parteitags, Norbert Steger, reichte am Tag darauf seinen Rücktritt als Vizekanzler und Handelsminister ein. Bundeskanzler Vranitzky bat Steger jedoch weiter im Amt zu bleiben, denn eine Fortsetzung der Kleinen Koalition unter der Führung Haiders könne er sich nicht vorstellen, weshalb er dem SPÖ-Präsidium die Auflösung der Koalition vorschlagen werde und zum frühest möglichen Zeitpunkt, in der zweiten Novemberhälfte 1986, Neuwahlen abgehalten werden sollten. Wenige Tage vor dem FP-Parteitag hatte Haider bei Vranitzky nachgefragt, *„ob wir zwei Dynamischen dann eh gemeinsam weitermachen“*<sup>87</sup>. Der Kanzler hatte jedoch das Angebot abgelehnt.<sup>88</sup> Dieser Entschluss wurde von so gut wie allen SPÖ-Spitzenpolitikern und auch von Bruno Kreisky befürwortet.<sup>89</sup> In der Oktober-Ausgabe der SPÖ-Monatszeitschrift „Zukunft“ beschrieb Chefredakteur Albrecht Konecny die Gründe, warum die SPÖ die Koalition mit den Freiheitlichen nach der Obmannwahl Haiders nicht fortsetzen wollte folgendermaßen:

*„Mit dieser neuen Mehrheit kann es kein Regieren geben. Einmal, weil nicht erkennbar ist, welche Gemeinsamkeiten es mit diesem Haufen geben sollte. Das auch dann, wenn Haider natürlich bereit war, verbal alles zuzugestehen. Denn nicht nur Haiders bekannt verbal-nationale Ausritte, auch vor allem die ‚nationale‘ Pogromstimmung des FPÖ-Parteitages lassen erahnen, welchen Kurs nun die FPÖ verfolgen wird und muß. Und wer sich die Unverfrorenheit Haiders in den Monaten der Demontage Stegers in Erinnerung ruft, weiß auch, welchen Wert Zusagen von seiner Seite nunmehr hätten. Nochmals: Mit*

---

<sup>85</sup> Weinzierl, Erika: Zeitgeschichte im Überblick, 312

<sup>86</sup> Althuber, Thomas: Die Inszenierung von Wahlkämpfen (gedr. geisteswissenschaftliche Diplomarbeit der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien 2008), 72

<sup>87</sup> Vranitzky, Franz: Politische Erinnerungen, 157

<sup>88</sup> ebenda

<sup>89</sup> Vranitzky, Franz: Politische Erinnerungen, 159f

*dieser FPÖ gibt es keine tragfähige politische Gemeinsamkeit. Weder jetzt, noch nach der Nationalratswahl.*<sup>90</sup>

Am 15. September setzte Vranitzky die freiheitlichen Regierungsmitglieder und auch Haider von seinem Entschluss in Kenntnis, was ohne Debatte akzeptiert wurde. Unmittelbar darauf informierte er die Öffentlichkeit.<sup>91</sup> Tags darauf verkündete der Kanzler, dass der Nationalrat am 23. September seine Auflösung beschließen werde und somit am 23. November 1986 Neuwahlen abgehalten werden könnten.<sup>92</sup>

---

<sup>90</sup> Konecny, Albrecht K.: Saubere Fronten. In: Zukunft 10 Oktober (Wien 1986), 2

<sup>91</sup> Vranitzky, Franz: Politische Erinnerungen, 161

<sup>92</sup> Weinzierl, Erika: Zeitgeschichte im Überblick, 312

## 4 Die Nationalratswahl 1986

### 4.1 Die Ausgangssituation vor der Wahl

Seit dem Ende der Kreisky-Ära im Jahr 1983 und dem damit verbundenen Verlust der absoluten Mehrheit befand sich die SPÖ als stärkste politische Kraft in einer Koalition mit der FPÖ. Diese Gesetzgebungsperiode war für die Sozialisten geprägt von Verlusten bei Wahlen – sowohl in den Bundesländern, als auch bei der Bundespräsidentenwahl 1986. Die SPÖ sah sich mit einem fortschreitenden Erosionsprozess konfrontiert.<sup>93</sup> Wie die Situation in der SPÖ bereits Anfang 1986 aus innerer Sicht beurteilt wurde, beschrieb Franz Vranitzky in seiner Autobiographie:

*„Die Krise der Verstaatlichten Industrie saß fest verwurzelt im Bewusstsein breiter Kreise der österreichischen Bevölkerung. Den Beschäftigten in den betroffenen Betrieben begann es zu dämmern, dass die für sicher gehaltenen Arbeitsplätze dies möglicherweise nicht waren. Die politische Agitation, mehr contra als pro Sozialdemokratie, lief auf Hochtouren. Je nach politischer oder beruflicher Position wurde die Ära Kreisky teils zurückbeschworen, teils als schuldig abgestempelt. [...] so hatte die SPÖ ein Problem.“<sup>94</sup>*

Anfang November 1986 veröffentlichte das „profil“ eine Langzeitstudie des IFES- und des IT-Instituts, welche für die im Nationalrat vertretenen Parteien, so erklärte IFES-Geschäftsführer Franz Birk, folgendes Bild aufzeigte:

*„SPÖ: Die Trendanalyse ergab, daß sich zwischen 1979 und 1983 die Angestellten überdurchschnittlich stark von der SPÖ abwandten. Nunmehr – seit 1983 – sind es die Arbeiterschichten, die der SPÖ verstärkt das Vertrauen entziehen. Es ist daher keine überspitzte Darstellung, zu postulieren, daß es beim Wahlgang zur Nationalratswahl 1983 die Angestellten waren, die die SPÖ um ihre absolute Mehrheit brachten. Nunmehr sind es die Arbeiterschichten, wodurch die Mehrheit der SPÖ gefährdet scheint.“*

*ÖVP: Bis zur Nationalratswahl 1983 galt, daß die höchste Bereitschaft, sich zur ÖVP zu bekennen, in die Nichtwahljahre fiel. Diese guten Ergebnisse konnten aber dann nicht bis in das Wahljahr hinübergerettet werden. Bei der Nationalratswahl 1983 konnte dies nicht mehr beobachtet werden. Die ÖVP erhielt all die Monate zuvor und vor allem auch noch danach konstante Werte. Bereits im Herbst des gleichen Jahres konnte die ÖVP mit der SPÖ gleichziehen.“*

---

<sup>93</sup> Plasser, Fritz; Ullram, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 51

<sup>94</sup> Vranitzky, Franz: Politische Erinnerungen, 141

*FPÖ: In den Jahren 1981 und 1982 wurde der Spitzenkandidat der FPÖ, Dr. Steger, von der Mehrheit des österreichischen Wählervolkes sogar positiv bewertet. Im Jahr des Regierungsantritts sanken für Partei und Parteiobmann Sympathiewerte und Wähleranteile – und erreichten im heurigen Jahr ihren absoluten Tiefpunkt: 1986 mußten für die FPÖ und ihren Spitzenkandidaten die schlechtesten Werte, seit es kontinuierliche Aufzeichnungen über die Wählersympathien im IFES-Institut gibt, verzeichnet werden.*

*Für die Blauen bedürfte es aber einer Einschränkung: „Mit dem blauen Obmann Jörg Haider holt die blaue Partei auch in den IFES-Umfragen wieder ein wenig auf.“<sup>95</sup>*

Die Grün-Alternativen, ein neuer Player auf dem politischen Spielfeld in Österreich sowie die oppositionelle Volkspartei konnten bei den vorangegangenen Landtagswahlen in der Regel Siege einfahren. Die FPÖ hatte, so wie die SPÖ, ebenso Verluste verzeichnen müssen, mit der Ausnahme Kärnten, wo Landesparteiobmann Haider, der neue Bundesparteiobmann der Freiheitlichen, Gewinne einfahren konnte. Erstmals seit Jahren hatte die SPÖ ihre Wirtschaftskompetenz in der Wahrnehmung der ÖsterreicherInnen eingebüßt und die ÖVP die Führung in sach- und personalpolitischen Belangen übernommen.<sup>96</sup>

Eine Umfrage des Fessel+GfK Instituts aus dem September 1986 im Vergleich zum Juni 1981 zeigte folgendes Bild: Die SPÖ blieb zwar stabil, was die Popularität der jeweiligen Kanzlerkandidaten betraf, allerdings glaubten die Menschen immer weniger daran, dass die Sozialisten den Lebensstandard würden erhalten können und – eine Kernkompetenz der SPÖ – Arbeitsplätze auch in schwierigen Zeiten würden sichern können. Weiters glaubten immerhin 59 Prozent, dass die SPÖ mit Steuergeld verschwenderisch umgehe und den Staat immer höher verschulde. Dieses Stimmungsbild zeigte einen klaren Wendecharakter auf. Denn auf der anderen Seite wuchs in der Bevölkerung das Bedürfnis nach einer Regierungsübernahme oder -beteiligung der Volkspartei, die Hoffnung auf Sanierung und Konsolidierung der heimischen Wirtschaft, der Wunsch nach öffentlicher Sparsamkeit und Steuersenkung. So stieg der Wunsch nach einer anderen Regierung von 1981 bis 1986 um 15 Prozentpunkte, und die ÖVP sah sich in den Wahlabsichten und in der Einschätzung des künftigen Wahlergebnisses seit dem Winter 1985 mit einem konstanten Vorsprung versehen. Dieser Umstand wurde

---

<sup>95</sup> profil Nr. 45 vom 3.11.1986, 16

<sup>96</sup> Plasser, Fritz; Ullrich, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 51

durch den Sieg Waldheims bei den Bundespräsidentswahlen verstärkt und durch den Wechsel an der Regierungsspitze nicht gefährdet.<sup>97</sup>

Abb. 14:

nach Meinung der Befragten wird die nächste Nationalratswahl gewinnen...	Okt. 1981	Aug. 1986
SPÖ	78	37
ÖVP	11	51
Differenz SPÖ-ÖVP	-67	+14
Unentschieden	12	12

Quelle: Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 53

Die schlechten Umfragewerte für die eigene Partei waren natürlich auch in der Sozialistischen Partei bekannt.

*„Die Meinungsumfragen verhiessen alles andere als einen glänzenden Wahlsieg, eher ein Abrutschen auf den zweiten Platz hinter der ÖVP und den durchaus möglichen Gang in die Opposition“.*<sup>98</sup>

Trotz positiver Umfragedaten, sah sich Alois Mock nach der Wahl Haiders zum neuen FPÖ-Bundesparteiobmann aber plötzlich in einer völlig veränderten Ausgangssituation wieder. Bis zur Waldheim-Wahl war er alleiniger Oppositionsführer gewesen, nun standen dem ÖVP-Obmann gleich zwei neue Gegner gegenüber, beide jünger als er, beide telegen, beide wirkten unverbraucht und beide hatten einen kometenhaften Aufstieg in ihren Parteien hinter sich. Auch das war ein Teil des Szenarios in dem der Wahlkampf für die Nationalratswahl 1986 begann.<sup>99</sup>

## 4.2 Die wahlwerbenden Parteien für die NRW 1986

Nach der Nationalratswahl am 24. April 1983 waren im österreichischen Nationalrat folgende Parteien vertreten: Die Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ), die Österreichische Volkspartei (ÖVP), die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ).<sup>100</sup> Diese drei Parteien traten auch 1986

<sup>97</sup> Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 51-53

<sup>98</sup> Vranitzky, Franz: Politische Erinnerungen, 164

<sup>99</sup> Eichinger, Martin; Wohnout, Helmut: Alois Mock, 111

<sup>100</sup> Bundespressedienst (Hg.): Information zum 23. November 1986, 5

wieder zur Wahl an. Seit dem Jahr 1970 besteht der Nationalrat aus 183 Abgeordneten.

#### **4.2.1 Die Grüne Alternative - Liste/Freda Meissner-Blau**

Die Grünen sind aus verschiedenen Parteien und Gruppierungen hervorgegangen, die sich bei der Nationalratswahl 1983 erstmals bemerkbar gemacht, den Einzug aber nicht geschafft hatten. Dies lag an dem Umstand, dass mit den Vereinten Grünen Österreichs (VGÖ) und der Alternativen Liste Österreichs (ALÖ) zwei unterschiedliche grüne Gruppierungen angetreten waren. Doch hatte sich bei dieser Wahl abgezeichnet, dass es vor allem bei den Jung- und Erstwählern ein Wählerpotential für grüne Ideen gab. Schon seit der Mitte der 1970er Jahre waren durch Ereignisse wie die Volksabstimmung über das AKW Zwentendorf oder Fragen nach alternativen Energiequellen und einer alternativen Politik eine neue Protestbewegung entstanden, die schließlich in eine Grünbewegung mündete. Doch da die Lösungsansätze innerhalb verschiedener Gruppen unterschiedlich waren, gaben die Grünen als Ganzes betrachtet ein indifferentes Bild ab. Einen ersten Achtungserfolg nach der Nationalratswahl 1983 schafften die Grünen bei den Bundespräsidentenwahlen 1986 durch das respektable Abschneiden von Freda Meissner-Blau (5,5 Prozent). Thematisch standen bei den Grünen Umweltschutz und Ökologie an vorderster Stelle, Bereiche die grundsätzlich gruppenübergreifende Konsensthemen waren.<sup>101</sup> Im „grünen Einigungsprozess“, der Zusammenführung der verschiedenen Gruppierungen, beispielsweise der VGÖ (Vereinte Grüne Österreichs), der ALÖ (Alternative Liste Österreichs), der GRAS (Grünalternative Sammlung) oder der GAÖ (Die Grünalternativen) hatte sich die „Bürgerinitiative Parlament“ (BIP) durchgesetzt. Aus dieser Zusammensetzung Vorarlberger, Salzburger, Grazer und Wiener „Grünen“ war auch die Kandidatur Meissner-Blaus resultiert. Im Juli 1986 hatte das entstandene „Einigungskomitee“ einen „Grundsatzvertrag“ geschlossen. Es wurde die Partei „Die Grüne Alternative (Grüne)“ gegründet. Trotz des vorverlegten Wahltermins schafften die Grünen schließlich eine

---

<sup>101</sup> *Rudel*, Roland: Die beiden Kleinen Koalitionen SPÖ-FPÖ (1983-1986) und ÖVP-FPÖ (2000-2002), 43-45

gemeinsame Kandidatur mit der Liste „Die Grüne Alternative – Liste/Freda Meissner-Blau“, die auch den Einzug ins Parlament schaffen sollte.<sup>102</sup>

#### **4.2.2 „Mir reicht’s“**

Kandidiert hatte auch die überparteiliche Aktionsliste „Mir reicht’s“ (MIR), sie findet aufgrund ihres unbedeutenden Wahlergebnisses keine weitere Beachtung.

### **4.3 Die Spitzenkandidaten der Parteien für die NRW 1986**

#### **4.3.1 Franz Vranitzky (SPÖ)**

Der damalige Vorsitzende der SPÖ wurde am 4. Oktober 1937 in Wien geboren und hat im Juni 1955 am Bundesrealgymnasium Wien XVII die Matura abgelegt. 1960 schloss Vranitzky sein Studium an der heutigen Wirtschaftsuniversität – damals Hochschule für Welthandel – ab. Neun Jahre später promovierte er nach Jahren der Berufstätigkeit zum Doktor der Handelswissenschaften. 1961 begann Vranitzky bei der Siemens-Schuckert Ges.m.b.H. Wien im Rechnungswesen, wechselt jedoch im selben Jahr an die Österreichische Nationalbank, wo er in der volkswirtschaftlichen Abteilung arbeitete. Im Jahr seiner Promotion wurde er dem Ersten Vizepräsidenten direkt zugeteilt. Im Jahr darauf holte ihn der damalige Finanzminister, Hannes Androsch, als wirtschafts- und finanzpolitischen Berater ins Finanzministerium. 1976 wurde er dann Vorsitzenden-Stellvertreter des Vorstandes der Creditanstalt-Bankverein und 1981 Vorsitzenden-Stellvertreter des Vorstandes der Länderbank. Im April 1981 wurde er dann selbst Vorstandsvorsitzender der Bank. Drei Jahre später wurde Vranitzky Finanzminister in der Regierung Sinowatz. Am 16. Juni 1986 wurde er schließlich zum ersten Mal als Bundeskanzler der Republik Österreich angelobt.<sup>103</sup>

---

<sup>102</sup> Dachs, Herbert: Grünalternative Parteien. In: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis, Herbert; Horner, Franz; Kramer, Helmut; Lauber, Volkmar; Müller, Wolfgang C.; Talós, Emmerich (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik (Wien 1997), 307

<sup>103</sup> Bundespressedienst (Hg.): Information zum 23. November 1986, 7f

### **4.3.2 Alois Mock (ÖVP)**

Der damalige Bundesparteibeamte der ÖVP wurde am 10. Juni 1934 in Euratsfeld, in Niederösterreich, geboren. 1952 legte Mock am Stiftsgymnasium Seitenstetten die Matura ab. Nach dem Jus-Studium promovierte er 1957, in seiner Studienzeit war Mock Mitglied des Zentralausschusses der Österreichischen Hochschülerschaft. Seine berufliche Karriere begann er im Unterrichtsministerium 1958 als Referent für hochschulpolitische Fragen. Nach Auslandsstudien arbeitete Mock als Referent für EWG- und EFTA-Fragen im Bundeskanzleramt. Nach 1962 ging er zur österreichischen Vertretung bei der OECD in Paris, bis er vier Jahre später Sekretär und schließlich Kabinettschef von Bundeskanzler Josef Klaus wurde. Am 2. Juni 1969 erfolgte die Berufung in die Regierung, Mock wurde Unterrichtsminister. Bei der Nationalratswahl 1970 schaffte er den Sprung ins Parlament. Ein Jahr später wurde Mock zum ÖAAB-Bundesobmann gewählt. Am 17. Jänner 1978 wurde er geschäftsführender Klubobmann. Bereits im darauffolgenden Jahr erfolgte am Bundesparteitag der ÖVP am 7. Juni seine Wahl zum Nachfolger von Josef Taus als Bundesparteibeamte der ÖVP.<sup>104</sup>

### **4.3.3 Jörg Haider (FPÖ)**

Unter den Spitzenkandidaten der Parteien zur Nationalratswahl 1986 war Jörg Haider der bei weitem Jüngste. Haider wurde am 26. Jänner 1950 im oberösterreichischen Bad Goisern geboren. Seine Matura legte er 1968 ab. Nach einem freiwilligen Jahr beim Bundesheer sowie einer Reserveoffiziersausbildung nahm er 1969 sein Studium der Rechtswissenschaften in Wien auf und promovierte 1973. Im Anschluss arbeitete Haider als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Staats- und Verwaltungsrecht der Universität Wien und als Universitätsassistent. Bereits 1970 war er Bundesobmann des Ringes Freiheitlicher Jugend geworden. In dieser Funktion war er Mitglied der Bundesheer-Reformkommission in den Jahren 1970 und 1971. Seit 1971 gehörte der Freiheitliche der FPÖ-Bundesparteileitung und dem FPÖ-Bundesparteivorstand an. Von 1976 bis Mitte 1983 war Haider Abgeordneter zum Nationalrat, 1983 wechselte er als Landesparteibeamte der FPÖ-

---

<sup>104</sup> Bundespressedienst (Hg.): Information zum 23. November 1986, 8



Kärnten in die Kärntner Landesregierung und wurde zunächst Landesrat für Gewerbe und Fremdenverkehr. Ab Oktober 1984 wurde er dann Landesstraßenbaureferent. Am 18. Bundesparteitag der FPÖ wurde Haider schließlich zum neuen Bundesparteiohmann der Freiheitlichen gewählt. In der Kampfabstimmung fielen 262 der 456 abgegeben Stimmen auf ihn und nur 179 Stimmen auf den bisherigen FPÖ-Obmann Dr. Norbert Steger.<sup>105</sup>

#### **4.3.4 Franz Muhri (KPÖ)**

Der Steirer Franz Muhri wurde am 21. Oktober 1924 in Steyeregg geboren. Muhri hatte keine universitäre Ausbildung, arbeitete schon früh als Oberbauarbeiter auf der Strecke der Graz-Köflach-Eisenbahn und später als Bauarbeiter bzw. Lohnverrechner in Graz. Letzteres wurde ihm durch die Absolvierung eines kaufmännischen Abendkurses ermöglicht. Bereits im 16. Lebensjahr kam der Steirer in Kontakt mit dem damaligen illegalen Kommunistischen Jugendverband. Wesentlich beeinflusst wurde Muhri von Richard Zach, einem Lehrer, der eine kommunistische Jugendgruppe organisatorisch und geistig leitete. Zach wurde 1942 von den Nationalsozialisten verhaftet und hingerichtet. Muhri hingegen wurde im selben Jahr in die Wehrmacht eingezogen, desertierte aber und flüchtete im Sommer 1943 zu einer Widerstandsgruppe in der weststeirischen Koralpe. Nach der Zerschlagung dieser Gruppe lebte er bis zum Kriegsende als „U-Boot“. Danach schloss er sich der wieder legal gewordenen Kommunistischen Partei an, bekleidete in ihr verschiedene politische Funktionen und war ab 1965 Vorsitzender der KPÖ.<sup>106</sup>

#### **4.3.5 Freda-Meissner-Blau (Die Grüne Alternative – Liste/Freda Meissner-Blau)**

Freda Meissner-Blau wurde am 11. März 1927 in Dresden geboren und kehrte bereits früh mit ihren österreichischen Eltern nach Österreich zurück. Ihr Vater emigrierte 1938 nach England, sie folgte ihm nach dem Krieg nach und wurde Lernschwester am King's College Hospital in London. Als Werksstudentin war sie außerdem in der Bundesrepublik Deutschland, in den USA und in Frankreich. Mit

---

<sup>105</sup> Bundespressedienst (Hg.): Information zum 23. November 1986, 9

<sup>106</sup> Bundespressedienst (Hg.): Information zum 23. November 1986, 9f

ihrem Ehemann, dem französischen Chemiker Georges Pawloff, lebte sie fünf Jahre im damaligen Belgisch-Kongo, kehrte Ende der 1950er Jahre nach Paris zurück und widmete sich im Rahmen der UNESCO Fragen der internationalen Bildungspolitik. Im Jahr 1962 wurde sie Generalsekretärin des Instituts für Höhere Studien. 1968 kehrte sie nach Paris zurück und war als Dolmetscherin und Assistentin eines wissenschaftlichen Direktors bei der UNESCO tätig. Nach der Scheidung von Pawloff heiratete Meissner-Blau 1970 Paul Blau, den ehemaligen Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“, der gerade als Presse- und Kulturrat an der österreichischen Botschaft in Paris arbeitete. 1972 kehrte das Ehepaar nach Wien zurück, Meissner-Blau wurde Referentin für Arbeiterbildung bei der Österreichischen Mineralöl Verwaltung, der heutigen OMV. Ab 1976 engagierte sie sich publizistisch und als Referentin für Friedensfragen, Menschenrechtsfragen und in Belangen des Umweltschutzes. 1985 erhielt sie den österreichischen Naturschutzpreis. Bei den Bundespräsidentenwahlen vom 4. Mai 1986 entfielen auf die grüne Politikerin 5,5 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen.<sup>107</sup>

#### **4.4 Das Wahlprogramm der ÖVP**

Nachdem der Inseratewahlkampf der Österreichischen Volkspartei bei dieser Nationalratswahl einen Schwerpunkt der Untersuchung bildet, habe ich mich deshalb auch auf das Wahlprogramm der ÖVP konzentriert. Die SPÖ setzte – im Unterschied zur ÖVP – ganz auf ihren Spitzenkandidaten, womit eine ausführliche Darstellung ihres Wahlprogrammes nicht nötig ist. Auch die thematische Ausrichtung der anderen Parteien lässt sich aus dem Verlauf des Wahlkampfes herauslesen, spielt aber in der Beantwortung der Fragestellungen eine untergeordnete Rolle.

***„Österreich zuerst. Das Mock-Programm für eine Wende zum Besseren.***

*„Dr. Alois Mock: ‚Wir Österreicher lieben unsere Heimat. Wir wollen alles dafür tun, daß sich in unserem Vaterland die Dinge zum Besseren wenden. Ich habe dieses Programm entworfen, um es nach dem 23. 11. 1986 in die Tat*

---

<sup>107</sup> Bundespressedienst (Hg.): Information zum 23. November 1986, 10

*umzusetzen. Nur dann werden wir statt ‚Ohne Partei bist Du nichts‘ sagen können: ‚Österreich und seine Bürger zuerst.‘*<sup>108</sup>

#### 4.4.1 Gestaltung es ÖVP-Wahlprogramms

So begann das Wahlprogramm der Österreichischen Volkspartei zur Nationalratswahl 1986. Am Cover des Programmes (siehe auch Anhang) fand sich ein querformatiges Bild des Spitzenkandidaten Alois Mock, lächelnd im weißen Hemd, das Sakko lässig über die rechte Schulter geworfen, im Hintergrund unscharf ein Wiese und ein Baum. Darüber stand: *„Österreich zuerst. Das Mock Programm für eine Wende zum Besseren.“* Nach dem Umblättern fand sich das oben angeführte Zitat. Im Wahlprogramm selbst befanden sich neun Hauptpunkte und Botschaften, versehen mit einer rot-weiß-roten Fahne, jeweils mit mehreren inhaltlichen Punktationen, einem abschließenden Zitat des Spitzenkandidaten und am Ende eine Schlussbotschaft, die sich in der Aufmachung vor allem durch eine größere Schrift, den abschließenden Slogan „Höchste Zeit für bessere Zeiten“ und ein Bild von Mock, auf dem er Kinder küsste, von den anderen Punkten unterschied. Abschließend fand sich noch ein Wahlkreuz und „Liste 2. Die ÖVP.“ sowie eine weitere Fahne.<sup>109</sup>

#### 4.4.2 Inhalte des ÖVP-Wahlprogramms

Die Hauptbotschaften waren:

- *„Höchste Zeit für mehr Freiheit.*
- *Höchste Zeit zur Rückeroberung der Vollbeschäftigung.*
- *Höchste Zeit für eine Steuersenkung.*
- *Höchste Zeit für einen Verschwendungsstopp.*
- *Höchste Zeit für eine Budgetsanierung.*
- *Höchste Zeit für die Sanierung der Verstaatlichten.*
- *Höchste Zeit zur Sicherung des sozialen Netzes.*
- *Höchste Zeit für Umweltschutz.*
- *Höchste Zeit für ein leistungsgerechteres Einkommen der Bauern.“*

---

<sup>108</sup> ÖVP-Bundesparteileitung, Abteilung Dokumentation: NRW Wahlkampf 1986, Inserate (Ordner ohne weitere Beschriftung): Österreich zuerst. Das Mock-Programm für eine Wende zum Besseren. (Anm.d.Verf.: = Das ÖVP-Wahlprogramm zur NRW 1986). In: Mitarbeiterzeitung Nr. 5a/86 (Wien 1986)

<sup>109</sup> ÖVP-Bundesparteileitung: ÖVP-Wahlprogramm zur NRW 1986

- Schlussbotschaft: *„Unser Österreich braucht eine andere Politik. Unser Österreich braucht eine neue politische Moral. Unser Österreich braucht eine Wende zum Besseren.“*

### **„Höchste Zeit für mehr Freiheit.“**

*„16 Jahre Sozialismus haben in Österreich dazu geführt, daß sich viele Menschen nicht mehr als freie Bürger, sondern als Untertanen fühlen. Die Dominanz der Partei führte zu einer Abwertung der Parteiendemokratie und letztlich auch der staatlichen Institutionen.“<sup>110</sup>*

Die Volkspartei versprach in diesem Punkt ein neues Wahlrecht mit besonderer Schwerpunktsetzung auf ein Persönlichkeitswahlrecht und die Briefwahl. Weiters sollte eine verpflichtende Volksabstimmung durchgeführt werden, sollte ein Volksbegehren über 500.000 Unterschriften erhalten, Volksbefragungen sollten eingeführt werden. Dienstposten- und Wohnungsvergabe sollten objektiviert werden um die Parteibuchwirtschaft einzudämmen.<sup>111</sup> Mock versprach, dass die ÖsterreicherInnen *„bei wichtigen Entscheidungen wieder mitreden können“*.<sup>112</sup>

### **„Höchste Zeit zur Rückeroberung der Vollbeschäftigung.“**

*„16 Jahre Sozialismus in Österreich haben dazu geführt, daß wir heute die höchste Arbeitslosigkeit seit 30 Jahren haben. Heuer werden bis zu 200.000 Menschen arbeitslos sein. Jeder dritte Arbeitslose ist unter 25 Jahre. Allein von Jänner bis März 1986 mußten fast 54.000 Jugendliche stempeln gehen. Der sozialistische Grundsatz ‚Schulden sichern Arbeitsplätze‘ ist zerstört worden. Wir haben jetzt hohe Schulden und viele Arbeitslose.“<sup>113</sup>*

Die ÖVP stilisierte somit den Wahltag zu einer Abstimmung über die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik bzw. zu einer Abrechnung über die der SPÖ-geführten Regierung. Gestärkt werden müsse die Privatwirtschaft, so das Programm. Betriebe, die bei Gründung Förderungen erhalten, sollten künftig Ausbildungs- und Arbeitsplätze schaffen. Die Wirtschaft müsse modernisiert werden, die Entwicklung neuer Technologien vorangetrieben und Klein- und Mittelbetriebe gestärkt werden.

---

<sup>110</sup> ebenda

<sup>111</sup> ebenda

<sup>112</sup> ebenda

<sup>113</sup> ebenda

Um dies umsetzen zu können versprach Mock einen „*längst fälligen Kurswechsel*“<sup>114</sup> um Vollbeschäftigung herzustellen und „*vor allem für die jungen Menschen Arbeit*“<sup>115</sup> zu finden.<sup>116</sup>

### **„Höchste Zeit für eine Steuersenkung.“**

*„16 Jahre Sozialismus in Österreich haben dazu geführt, daß die Menschen über einen Großteil ihres Geldes nicht mehr frei verfügen können. Von den 5 Tagen, die jemand in der Woche arbeitet, muß er bereits 2 Tage und 2 Stunden für den Finanzminister arbeiten.“*<sup>117</sup>

Auch in diesem Punkt stilisiert die Volkspartei die Nationalratswahl wieder zu einer Abstimmung über den künftigen Kurs und zu einer Abrechnung über die SPÖ-Politik. Der Steuertarif müsse um 20 Prozent gesenkt werden, die Steuersätze um drei Prozent. Sparbücher dürften nicht besteuert, Absatzbeträge müssten regelmäßig erhöht, die Eigenvorsorge und Eigentumsbildung steuerlich belohnt, die Familie im Steuersystem berücksichtigt und die Körperschaftssteuer für Betriebe von 55 auf 35 Prozent gesenkt werden.<sup>118</sup> Der ÖVP-Spitzenkandidat versprach ein Steuersystem, „*in dem sich Leistung wieder lohnt*“.<sup>119</sup>

### **„Höchste Zeit für einen Verschwendungsstopp.“**

*„16 Jahre Sozialismus in Österreich haben dazu geführt, daß Milliarden an Steuergeldern verschwendet werden, die Staatskassen leer sind und der Schuldenberg wächst.“*<sup>120</sup>

Wieder der Aufruf zum Abwählen der bisherigen Regierungspolitik und zu einer Abstimmung über die Regierung. Unter diesem Punkt fanden sich die Wahlversprechen die Repräsentationsspesen und die Regierungspropaganda einzuschränken, jede öffentliche Ausgabe auf Sinnhaftigkeit zu überprüfen und die Zahl von Ministern und Staatssekretären zu verringern.<sup>121</sup> Der ÖVP-Obmann

---

<sup>114</sup> ebenda

<sup>115</sup> ebenda

<sup>116</sup> ebenda

<sup>117</sup> ebenda

<sup>118</sup> ebenda

<sup>119</sup> ebenda

<sup>120</sup> ebenda

<sup>121</sup> ebenda

versprach, dass er als Bundeskanzler so sparsam mit dem Geld der Steuerzahler umgehen werde, „*als ob es mein eigenes wäre*“.<sup>122</sup>

### **„Höchste Zeit für eine Budgetsanierung.“**

*„16 Jahre Sozialismus in Österreich haben dazu geführt, daß die Budgetdefizite explodieren und die Verschuldung des Staats enorme Ausmaße angenommen hat. Jedes Kind, das in Österreich geboren wird, ist ab seinem ersten Schrei mit rund 80.000 Schilling verschuldet. Der sozialistische Weg ist uns allen sehr teuer gekommen.“*<sup>123</sup>

Nach dem üblichen Aufruf zur Abstimmung über die SP-Regierungspolitik stellte die ÖVP ihren „Kurs“ vor, der zu einer Sanierung des Budgets folgen sollte und kritisierte außerdem die Misswirtschaft und Verschwendung der Regierung. Sie werde mehr Bürgernähe und weniger Bürokratie verwirklichen, öffentliche Dienstposten einsparen und der Verschwendung öffentlicher Mittel den Kampf ansagen. Bei der Bahn und der Post müssten betriebswirtschaftliche Grundsätze beachtet und staatliche Betriebe privatisiert werden.<sup>124</sup> Mock: „*Als Bundeskanzler werde ich Österreich aus den roten Zahlen führen.*“<sup>125</sup>

### **„Höchste Zeit für die Sanierung der Verstaatlichten.“**

*„16 Jahre Sozialismus in Österreich haben dazu geführt, daß in der Verstaatlichten Industrie fast 20.000 Menschen ihre Arbeitsplätze verloren haben und aus Steuergeldern über 50 Milliarden Schilling zugeschossen werden mußten. Die sozialistische Ideologie, die die Verstaatlichten gegenüber den Privaten bevorzugte, hat darüber hinaus bewirkt, daß auch viele Klein- und Mittelbetriebe in ihrer Existenz gefährdet wurden.“*<sup>126</sup>

Wieder findet sich der Aufruf zur Abrechnung mit der SP-Regierungspolitik und der zur Abstimmung darüber im Wahlprogramm. Die ÖVP versprach die Staatsbetriebe umzustrukturieren, durch eine Struktur- und Technologiepolitik die Wirtschaftsdynamik im ostösterreichischen Wirtschaftsraum zurückzugewinnen, Privatisierungen durchzuführen, eine steuerlich begünstigte Unternehmenszone in

---

<sup>122</sup> ebenda

<sup>123</sup> ebenda

<sup>124</sup> ebenda

<sup>125</sup> ebenda

<sup>126</sup> ebenda

der Obersteiermark zu schaffen und Maßnahmen in der Infrastruktur-, Verkehrs-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik zu setzen.<sup>127</sup> Mock werde als Kanzler „eine wirtschaftspolitische Offensive starten“<sup>128</sup>, die Verstaatlichte wieder in die Gewinnzone führen und private Unternehmer würden nicht benachteiligt werden.

### **„Höchste Zeit zur Sicherung des sozialen Netzes.“**

*„Nach 16 Jahren Sozialismus in Österreich sind die Armen noch ärmer geworden. Mehr als 10% der Gesamtbevölkerung, das sind 790.000 Österreicher, leben unter der Armutsgrenze und müssen mit rund 4.700 Schilling oder weniger monatlich auskommen. Besonders Mehrkindfamilien, ältere Menschen und Bauern mußten unter sozialistischen Regierungen empfindliche Einkommensverluste hinnehmen.“<sup>129</sup>*

Wenn die SPÖ als Partei auch in diesem Punkt nicht namentlich erwähnt wurde, so wurde doch klar, wen die ÖVP abgewählt sehen wollte, und so findet sich auch hier der Aufruf dazu und der zur Abstimmung über den jetzigen Regierungskurs oder einen anderen, nämlich den der ÖVP, den sie mit Sachargumenten zu unterlegen versuchte.<sup>130</sup>

*„Der 23. November 1986 bringt eine Abstimmung darüber, ob den Familien endlich wieder jener Stellenwert eingeräumt wird, der ihr als Grundform menschlichen Zusammenlebens zukommt, oder ob jene bestraft werden, die mehrere Kinder haben.“<sup>131</sup>*

Die Wahlversprechen der ÖVP dazu: Steuersenkung und Entlastung der kleineren Einkommen, Pensionserhöhungen, Heizkostenzuschuss für Mindestrentner und Mehrkinderstaffelung bei der Familienbeihilfe.<sup>132</sup> Die Menschen sollten ein „menschenwürdiges Leben führen können“<sup>133</sup>, ältere Menschen oder Familien nicht „an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden“<sup>134</sup>, so der VP-Spitzenkandidat Mock.

---

<sup>127</sup> ebenda

<sup>128</sup> ebenda

<sup>129</sup> ebenda

<sup>130</sup> ebenda

<sup>131</sup> ebenda

<sup>132</sup> ebenda

<sup>133</sup> ebenda

<sup>134</sup> ebenda

## **„Höchste Zeit für Umweltschutz.“**

*„16 Jahre Sozialismus in Österreich haben dazu geführt, daß die Umweltschäden noch immer nicht genügend ernst genommen werden. Fast jeder dritte Baum ist nicht mehr zu retten. Aber die sozialistische Koalition setzte keine Maßnahmen, sondern debattierte nur darüber. Das marktwirtschaftliche Wirtschaftssystem ist am besten geeignet, Umweltprobleme rasch und effizient in den Griff zu bekommen.“<sup>135</sup>*

Die Nationalratswahl, so das ÖVP-Wahlprogramm, sei eine Abstimmung über die Umweltschutzpolitik der damaligen Regierung. Die ÖVP würde Initiativen zur Einschränkung der Luftverschmutzung setzen um das Waldsterben aufzuhalten, Energiesparen fördern sowie den Umstieg auf saubere Energiegewinnung forcieren, die Wasserkraft ausbauen und Nationalparks schaffen.<sup>136</sup> *„Besser wirtschaften heißt auch die Umwelt besser schützen“<sup>137</sup>*, war dazu von Mock zu lesen.

## **„Höchste Zeit für ein leistungsgerechteres Einkommen der Bauern.“**

*„Nach 16 Jahren Sozialismus in Österreich sind immer mehr Bauern unter der Armutsgrenze gerutscht. Die Kaufkraft der Bauern liegt auf dem Niveau von 1975. Der Aufbau von Produktions- und Einkommensalternativen wird durch die Regierung verhindert.“<sup>138</sup>*

In diesem Punkt bedient die Volkspartei eine ihre Kerngruppen, fordert aber auch hier eine Abrechnung mit der SP-geführten Regierung. Die ÖVP werde dafür sorgen, dass Qualität nicht Quantität bei der Erzeugung von Agrarprodukten zähle und werde Marketingstrategien entwickeln, beispielsweise für die Vermarktung österreichischer Weine.<sup>139</sup> Er, so Mock, würde dafür sorgen, dass der Bauernstand nicht mehr benachteiligt werde und *„wieder Zukunft hat“<sup>140</sup>*.

---

<sup>135</sup> ebenda

<sup>136</sup> ebenda

<sup>137</sup> ebenda

<sup>138</sup> ebenda

<sup>139</sup> ebenda

<sup>140</sup> ebenda



**Der Schlusspunkt: „Unser Österreich braucht eine andere Politik. Unser Österreich braucht eine neue politische Moral. Unser Österreich braucht eine Wende zum Besseren.“**

- *„Österreich und seine Bürger haben Vorrang vor den Parteien und den Gruppeninteressen.*
- *Die Freiheit des Bürgers muß gestärkt werden. Mehr Mitbestimmung, mehr persönliches Eigentum.*
- *Mit wertvollem Gut muß verantwortungsbewußt umgegangen werden – vom Steuergeld bis zu Umwelt.*

*Am 23. November 1986 wird darüber abgestimmt, ob es wie bisher weitergehen soll, oder ob ein neuer Anfang gemacht wird.*

*Am 23. November 1986 tritt die Österreichische Volkspartei an, um – ausgestattet mit einer überzeugenden Mehrheit der österreichischen Bevölkerung – den längst fälligen Kurswechsel – die Wende zum Besseren – in Österreich herbeizuführen. Dann es ist*

***Höchste Zeit für bessere Zeiten.***

***Liste 2. Die ÖVP.***<sup>141</sup>

In diesem letzten, zehnten Punkt, fasste die ÖVP noch einmal die wichtigsten Punkte ihres Wahlprogramms zusammen. Die ÖVP wollte mit ihrem Programm den WählerInnen die Botschaften vermitteln:

- Zeit für die Wende – Zeit für einen Neuanfang
- Die ÖVP macht eine andere Politik (als die SPÖ)
- Die jetzige Regierungspolitik ist schlecht für Österreich und die Menschen

#### **4.5 Der Verlauf des Nationalratswahlkampfes 1986 im Allgemeinen**

Zu Beginn des Nationalratswahlkampfes war die Ausgangslage klar. Die ÖVP befand sich, was Stimmungslage, Meinungsumfragen und Erwartungshaltung der Medien betraf in der Führungsposition. In wirtschaftspolitischer und personeller Hinsicht besaß die Volkspartei einen Kompetenzvorsprung. Bei anderen Themen lag sie mit der Regierungspartei SPÖ gleichauf. Beim wichtigen Thema Arbeitsplatzsicherung musste sich die SPÖ mit einem Kompetenzverlust konfrontiert sehen. Für die ÖVP also eine gute Ausgangsposition, die „Wende“ schien in greifbarer Nähe, schien

---

<sup>141</sup> ebenda

möglich. Umgekehrt die Situation bei den Sozialisten. Nur die Person des Kanzlers war positiv besetzt, Vranitzky lag mit seinem „Kanzlerbonus“ weit vor dem ÖVP-Herausforderer Alois Mock.<sup>142</sup>

Somit konzentrierte sich die Kanzlerpartei SPÖ im Wahlkampf klar auf ihren Spitzenkandidaten. Die Wahl sollte eine Entscheidung zwischen Personen werden und nicht eine zwischen politischen Konzepten oder Parteien. Abgesehen von einer „*Modernisierungsideologie*“ war die Kampagne klar auf die Person Vranitzky zugeschnitten, inhaltliche Argumente gab es kaum. Die SPÖ führte somit erstmals in ihrer Geschichte seit 1945 einen klaren „*Kanzlerwahlkampf*“. Diese Wahlkampfstrategie, für die SPÖ naheliegend, war eine, die die ÖVP auf jeden Fall vermeiden musste.<sup>143</sup> Vranitzky beschrieb die Vorgehensweise der SPÖ in diesem Wahlkampf in seiner Autobiographie:

*„Es musste eine Art von Präsenzlawine in Gang gesetzt werden, um den Kurzzeitbundeskanzler, der vorher noch nie gewählt worden war, dem Publikum näherzubringen. [...] Die Wahlkampfparolen und Plakattexte waren auf allgemeine wirtschafts- und sozialpolitische Inhalte angelegt, und zwar so, dass sie mein Generalmotto ‚Wir nehmen einen Modernisierungsschub vor‘ verdeutlichten. Ebenso aber auch auf nachträgliche Schockmilderung nach den Versprechungswellen im Präsidentschaftswahlkampf. ‚Ich verspreche nichts, was ich nicht halten kann‘ war aus der Situation heraus geboren, aus der Warte des politischen Weitblicks natürlich nicht gerade anspruchsvoll.“<sup>144</sup>*

Allerdings setzte die Meinungsforschung dieser Strategie enge Grenzen.

*„Unseren empirischen Erfahrungen zufolge, können durch einen starken Kandidaten ungefähr zwei Prozent der Wählerstimmen bewegt werden – für die kommende Nationalratswahl wären dies die entscheidenden Prozentpunkte, die der SPÖ die relative Mehrheit sichern“,*

so die Meinungsforscher Franz Birk (IFES) und Kurt Traar (IT-Institut) im „profil“.<sup>145</sup>

Zu Beginn des Wahlkampfes setzte die Volkspartei in ihrer Wahlkampagne klar auf wirtschaftspolitische Themen und versuchte Alternativkonzepte aufzuzeigen: Es

---

<sup>142</sup> Plasser, Fritz; Ullrich, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 53

<sup>143</sup> Plasser, Fritz; Ullrich, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 53f

<sup>144</sup> Vranitzky, Franz: Politische Erinnerungen, 165

<sup>145</sup> profil Nr. 45 vom 3.11.1986, 17

wurde ein Steuerreform- und Steuersenkungskonzept vorgestellt, welches Verstaatlichten- und Sanierungsthematik mit Belastungs- und Verschwendungskritik verband. Dies sollte die Grundlage für ein wirtschaftspolitisches Reformprogramm darstellen. Die SPÖ reagierte mit einer abgeschwächten Variante für eine Steuerreform, sparte mit Kritik und leistete das Versprechen, eine Volksabstimmung über den Charakter der Steuerreform abhalten zu wollen. Die ÖVP konnte somit in der öffentlichen Wahrnehmung ihre Zukunftsvorstellungen am besten darstellen und ihr Themenmix entsprach weitgehend dem Problembewusstsein der ÖsterreicherInnen.<sup>146</sup> Ende Oktober fasste der „profil“-Journalist Peter Michael Lingers die Wahlkampfstrategien in einem Satz zusammen: *„Die ÖVP lebt von den wirtschaftspolitischen Fehlleistungen der SPÖ in den abgelaufenen Jahren – die SPÖ lebt von Franz Vranitzky“*.<sup>147</sup>

Plasser und Ulram sahen allerdings in ihrer Nachwahlanalyse die thematische Offensivstrategie der Volkspartei bald an ihre Grenzen stoßen. Als Ursachen erklärten sie Selektionskriterien der Massenmedien, parteiinterne Strukturen und Konfliktlinien und spezifische wahlkampfaktische Konzeptionen.<sup>148</sup>

Jedenfalls nahm die Aufmerksamkeit der Medien an inhaltlichen Argumenten und Positionen im laufenden Wahlkampf immer mehr ab. Vielmehr standen mögliche Koalitionsformen, Personalfragen und der Wahlausgang im Mittelpunkt der Berichterstattung.<sup>149</sup>

*„Das Ergebnis war eine einseitige Themenagenda mit einer Schwerpunktsetzung zugunsten formaler, stilistischer und personell-imagebezogener Themen, wodurch nicht nur der Kontrast zwischen den wahlwerbenden (Groß)Parteien verringert wurde, sondern sich auch die Schwerpunkte der massenmedialen Berichterstattung zunehmend von den zentralen Anliegen der Bevölkerung entfernten.“*<sup>150</sup>

Diese Schwerpunktverlagerung, so Plasser und Ulram, war schon bei der vorangegangenen Nationalratswahl im Jahr 1983 zu beobachten gewesen: *„Politiker-Politik“* in Begleitung von inflationären Meinungsforschungsergebnissen war die

---

<sup>146</sup> Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 54

<sup>147</sup> profil Nr. 44 vom 27.10.1986, 12

<sup>148</sup> Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 54

<sup>149</sup> ebenda

<sup>150</sup> ebenda

Folge, wobei sie den Parteien Thematisierungsschwächen unterstellten. Somit feierte die „symbolische“ Politik einen neuen Triumph und das Wahlkampfgeschehen entfernte sich immer mehr vom Alltag und den Problemstellungen der Menschen. Auch die zuvor noch hochaktuelle Thematik VOEST Alpine/Verstaatlichte Industrie, eigentlich eine „Auflage“ für die ÖVP als Wahlkampfthema, verschwand von der Agenda. Auch das Thema Steuerreform und Budgetdefizit, mit denen die ÖVP zu punkten versuchte, waren wenig erfolgreich wurden nur kurz beachtet und verloren ihre Bedeutung je näher der Wahltermin rückte.<sup>151</sup>

Die Koalitionsspekulationen begannen früh. So stellte der „profil“-Redakteur Peter Michael Lingens in einem Kommentar bereits Anfang Oktober 1986 die Frage, ob Vranitzky in einer Großen Koalition unter ÖVP-Führung noch in der Regierung sitzen würde. Lingens berichtete, dass es Stimmen gebe, dass Vranitzky nicht als Vizekanzler in eine von Mock geführte Regierung gehen würde. Wer einmal Kanzler gewesen sei, der hätte sicher keine Lust in die zweite Reihe zurückzutreten, auch würden auf Vranitzky attraktive Jobs in der Wirtschaft warten. Aber Lingens sah auch strategische Gründe: *„Indem er durchblicken läßt, daß er im Falle einer roten Niederlage ausscheidet, kann er hoffen, alle Leute, die ihn in der kommenden Regierung sehen wollen, zum SPÖ-Wählen zu bewegen.“* So werde, so sah es Lingens richtig voraus, die Wahlpropaganda der SPÖ ganz auf Vranitzky abgestimmt sein: *„Wer Vranitzky will, muß Liste 1 ankreuzen. In ihm sieht die SPÖ ihr wichtigstes Atout gegenüber der ÖVP des Alois Mock.“*<sup>152</sup>

---

<sup>151</sup> Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 54-57

<sup>152</sup> profil Nr. 41, vom 6.10.1986, 11

Abb. 15:

<b>Thematische Schwerpunkte der Medienberichterstattung 1986<sup>153</sup></b>	
Zentrale Themen der Berichterstattung	Anteil an der Gesamtzahl der behandelten Themen in Prozent
1. Koalitionsspekulationen, mögliche Regierungsformen, Wahlchancen der Großparteien, etc.	21,8
2. Wahlchancen der Grünen, interne Konflikte bzw. Entwicklungen	10,1
3. Wahlchancen der FPÖ, interne Konflikte bzw. Entwicklungen	6,4
4. Steuerreform	9,1
5. Arbeitsplatzproblematik, Verstaatlichten-Krise	5,6
6. Budgetdefizit	3,8

<sup>153</sup> Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 55: Erste Ergebnisse einer Inhaltsanalyse der Themenstruktur der innenpolitischen Berichterstattung der österreichischen Massenmedien im Zeitraum Mitte September bis Ende Oktober 1986 (gewichtet mit der Reichweite der Medien), untersuchte Medien: Zeit im Bild (ZIB), Kronenzeitung, Kurier, Presse, Kleine Zeitung, Oberösterreichische Nachrichten (OÖN), Salzburger Nachrichten. Leiter des Forschungsprojektes Monitor-Innenpolitik: Franz Sommer

Abb. 16:

Themenkarrieren im Zeitrend (Angaben in Prozent) Beobachtungszeitraum: 2. September bis 23. November 1986												
	1. W.	2. W.	3. W.	4. W.	5. W.	6. W.	7. W.	8. W.	9. W.	10. W.	11. W.	12. W.
Steuerreform	-	1,2	3,5	11,8	17,9	9,2	1,5	2,5	1,3	0,5	-	-
Verstaatlichte Industrie/VOEST-Krise – Abbau von Beschäftigten – Arbeitsmarktlage (Jugendarbeitslosigkeit)	47,9	20,8	7,0	10,3	4,4	1,6	2,5	3,0	8,4	1,6	2,8	4,4
Budgetsituation – Staatsverschuldung (Sondersitzung im Parlament)	0,3	0,6	3,0	0,2	0,7	0,4	11,7	9,5	2,6	3,8	0,6	-
Umwelt (Waldsterben)	3,3	2,1	-	1,2	0,3	2,4	0,5	4,0	-	2,2	7,9	3,6
FPÖ-Internationale (Kampfabstimmung am Parteitag) – Auswirkungen auf die SP-FP-Koalition, Ankündigung von Neuwahlen	13,8	42,5	18,5	5,9	5,5	6,0	2,6	-	1,9	0,5	0,6	2,6
Einigungsprozess der GRÜNEN, Streit Komlosy-Meissner-Blau, Wahlchancen der GRÜNEN	1,0	0,6	6,2	9,3	4,8	20,4	7,1	6,5	5,8	0,5	1,7	-
Koalitionsspekulationen, Diskussionen über Rahmenbedingungen einer großen Koalition, Haider-Kritik an Zusammenarbeit von SPÖ und ÖVP	1,0	7,0	22,9	23,3	32,6	24,0	23,0	16,1	24,0	26,9	14,0	36,4

Quelle: Plasser, Fritz; Ulram Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 56: Die Tabelle zeigt, welche Themen in der innenpolitischen Berichterstattung der untersuchten Printmedien seit Anfang September an Bedeutung gewonnen haben und welche Themen an Bedeutung verloren haben. Die Basis für die dargestellten Prozentwerte ist bei dieser Tabelle die Gesamtzahl der innenpolitischen Artikel in den Tageszeitungen Krone, Kurier, Kleine Zeitung, ÖÖN und Salzburger Nachrichten. Die Ergebnisse der Inhaltsanalyse sind reichweitengewichtet.

Bereits am 13. Oktober 1986 deutete VP-Generalsekretär Michael Graff die Möglichkeit einer Großen Koalition an:

**„profil:** *Herr Generalsekretär, die ÖVP erklärt laut, die führende politische Kraft werden zu wollen, und gleichzeitig überlegen Sie im Kreis von Experten, wie eine große Koalition funktionieren soll. Wie geht das zusammen?*

**Graff:** *Wenn sich in dem Land etwas ändern soll, dann muß die ÖVP die stärkste Partei werden. Aber um eine Sanierung herbeizuführen, brauchen wir eine möglichst breite Zusammenarbeit. Da die absoluten Mehrheiten nicht am Baum hängen und die kleinen Koalitionen auch nicht gerade Konjunktur haben, liegt eine Zusammenarbeit der beiden Großparteien nahe.“<sup>154</sup>*

Am 18. Oktober 1986 veröffentlichte die „Neue Kronen Zeitung“ die *„geheime Ministerliste der großen Koalition“*.<sup>155</sup> Die Journalisten beschäftigten sich aber nicht nur mit einer etwaigen Großen Koalition, sondern auch mit einer möglichen Schwarz-Blauen Regierung. Zu dieser geht Mock in den „Oberösterreichischen Nachrichten“ auf Distanz. Es werde ihm zwar, so Mock, jeder als Koalitionspartner willkommen sein, der die *„neue Politik“* der Volkspartei mitzutragen bereit sei, von Haider und der FPÖ glaube er das aber nicht. Mock lehnte außerdem einen fixen Koalitionspakt ab und ließ alle Koalitionsvarianten offen. Haider hingegen, so berichtete die Linzer Zeitung, gehe jedenfalls von einer Großen Koalition aus.<sup>156</sup> Die Diskussion feierte munter ihre Fortsetzung. Ende Oktober war für „profil“-Redakteur Lingens der Koalitionswunsch bei den Schwarzen klar entschieden: *„Sie will die große Koalition und nichts sonst.“* Das sich die ÖVP die Alternative FPÖ offen halte, hätte nur *„taktische Gründe“*, so Lingens in einem zweiseitigen Artikel über mögliche Koalitionsvarianten und mögliche Regierungsmitglieder nach dem 23. November 1986.<sup>157</sup> Im SPÖ-Monatsheft „Zukunft“ schrieb Chefredakteur Albrecht Konecny zu den Koalitionsspekulationen:

*„[...] Möglich ist die große Koalition natürlich. [...] Aber sie ist weder ein wünschenswertes Ziel noch auch nur wahrscheinlich. [...] Die Medien konzentrieren sich darauf, die ‚große Koalition‘ als so gut wie schon abgeschlossen darzustellen [...]. Ziel dieser Strategie kann es nur sein, die Person Vranitzky als durch den Wahlausgang überhaupt nicht bedroht*

---

<sup>154</sup> profil Nr. 42 vom 13.11.1986, 16

<sup>155</sup> Neue Kronen Zeitung vom 18.10.1986, 1

<sup>156</sup> Oberösterreichische Nachrichten vom 27.10.1986, 2

<sup>157</sup> profil Nr. 44 vom 27.10.1986, 13

*darzustellen [...] und die Auswirkungen des Vranitzky-Bonus für die SPÖ so zu minimieren.“*

Und in der November-Ausgabe setzte er fort:

*„[...] Denn wenn nur lange und intensiv genug über mögliche Koalitionen kombiniert wird, wird der Wähler – so hoffen jedenfalls die Meinungs-Kombinate – sich nicht der Mühe unterziehen, die Programme der Parteien oder ihre Spitzenpolitiker einem kritischen Vergleichstest zu unterwerfen. Und da wohl beider Tests sehr zugunsten der SPÖ ausfielen, hat die SPÖ ein gewaltiges Interesse daran, dieser Taktik nicht noch zusätzlich Vorschub zu leisten.“<sup>158</sup>*

Vor allem der Kurier wurde von Konecny in diesen Zusammenhang gebracht.<sup>159</sup> Am 1. November 1986 erklärte VP-Generalsekretär Graff ebendort, dass eine *„Koalition von ÖVP und FPÖ nicht tragfähig“* sei. Der damalige Wiener ÖVP-Obmann Erhard Busek hingegen forderte klar eine Zusammenarbeit mit der SPÖ nach der Wahl.<sup>160</sup> Zwei Tage später berichtete Ruth Pauli in einem „Kurier“-Kommentar, dass Mock zu Koalitionsspekulationen keine Stellungnahme mehr abgeben wolle, sein Pressesprecher Herbert Vytiska habe allerdings klargestellt, dass es für eine ÖVP-FPÖ-Regierung eine *„zu schmale Basis“* gebe.<sup>161</sup> Im „profil“-Interview zeigte sich Mock dann wieder davon überzeugt, dass es keine Große Koalition geben werde, denn *„behält die SPÖ die Mehrheit, wird sie die kleine Koalition fortsetzen“*. Der Vizekanzler-Posten sei deshalb *„unwahrscheinlich“*, die ÖVP würde dann in Opposition bleiben. Jörg Haider schätzte Mock jedenfalls als ministrabel ein: *„Er ist wie jeder demokratisch gewählte Politiker von einem Regierungsamt nicht auszuschließen“*.<sup>162</sup> Kurz vor der Wahl, am 19. November 1986, überraschte Kanzler Vranitzky, so berichtete die „Neue Kronen Zeitung“, mit der Empfehlung an die eigene Partei, dass die SPÖ auch nach einem Wahlsieg der Volkspartei in eine Große Koalition gehen solle. Es gebe in der SPÖ zwei Gruppen, die eine wäre für seinen Vorschlag, die andere trete für den Weg in die Opposition ein.<sup>163</sup> Im „profil“-Interview wenige Tage zuvor hatte Vranitzky noch gesagt:

---

<sup>158</sup> Konecny, Albrecht: Große, kleine oder gar keine Koalition. In: Zukunft 11 (Wien 1986), 2

<sup>159</sup> Konecny, Albrecht: Saubere Fronten, 2f

<sup>160</sup> Kurier am 1.11.1986, 2

<sup>161</sup> Kurier am 3.11.1986, 2

<sup>162</sup> profil Nr. 47 vom 17.11.1986, 35-37

<sup>163</sup> Neue Kronen Zeitung vom 19.11.1986, 2



*„Erklärungen über meine persönlichen Absichten für den Fall, daß ich mein Ziel, erneut Bundeskanzler zu werden, nicht erreiche, gebe ich erst nach dem Wahltag ab. Ich will wirklich niemanden im Unklaren lassen. Ich will aber auch nicht unsere Wahlstrategie, die zum Ziel hat, wieder stärkste Partei zu werden, durch vorzeitige Erklärungen stören. [...] Wir treten jetzt an, und geben keine Erklärungen ab über künftige Koalitionen oder Postenbesetzungen. Ich befinde mich da auch in guter Gesellschaft mit dem Dr. Mock, der auch alle Hinweise, wie es nach dem 23. November weitergehen könnte als ‚Koalitionsgewäsch‘ bezeichnet hat.“<sup>164</sup>*

Vranitzky schloss in diesem Interview weiters nicht aus, auch Vizekanzler zu werden.<sup>165</sup> Nur einen Tag nach der Empfehlung Vranitzkys in der „Krone“ an seine Partei, interpretierte der „Kurier“ eine Vranitzky-Aussage als Absage an sein Eintreten in eine Große Koalition als Vizekanzler. Der SPÖ-Spitzenkandidat hatte gesagt:

*„Ich bin als Kanzler zu dieser Wahl angetreten mit dem Ziel, wieder die Nummer eins in der Regierung zu sein. Ich bin mir nicht sicher, daß dies auch gelingt. Wenn aber nicht, dann entsteht für mich persönlich sicher eine neue Situation, die ich mir sehr genau überlegen werde...“<sup>166</sup>*

Die Koalitionsspekulationen wurden somit bis zum Ende des Wahlkampfes weitergeführt. Zwei Tage vor der Wahl erklärte Mock im „Kurier“, dass bei einem SPÖ-Sieg die Fortsetzung der Kleinen Koalition drohe. Mock ließ auch durchblicken, dass er nicht als Vizekanzler zur Verfügung stehen werde, er gehe aber von einem Sieg der ÖVP aus und werde nach der Wahl bei einem solchen mit der zweitstärksten Partei über eine Regierung verhandeln.<sup>167</sup>

Daran lässt sich klar erkennen, dass es zwar eine breite Diskussion über mögliche Koalitionsformen gab, bzw. wer aller Vizekanzler etc. werden könnte, es gab allerdings keine klaren Aussagen darüber, was nun wirklich nach der Wahl geschehen werde. Dominant war diese Diskussion aber allemal.

Die Medien waren mit Fortdauer des Wahlkampfes an der Entthematisierung beteiligt. Gleichzeitig stieß der eigentlich offensive Charakter des ÖVP-Wahlkampfes

---

<sup>164</sup> profil Nr. 47 vom 17.11.1986, 30

<sup>165</sup> ebenda

<sup>166</sup> Kurier am 20.11.1986, 2

<sup>167</sup> Kurier am 21.11.1986, 2

auf Widerstände innerhalb der ÖVP. Eine „harte wirtschaftspolitische Profilierung“ wurde von Gruppen innerhalb der Partei wegen möglicher negativer Reaktionen der eigenen Klientel gefürchtet. Weiters wurde diese Wahlkampfstrategie als zu riskant empfunden, auch da sie womöglich nach der Wahl koalitionstaktische Überlegungen gefährde. Außerdem widersprach sie einem Harmoniebedürfnis, welches in der Volkspartei vorherrschte. Als Folge wurde der wirtschaftspolitische „Abrechnungs- und Sanierungskurs“ weitgehend aus der Wahlkampfstrategie herausgenommen und verkam zu sektoralen, technokratischen Sonderinitiativen. Auch Vorschläge zur Thematisierung der Umweltproblematik und demokratiepolitische Reformvorschläge blieben auf einzelne, persönliche Vorschläge beschränkt. Als einziges offensives Thema blieb somit die Steuerreform. Dieses Thema besaß aber allein wenig Tragfähigkeit und ausreichende Profilierungsmöglichkeit, war es eben isoliert und auch von sozialistischer Seite gab es ähnliche Gegenvorschläge. Somit ließ sich damit nicht wirklich „punkten“. Die ÖVP verlor immer mehr an inhaltlicher Argumentationsstärke, auch wenn man versuchte mit der Plakatserie „16 Jahre SPÖ-Regierung sind genug“ das Ruder herumzureißen. Doch ließ sich auch damit diese Entwicklung nicht mehr aufhalten.<sup>168</sup>

Die Folgen dieser Entwicklung – der Entthematisierung – waren, dass die ÖVP Boden verlor, sowohl ihren Vorsprung in der Argumentationsstärke, wie auch im Meinungsklima und schließlich in der Wählergunst in Rückstand geriet. Der SPÖ gelangen zwar klimatische Verbesserungen, aber letztlich würden sich diese nicht in Wählerstimmen umsetzen lassen.

Abb. 17:

<b>Argumentationsstärke im Trend<sup>169</sup></b>				
Nach Meinung der Befragten hat bisher am deutlichsten gesagt, was sie in den nächsten Jahren verändern und verbessern möchte...	13.10.	3.11.	19.11.	Veränderung 13.10-19.11
ÖVP	19	16	20	+1
SPÖ	44	42	36	-8
FPÖ	3	6	5	+2
Grüne	2	2	4	+2
weiß nicht, k.A.	32	33	35	+3
Abstand ÖVP-SPÖ	+25	+26	+16	

<sup>168</sup> Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 57

<sup>169</sup> Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 58: Quelle: Dr. Fessel + GfK, Telefonisches Track-Polling im Auftrag der ÖVP-Bundesparteileitung; N=500

Der laufende Wahlkampf verlagerte sich also weg von den Themen. In den Mittelpunkt traten die KandidatInnen. Plasser und Ullram sahen einen Wahlkampf, der sich in den Schwerpunkten von den „Issues“ zu den „Images“ verlagerte. Diese Entwicklung kam der SPÖ gänzlich entgegen, hatte sie doch ihre gesamte Wahlkampfstrategie auf den Spitzenkandidaten zugeschnitten und lag in diesem Bereich auf seit Anfang an in Führung. Die Imagekomponenten des Bundeskanzlers - seine politische Unverbrauchtheit und die Innovationsfreudigkeit – konnten somit von politisch-inhaltlichen Positionen abgelöst werden und das positive Bild des Kanzlers teilweise das negative Bild der Partei überdecken.<sup>170</sup> Die Arbeit des SPÖ-Parteiparates in diesem Wahlkampf lobte Vranitzky in seinen Erinnerungen:

*„Diese geschundene Partei, die wegen Hainburg und Verstaatlichtenfiasko und anderer Kalamitäten verspottet und ausgelachten Funktionäre und Mitarbeiter waren zur Stelle. [...] Alle halfen, den oft erhobenen Vorwurf zu widerlegen, der sogenannte Parteiapparat sei träge. Meiner Meinung läuft er zu guter Form auf, wenn der Ernst der Lage deutlich wird [...].“<sup>171</sup>*

Aber nicht nur die SPÖ profitierte von dieser Entwicklung. Denn gleichzeitig wurden auch dem neuen FPÖ-Obmann Haider Chancen zur Profilierung ermöglicht, die dieser durch geschickt inszenierte Medienauftritt und durch eine populistische Protestrhetorik nutzte.<sup>172</sup>

Anfang November fasst das „profil“ in einem Bericht über parteiinterne Kritik am ÖVP-Wahlkampf die Meinungsforschungsergebnisse für die Volkspartei zusammen:

*„Die parteiunabhängigen Meinungsforschungsinstitute stimmen darüber ein, daß die ÖVP ihren langanhaltenden Vorsprung vor der SPÖ einbüßt, Kanzler Franz Vranitzky seine blendenden Sympathie- und Kompetenzwerte gehalten und Jörg Haider FPÖ kräftig zugelegt hat – im Wesentlichen auf Kosten der Volkspartei. Die Grünen sind am absteigenden Ast.“<sup>173</sup>*

Am 6. November 1986 fand die TV-Konfrontation (siehe auch Kapitel 4.6.2, 4.6.3, 4.6.5, 4.6.6, 4.6.7) zwischen Bundeskanzler Vranitzky und Herausforderer Mock statt. Diese Fernsehdiskussion hatten die Medien zum wahlentscheidenden Ereignis

---

<sup>170</sup> Plasser, Fritz; Ullram, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 58

<sup>171</sup> Vranitzky, Franz: Politische Erinnerungen, 165

<sup>172</sup> Plasser, Fritz; Ullram, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 58

<sup>173</sup> profil Nr. 45 vom 3.11.1986, 20

hochstilisiert. So titelte die „Neue Kronen Zeitung“ bereits am 1. November 1986: *„Sieger des TV-Duells wird Bundeskanzler“*<sup>174</sup> und auch am Tag des Duells war zu lesen: *„Live-Debatte könnte wahlentscheidend sein“*<sup>175</sup>. Mock stand vor der Aufgabe, die Konfrontation unbedingt gewinnen zu müssen, um das Stimmungsbarometer herumreißen zu können. Vranitzky sah sich in der weitaus bequemerem Ausgangssituation, die Debatte nur nicht verlieren zu dürfen. Die Spitzenkonfrontation brachte *„im Ergebnis“* aber wenig Überraschendes und auch das TV-Publikum sah sich in der Erwartungshaltung bestätigt: das Meinungsklima *„pro Vranitzky“* war verstärkt worden. Somit brachte das TV-Duell keinen Umschwung zugunsten der ÖVP oder eine Wende in der Wahlkampfentwicklung, sondern verstärkte den Trend. Dieser ging gegen die ÖVP, wovon aber auch die SPÖ nicht wirklich profitieren konnte.<sup>176</sup> Der Auftritt Mocks war sicherlich verantwortlich für das *„Ergebnis“* der TV-Konfrontation, aber ob dieses auch ausschlaggebend für den Ausgang der Wahl war, sei dahingestellt. Mock war vor dem TV-Duell in der Sauna gewesen und saß dann schwitzend und viel zu stark geschminkt, mit einem maskenhaften Gesicht, vor den TV-Kameras und präsentierte sich somit sicherlich nicht als eloquenter Herausforderer des Bundeskanzlers. In einem entthematisierten Wahlkampf war dies jedenfalls kein optimaler Auftritt eines Herausforderers.<sup>177</sup>

Eine unmittelbar nach Ende des TV-Duells durchgeführte telefonische Umfrage des IFES-Instituts im Auftrag der SPÖ-Zentrale zeigte folgendes Bild. Die Zuschauer wurden bereits erstmals vor der TV-Übertragung befragt und eben danach. Vor dem TV-Hearing deklarierten 45,8 Prozent ihre Wahlabsicht für die SPÖ und 37 Prozent für die ÖVP, danach steigerte sich der SPÖ-Wahlabsichtsanteil auf 47,4 Prozent, der für die ÖVP sank auf 32,8 Prozent. Die Interpretation ist klar: Das TV-Duell hat bewirkt, dass bei den Zuschauern die Neigung die ÖVP zu wählen, gemindert wurde. Die *„Wechsler“* waren insbesondere von der Wirtschaftskompetenz des Kanzlers beeindruckt, außerdem gewann die SPÖ potentielle Wähler durch den *„Bandwagon-Effekt“*, die Zugkraft des Gewinners in der Auseinandersetzung, wogegen Mock sich bei denen gut hielt, wo er selbst glaubwürdig wirkte und die Glaubwürdigkeit von Vranitzky in Frage stellen konnte. Einen geringen Effekt, so die Analyse von IFES,

---

<sup>174</sup> Neue Kronen Zeitung vom 1.11.1986, 1

<sup>175</sup> Neue Kronen Zeitung vom 6.11.1986, 4

<sup>176</sup> Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 59f

<sup>177</sup> Rudel, Roland: Die beiden Kleinen Koalitionen SPÖ-FPÖ (1983-1986) und ÖVP-FPÖ (2000-2002), 25

hatte die Sympathie und die Durchschlagskraft der Kandidaten. Stärker beeinflusst hatte allerdings das Thema der sozialen Sicherheit. 56 Prozent erklärten, Vranitzky hätte besser abgeschnitten und nur 27 Prozent meinten dies von Mock. Auch in der Glaubwürdigkeit siegte der SPÖ-Kandidat mit 55 zu 30 Prozent. Die Sympathiefrage gewann der Kanzler klar mit 65 zu 17 Prozent, genauso wie die Frage nach der Durchschlagskraft (58 zu 28 Prozent). Viel knapper hingegen das Ergebnis bei der Frage, wer von den beiden das bessere Programm für die wirtschaftliche Zukunft Österreichs habe. Hier gewann Vranitzky knapp mit 42 Prozent, Mock kam auf 39 Prozent. Bei der Frage nach dem Programm für die soziale Sicherheit gewann wieder der SPÖ-Kanzler mit 52 Prozent, Mock erhielt 28 Prozent. 44 Prozent meinten, dass die Fernsehdiskussion eher der SPÖ genützt hätte, nur 31 Prozent sahen das bei der ÖVP. Ganz klar für Vranitzky ging die „Kanzlerfrage“ aus. 60 Prozent hätten Vranitzky direkt gewählt, nur 29 Prozent den schwarzen Herausforderer.<sup>178</sup>

Die „Neue Kronen Zeitung“ sah am Tag nach dem Duell ein „*Torloses TV-Match*“, der Wahlausgang bleibe weiter offen.<sup>179</sup> Das inhaltliche Fazit der „Krone“:

*„Ein kämpferischer Mock stellte wiederholt die nicht unberechtigte Frage, warum die SPÖ vor Wahlen so viel verspreche, wo sie doch 16 Jahre Zeit gehabt hätte, Vranitzky ging darauf kaum ein, sondern beschäftige sich fast ausschließlich mit der Zukunft.“<sup>180</sup>*

In einem Interview mit Mock beschrieb der „profil“-Redakteur Helmut Voska sein Urteil über das TV-Duell. Dieses sei „*streckenweise ziemlich fad und wenig informativ*“ gewesen, so der Journalist.<sup>181</sup>

Ein klares Urteil über das TV-Duell gab es also eigentlich nicht.

---

<sup>178</sup> Archiv des Karl von Vogelsang-Instituts (KvVI), Signatur 008: Nationalratswahl 1986: Institut für empirische Sozialforschung (IFES): Telefonumfrage: TV-Diskussion Vranitzky-Mock, Stichprobe: Selektionierte Subpopulation (=Sendungsseher) (Wien, November 1986): Das IFES befragte unmittelbar nach Ende des TV-Hearings 587 Personen, die dieses gesehen hatten. Diese Stichprobe ergab sich dadurch, dass 800 Personen angerufen wurden, und zwar jene 800 aus einer repräsentativen gesamtösterreichischen Stichprobe von 1560 Personen, die vorher erklärt hatten, sich die TV-Konfrontation ansehen zu wollen. Es handelte sich um eine Panel-Befragung, bei der es möglich ist, die Veränderung der Wahlabsicht direkt zu erfassen. Zusätzlich wurde eine Zufallsstichprobe von 200 Telefonnummern unmittelbar zu Beginn des TV-Hearings angerufen, um die Größe der Zuseherschaft zweimal unabhängig voneinander schätzen zu können. Dabei ergab sich eine Reichweite von 37 Prozent. Das Interesse bei beruflichen Mittelschichten und im mittleren Lebensalter war überdurchschnittlich hoch.

<sup>179</sup> Neue Kronen Zeitung vom 7.11.1986, 2f

<sup>180</sup> Neue Kronen Zeitung vom 7.11.1986, 3

<sup>181</sup> profil Nr. 47 vom 17.11.1986, 32

Für die ÖVP bedeutete die Entwicklung, die sich beispielsweise in der IFES-Umfrage nach dem TV-Duell zeigte, dass die Volkspartei, deren Erfolgchancen zu Beginn des Wahlkampfes bzgl. Stimmung, Chancen und Wahlkampfführung positiv eingeschätzt wurde, zunehmend unter einem ungünstigen Wahlkampfklima litt. Die ÖVP verlor ihre klimatische Schubkraft.<sup>182</sup>

Da jedoch die SPÖ daraus keinen großen Nutzen ziehen konnte wurden somit für die Herausforderer der beiden Großparteien Raum geöffnet. Die FPÖ profitierte vom Verlust der ÖVP an inhaltlichen-alternativen Profil und Haider wurde die Möglichkeit einer populistischen Offensive ermöglicht. In der ÖVP-Wählerschaft war ein Abbau von psychologischen Barrieren erkennbar geworden, womit vor allem in den westlichen Bundesländern und in Kärnten die Übertrittsschwellen von den Schwarzen zu den Blauen sanken. Die Personalisierung im Wahlkampf hilft Jörg Haider sich mediengerecht als „Newcomer“ zu präsentieren und zu profilieren. Dass die Großparteien sich immer weniger mit Inhalten beschäftigten, dafür aber mit parteipolitischen Personalfragen und die Medien sich ausführlich mit möglichen Regierungsformen und Koalitionen beschäftigen, förderte die Parteien- und Politikerverdrossenheit und begünstigten im Gegenzug die Anti-Parteien-Kampagne der Freiheitlichen. Die Grünen wiederum profitieren davon, dass Umweltfragen genauso vernachlässigt werden, wie demokratiepolitische Flankiermaßnahmen einer etwaigen Großen Koalition.<sup>183</sup>

Bereits am 10. November war klar, dass es bei dieser Wahl, wie die „Neue Kronen Zeitung“ schrieb, so viele unentschlossene WählerInnen gebe, wie nie zuvor. So bestätigte IMAS-Meinungsforscher Andreas Kirschhofer der „Krone“: *„Ein ungewöhnlich hoher Prozentsatz an Wahlberechtigten hat sich noch nicht auf eine Partei festgelegt.“* 22 Prozent wussten noch nicht, wen sie am Wahlzettel ankreuzen würden, acht Prozent würden überhaupt daheim bleiben und dies würden vor allem SPÖ- und Grün-Sympathisanten sein. Bei 31 Prozent sei die Entscheidung zwar schon gefallen, sie seien sich aber noch nicht sicher, ob sie dann wirklich so wählen würden. Kirschhofers Analyse: *„Früher haben den Wahlkampf nur zwei, drei Themen diktiert. Jetzt gibt es eine breite Palette von annähernd gleich brisanten politischen*

---

<sup>182</sup> Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 60

<sup>183</sup> Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 60-63

*Fragen.“ Zwiespältig sah er zu diesem Zeitpunkt die Situation für die SPÖ: „Da gibt es einen attraktiven, sympathisch wirkenden Spitzenkandidaten, aber eine Partei, die derzeit ein stark angeschlagenes Image besitzt.“<sup>184</sup>*

Am 14. November veröffentlichte der „Kurier“ eine OGM-Stimmungs-Umfrage in der 41 Prozent der Befragten eine günstige Stimmung für die SPÖ orteten, aber 63 Prozent eine solche für die Schwarzen. Die Umfrage brachte eine sinkende Stimmung für die Grünen zu Tage, deren Werte bei „günstige Stimmung“ seien von 13 Prozent im Oktober auf sechs Prozent gesunken – gleichzeitig bewerteten 44 Prozent die Stimmung für diese Partei als „ungünstig“. In der „Sonntagsfrage“ ergab sich in den Rohdaten folgendes Bild: Jeweils 37 Prozent würden auf die beiden Großparteien fallen, die FPÖ könne mit fünf Prozent rechnen und die Grünen mit vier.<sup>185</sup>

Das „profil“ berichtete in seiner Ausgabe vom 17. November 1986, also in der Woche unmittelbar vor dem Wahltermin, vom laufenden Wahlkampf und fasste die Stimmung in der Bevölkerung laut Meinungsforschung zusammen: Das IFES-Institut sah ein Kopf-an-Kopf-Rennen der Großparteien, die Freiheitlichen würden zunehmen und die Grünen in Wien das Grundmandat schaffen. Die SPÖ, so der Kanzler-Sprecher Karl Krammer, liege in den Rohdaten um einen Prozentpunkt vorne. Eine Fessel-Umfrage sah hingegen die ÖVP um einen halben, in den Rohdaten um einen Prozentpunkt vorne. Die „Österreichische Gesellschaft für Marketing“ (OGM) sah folgende Werte: ÖVP: 45 Prozent, SPÖ: 44,5 Prozent.<sup>186</sup>

*„Fest steht, daß die SPÖ seit Kanzlertausch und Koalitionsbruch kontinuierlich aufgeholt hat: Lag die SPÖ im Waldheim-Wonnemonat Mai dank den Führungsqualitäten von Noch-Parteivorsitzenden Fred Sinowatz in den Rohdaten noch vier Prozentpunkte hinter der Opposition, so betrug der Abstand Ende Juni nur mehr einen Punkt.“<sup>187</sup>*

Dann folgte eine „Pattstellung“ im Sommer mit Vorteilen für die ÖVP, einen Monat später leichte Vorteile für die SPÖ, aber alles in der statistischen Fehlerbandbreite.<sup>188</sup>

---

<sup>184</sup> Neue Kronen Zeitung vom 10.11.1986, 3

<sup>185</sup> Kurier vom 14.11.1986, 2

<sup>186</sup> profil Nr. 47 vom 17.11.1986, 21

<sup>187</sup> ebenda

<sup>188</sup> profil Nr. 47 vom 17.11.1986, 21

*„Ein wenig Dynamik brachte offenbar die TV-Konfrontation in den Wahlkampf: Zwar erklärten 58 Prozent der Seher, daß der Showdown keinen Einfluß auf ihre Wahlentscheidung haben werde, und 34 Prozent, daß sie in ihrer Entscheidung bestärkt worden seien, doch acht Prozent der Befragten gaben Verunsicherung zu Meinungsprotokoll. Diese Sehergruppe bewegte das Duell.“<sup>189</sup>*

Die Ausgangslage am Ende des Wahlkampfes, unmittelbar vor dem Wahlgang, hat zusammenfassend folgendes Bild gezeigt: Die ÖVP verlor die Führungsposition, die SPÖ stagnierte mehr oder minder auf dem niedrigen Niveau der Ausgangsbasis, die FPÖ konnte ihr Wählerpotential steigern und die Grünen konnten ihres halten.

Abb. 18:

<b>Wahlabsichten im Trend<sup>190</sup></b>							
Befragungs- zeitraum	Stichprobe (in-home)	SPÖ	ÖVP	FPÖ	KPÖ	G	k.A.
19.8.-22.9.	N=1000	34	36	2	0	5	24
8.9.-29.9.	N=1000	35	34	3	0	5	22
13.9.-6.10.	N=1000	35	36	3	0	6	20
15.9.-15.10.	N=1000	34	33	4	0	4	25
20.9.-20.10.	N=1000	32	34	3	0	5	26
3.10.-27.10.	N=1000	31	34	3	0	5	26
15.10.-10.11.	N=1000	33	34	4	0	4	25
25.10.-13.11.	N=500	34	31	6	0	4	25

Bezüglich der Wahlentscheidung zogen Plasser und Ulram folgende Analyse:

*„Daß ein gut Teil dieser Absatzbewegung weg vom politischen Zentrum und hin zum populistischen bzw. grün-alternativen Rand erst während des Wahlkampfes eingetreten ist, zeigt auch der Zeitpunkt der Wahlentscheidung und die Struktur der Wechselwähler: neun Zehntel der Wähler von SPÖ und ÖVP hatten ihre Wahlentscheidung schon längere Zeit vor der Wahl getroffen, von den Grün-Wählern entschieden sich ein Drittel, von den Wechslern von SPÖ und ÖVP zur FPÖ sogar zwei Drittel erst in den letzten zwei Wochen vor dem Wahltag für die Partei ihrer Wahl.“<sup>191</sup>*

<sup>189</sup> ebenda

<sup>190</sup> Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 62: Quelle: Dr. Fessel + GfK, bundesweite Repräsentativumfrage (in-home), N=jeweils 1.000 im Auftrag der ÖVP-Bundesparteileitung

<sup>191</sup> Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 62



Abb. 19:

<b>Stimmungsklima im Trend</b>											
Nach Ansicht der Befragten ist die Stimmung derzeit besonders günstig (in %) für ...		13.10.	23.10.	27.10.	3.11.	10.11.	13.11.	17.11.	19.11.	Ver- änderung 13.10.- 19.11.	
die SPÖ		19	22	28	27	27	27	26	28	+9	
die ÖVP		52	51	45	40	42	40	39	35	-17	
die FPÖ		3	2	2	6	3	6	7	8	+5	
die Grünen		5	3	3	3	3	3	2	2	-3	
unentschieden		21	22	22	24	26	24	26	28	+7	
ÖVP-Klimavorsprung zur SPÖ		+33	+29	+17	+13	+15	+13	+13	+7		

Quelle: Plasser, Fritz; Ullram Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 59: Quelle: Dr. Fessel + GfK, Telefonisches Track-Polling im Auftrag der ÖVP-Bundesparteilung

Abb. 20:

Wahlchancen im Trend													
Nach Ansicht der Befragten wird die Nationalratswahl gewinnen (in %)	29.6.	6.10.	13.10.	20.10.	23.10.	27.10.	3.11.	10.11.	13.11.	17.11.	19.11.	Ver- änderung 29.9.- 19.11.	
die SPÖ	28	34	31	31	30	36	33	39	35	37	37	+9	
die ÖVP	39	37	43	41	40	36	38	32	33	34	33	-6	
unentschieden	32	28	26	29	30	28	29	28	32	28	29	-3	
ÖVP-Gewinnchance	+11	+3	+12	+10	+10	±0	+5	-7	-2	-3	-4		
Ø	+11	+7								-2			

Quelle: Plasser, Fritz; Ullram Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 61: Quelle: Dr. Fessel + GfK, Telefonisches Track-Polling im Auftrag der ÖVP-Bundesparteilung

## 4.6 Der Wahlkampf „aus der Sicht der ÖVP“

Der allgemeine Ablauf des Wahlkampfes wurde bereits beschrieben. Doch was waren die ursprünglichen Strategien der ÖVP in dieser Wahlauseinandersetzung? Wie wollten die Strategen und Verantwortlichen diesen Wahlkampf anlegen? In diesem Kapitel versuche ich anhand „interner“ Unterlagen, Briefen und Wahlanalysen von namhaften Mitarbeitern und Verantwortlichen der Volkspartei, sowie von damit beauftragten Experten, aber auch Kritikern innerhalb der Partei und „Konkurrenten“ aus der SPÖ, einen Einblick über den Ablauf, die Fehler, veränderte Strategien usw. des Nationalratswahlkampfes 1986 „aus der Sicht der ÖVP“ zu geben.

### 4.6.1 Briefe des ÖVP-Parteib Mannes und Auszüge aus seiner Abschlusserklärung

Eine klare Themensetzung durch die ÖVP lässt sich aus einem Brief des ÖVP-Obmanns erkennen, welcher im Oktober 1986 an die Funktionäre und Mitglieder der Volkspartei verschickt wurde:

*„Liebe Österreicherinnen und Österreicher!  
Liebe Mitglieder und Gesinnungsfreunde!*

*Die Würfel sind gefallen. Am 23. November wählt Österreich eine neue Volksvertretung. Am 23. November tritt die ÖVP vor das Volk, um die Führungsrolle in diesem Staat zu erbitten.*

*Dieses Wahlziel verfolge ich nicht nur als Parteib Mann und Kanzlerkandidat, sondern als um unser Land besorgter Österreicher.*

*Zwar ist der Schaden, den unser Land in den letzten Jahren erlitten hat, weder in seiner Art noch in seinem Umfang mit den Schäden zu vergleichen, mit denen die Österreicher bei den ersten freien Wahlen am 25. November 1945 konfrontiert waren. Aber das Ausmaß der Probleme, denen wir heute gegenüberstehen – die Rekordhöhe der Steuern, das Rekorddefizit des Budgets, die Rekordverschuldung des Staates, die Spitzenwerte bei der Winter- und Jugendarbeitslosigkeit und die Massenkündigungen in der verstaatlichten Industrie – rechtfertigen auch heute eine nationale Kraftanstrengung.*

*„Österreich zuerst“, muß die Devise über alle Parteigrenzen hinweg lauten!*

*Wir müssen die Interessen Österreichs vor die Interessen der Parteien stellen, die wirklichen Bedürfnisse unserer Bevölkerung wieder zur Richtschnur unseres politischen Handelns machen. Was will denn die überwältigende Mehrheit unserer Mitbürger, was erwartet sie von der Politik?*

- *Sichert die Arbeitsplätze und schafft neue!*
- *Stoppt die öffentliche Verschwendung!*
- *Führt die Steuerbelastung wieder auf ein erträgliches Ausmaß zurück!*
- *Schützt die Umwelt und die Familie, denn davon hängt das künftige Schicksal der Menschen in hohem Maße ab!*
- *und grundsätzlich: Gebt dem einzelnen mehr Freiheit, selbst zu entscheiden und mehr Möglichkeit, mit zu entscheiden. Laßt die Menschen und Bürger nicht Untertanen sein!*

*Ich werde mich ehrlich bemühen, Ihr Vertrauen zu rechtfertigen, ein Kanzler der Sparsamkeit und des Augenmaßes, aber auch der Initiative und des Mutes zum Neuen sein. Ein Kanzler der Reform, des Aufbruchs, der Erneuerung.*

*Mit Ihrer Unterstützung werden wir es schaffen. Mit Ihrem Vertrauen werde ich ein Kanzler für alle Österreicher sein.*

*Nur mehr wenige Wochen trennen uns vom Tag der Entscheidung. Wochen, in denen wir hunderttausende Wählerinnen und Wähler, die noch unentschlossen sind, mit überzeugenden Argumenten ansprechen müssen. [...]*

*Nur die ÖVP kann eine Wende zum Besseren herbeiführen. Nur die ÖVP kann Österreich wieder aus den roten Zahlen führen. [...]*<sup>192</sup>

Die Veränderung im thematischen Unterbau, der neuen strategischen Ausrichtung des Wahlkampfes und der Rücksichtnahme auf die mediale Berichterstattung (siehe Analyse von Fritz Plasser) lässt sich anhand eines weiteren Briefes von Mock erkennen. An wen dieser Brief adressiert war, ließ sich leider nicht feststellen, aber aus der Formulierung und der Anrede „*Liebe Kollegin! Lieber Freund!*“ lässt sich schließen, dass er an führende Funktionäre der Volkspartei gerichtet war.

*„[...] Nach vielen Jahren der Enttäuschung ist es in den letzten Jahren für die ÖVP deutlich aufwärts und für die SPÖ deutlich abwärts gegangen.*

*Dies führte dazu, daß wir heute Kopf an Kopf liegen und als leichte Favoriten in die Wahl am 23. November gehen. Wir müssen diese Position aber noch ausbauen, wollen wir wirklich als Sieger aus diesem Wahlkampf hervorgehen.*

---

<sup>192</sup> Archiv des Karl von Vogelsang-Instituts (KvVI), Signatur 008: Nationalratswahl 1986: Brief von Dr. Alois Mock an Funktionäre und Mitglieder der Österreichischen Volkspartei (Wien Oktober 1986)

*Ich schreibe diesen Brief [...], um in diesen letzten Tagen auf ein paar Punkte aufmerksam zu machen, die meiner Meinung in der öffentlichen Diskussion zu kurz kommen oder nur wenig beachtet werden.*

*Es ist meine feste Überzeugung, daß die ÖVP nur dann Regierungsverantwortung übertragen bekommt, wenn wir zumindest die relative Mehrheit an Mandaten erreichen. Wenn SPÖ und FPÖ eine Chance sehen, die bisherige Koalition fortzusetzen, dann werden sie es tun. Sie werden es tun, weil sie dann mit einigem Recht behaupten können, daß der Wähler trotz aller Fehler und Skandale ihnen letztlich doch das Vertrauen gegeben hat.*

*Und sie werden es tun, trotz aller Beteuerungen des sozialistischen Spitzenkandidaten Dr. Vranitzky.*

*Was soll man von einer Partei halten, die erklärt, die Koalition mit der FPÖ ist beendet, weil Haider Obmann geworden ist und dann in der Regierung so weitermacht wie bisher.*

*Oder, was soll man von einer Partei halten, deren Spitzenkandidat erklärt, er würde dem Obmann der FPÖ ‚politisch nie die Hand reichen‘ und der gleichzeitig mit der Haider-FPÖ den Entwurf für das Budget 1987 einstimmig in der Regierung beschließt.*

*Wenn die SPÖ unter dem Parteivorsitzenden Dr. Sinowatz die relative Mehrheit behält, wird sie die sozialistische Koalition fortsetzen, notfalls auch ohne Vranitzky.*

*Darauf müssen wir in diesen letzten Wochen die Menschen (auch unsere Funktionäre) aufmerksam machen. Ich sag' es in meinen Veranstaltungen immer wieder: Wer der Meinung ist, daß es in Österreich so wie bisher nicht weitergehen darf, daß wir eine Wende zum Besseren brauchen, der muß die ÖVP wählen.*

*Wer die SPÖ oder die FPÖ wählt, bestätigt – ob er das will oder nicht – den bisherigen Kurs und sagt deutlich: Alles, was die sozialistische Regierung in den letzten 16 Jahren angestellt hat, ist nur halb so schlimm, macht ruhig so weiter wie bisher.*

*Das Gerede von der großen Koalition, die soweit kommt, egal wer gewinnt, soll die Wähler nur einlullen und protestierende Sozialisten davon abhalten, ihrer Partei einen ‚Denkzettel‘ zu verpassen.*

*Wir wollen eine möglichst große Mehrheit erhalten und eine neue Form der Zusammenarbeit in der Regierung der Partnerschaft. Zuerst aber müssen wir die Wahlen gewinnen.*

*Nur, meine Freunde, wir dürfen uns nicht in der Sicherheit eines zu erwartenden Erfolges wiegen, wollen wir nicht am 23. November 1986 grausam enttäuscht erwachen.*

*Ich bitte Dich daher, in Deinem Bereich nachzuschauen, was noch alles getan werden kann, um einen sicheren Führungsabstand zwischen uns und den Sozialisten herzustellen: Nicht meinetwegen, nicht einmal wegen unserer*

*Partei, sondern weil es um Österreich geht, in dessen Dienst wir uns alle gestellt haben.[...]“<sup>193</sup>*

Einen guten Überblick über die übergreifende Themensetzung des ÖVP-Spitzenkandidaten ÖVP-Obmann Alois Mock gibt sein Abschluss-Statement im TV-Duell Vranitzky-Mock in der Inlandsreport Extra-Ausgabe vom 6. November 1986. Mock sagte auf die Frage des Moderators, Peter Rabl, warum der Wähler ihn zum nächsten Bundeskanzler machen solle:

*„Wenn ich zusammenfassend dazu Stellung nehme, geht’s um folgende Frage. Soll es so weitergehen wie bisher? Das heißt, steigende Arbeitslosigkeit, steigende Steuerlast, steigende Defizite in der Verstaatlichten Industrie, steigende Jugendarbeitslosigkeit oder ist es nicht höchste Zeit einen anderen Weg zu gehen. ‚So kann es nicht weitergehen‘ sagen viele Menschen, auch viele Sozialisten und ich sage Ihnen offen, wenn ich das Vertrauen am 23. November bekomme, möchte ich in vier Jahren hier wieder auch (sic!) – werden wir neue Probleme haben und da werde ich eine Bilanz geben und eine Verantwortung tragen und einen Bericht geben können, daß es weniger Steuern gibt, Steuern müssen immer bezahlt werden, daß ein junger Mensch wieder eine faire Chance auf einen Arbeitsplatz hat, daß die Verstaatlichte Industrie wieder schwarze Ziffern schreibt, daß der Begriff Moral und persönliche Verantwortung wieder einen höheren Stellenwert im öffentlichen Leben hat, daß die Demokratie wieder eine Chance bekommt durch ein, dem die Abgeordneten vom Volk und nicht von den Parteien gewählt werden durch ein Persönlichkeitswahlrecht, indem nach Leistung Positionen und Posten vergeben werden und nicht nach dem Parteibuch. Alle die, die diese Politik unterstützen und da geht’s mir nicht primär um eine Partei, eine Partei steht ja nur im Dienste einer bestimmten Politik, muß sie verwirklichen. Da bitte ich um ihre Unterstützung. Das wird der Beginn und der wichtigste Teil meines Regierungsprogramms sein. Dafür ersuche ich alle Österreicher am 23. um ihre Unterstützung für eine klare und deutliche Mehrheit, für eine Wende zum Besseren, wie wir das nennen.“<sup>194</sup>*

---

<sup>193</sup> Archiv des Karl von Vogelsang-Instituts (KvVI), Signatur 008: Nationalratswahl 1986: Brief von ÖVP-Bundesparteiohmann Dr. Alois Mock (Wien, Ende Oktober 1986)

<sup>194</sup> Archiv des Karl von Vogelsang-Instituts, Signatur 008: Nationalratswahl 1986: Media Service, Gesellschaft für Informationen, Dokumentationen und Analysen Ges.m.b.H.: Transkript Inlandsreport extra vom 6.11.1986, TV-Duell – Vranitzky/Mock (Wien am 13.11.1986).

Eine Zusammenfassung des Nationalratswahlkampfes und vor allem den von der ÖVP gesetzten Themen kann man weiters aus der ORF-Abschlusserklärung von Mock herauslesen, veröffentlicht vom ÖVP-Pressedienst am 22.11.1986, also einen Tag vor der Wahl:

*„Soll es in Österreich wirklich so weitergehen wie in den letzten Jahren? Nun, die meisten von Ihnen werden wohl ohne Rücksicht auf ihre Parteisympathie antworten: Nein, so darf es nicht weitergehen.“*

*Genau darum geht es am morgigen Wahlsonntag: Wer will, daß sich bei uns etwas zum Besseren ändert, daß es eben nicht so weiter geht, der sollte diesmal der ÖVP die Stimme geben. Auch dann, wenn sein Herz für eine andere politische Gruppe schlägt.*

*Denn: Die SPÖ hat selbst erklärt, daß sie ihren Kurs fortsetzen will, und kleine Parteien können diskutieren, aufzeigen, auch anregen – aber wirklich ändern können sie kaum etwas.*

*Eine große Partei, wie die Volkspartei, kann und wird handeln, wenn sie die Mehrheit erhält.*

*Angesichts dieser nüchternen Tatsachen ist jede Stimme für die FPÖ oder die Grünen, so gut sie auch gemeint ist, eine Stimme gegen die Veränderung und für die SPÖ unter Dr. Sinowatz.*

*Wir haben uns gut vorbereitet, und ich kann voll Stolz sagen, wir haben als einzige wahlwerbende Gruppe Programme für die Lösung der Probleme in allen Lebensbereichen vorgelegt.*

*Wir wollen:  
Die Arbeitslosigkeit bekämpfen,  
die Vollbeschäftigung zurückerobern,  
die Umwelt erfolgreich schützen,  
den Bauern helfen,  
die Steuern senken,  
die Verschwendung stoppen,  
die Verstaatlichte sanieren,  
die Renten und Pensionen sichern.*

*Moral und Verantwortungsbewußtsein sollen einen neuen Stellenwert bekommen.*

*Die ÖVP hat sich ein anspruchsvolles Ziel gesetzt: Wir wollen Österreich aus den roten Zahlen führen.*

*Daß wir das auch können, beweisen die Landeshauptleute der ÖVP in sechs Bundesländern.*

*Meine Damen und Herren, es geht nicht um mich oder meine Partei, sondern es geht um unser gemeinsames Vaterland Österreich.*

*Wenn Sie also etwas ändern wollen, dann tun Sie es bitte morgen – die nächste Gelegenheit gibt's nämlich erst in vier Jahren, bei den Wahlen im Jahre 1990. [...]*<sup>195</sup>

#### 4.6.2 Die Wahl-Analyse von Fritz Plasser für die ÖVP

In der „internen“ Wahlanalyse der Nationalratswahl 1986 von Fritz Plasser für die ÖVP-Parteileitung finden sich Hinweise auf die ursprüngliche Strategie der ÖVP in dieser Wahlauseinandersetzung. Die Ausgangslage wurde ursprünglich als *„mehr oder weniger berechenbar“*<sup>196</sup> eingeschätzt. In dieser Analyse wird auch aus einem internen Strategiepapier vom 29. August 1986 zitiert<sup>197</sup>:

*„Die SPÖ wird im beginnenden Wahlkampf daher versuchen,*

- statt Sachthemen Personen und*
- statt politischer Inhalte politische Stilfragen*

*zum Gegenstand der Wahlauseinandersetzung zu machen. Für die ÖVP wäre ein solcher – thematisch weitgehend unspezifischer – Wahlkampf denkbar ungünstig, da es ja in erster Linie die Schubkraft drängender Sachfragen und Sachprobleme war, die die ÖVP in der Wählermeinung begünstigten. Konträr zum strategischen Kalkül der SPÖ muß die ÖVP daher den kommenden Wahlkampf als thematische Auseinandersetzung führen, d.h. als Abstimmung über unterschiedliche Problemlösungen und Abrechnung mit der sozialistischen Regierungsphilosophie, vor allem im wirtschafts- und finanzpolitischen Bereich.“*<sup>198</sup>

Die ÖVP eröffnete den Wahlkampf auch mit Plakaten, die die Botschaft „Wir führen Österreich aus den roten Zahlen“ trugen. Damit sollte, wie das interne Strategiepapier aufzeigte, die Wahl als Grundsatzentscheidung über den wirtschaftspolitischen Kurs Österreich fixiert werden. Die ÖVP hatte ja bereits einen Kompetenzvorsprung in wirtschaftspolitischen Angelegenheiten in der Wählergunst geschafft und führte somit zunächst einen *„themenbezogenen Wirtschaftswahlkampf“*<sup>199</sup>. So stand es auch im internen Strategiepapier:

---

<sup>195</sup> Archiv des Karl von Vogelsang-Instituts (KvVI), Signatur 008: Nationalratswahl 1986: ÖVP-Pressedienst, Vorausmeldung vom 22.11.1986 der Schlußerklärung Mocks. (Wien 1986)

<sup>196</sup> Archiv des Karl von Vogelsang-Instituts (KvVI), Signatur 008: Nationalratswahl 1986: Plasser, Fritz: Die Nationalratswahl 1986: Dokumentation, Analyse und politische Konsequenzen. Für die Abteilung Politische Grundlagenforschung der ÖVP-Bundesparteileitung unter Mitwirkung von Franz Sommer (Forschungsteam Wahlen der ÖVP-Bundesparteileitung) (Wien 19.12.1986), 8

<sup>197</sup> KvVI: Plasser, Fritz: Die Nationalratswahl 1986, 8

<sup>198</sup> Internen Strategiepapier der ÖVP-Bundesparteileitung vom 29.8.1986, welches dem Verfasser allerdings im Original nicht vorlag. In: KvVI: Plasser, Fritz: Die Nationalratswahl 1986, 8

<sup>199</sup> KvVI: Plasser, Fritz: Die Nationalratswahl 1986, 8

„Die Wirtschaftskompetenz der ÖVP ist somit:

- der Dreh- und Angelpunkt der politischen Wahlkampfstrategie,
- der Schwerpunkt der argumentativen Offensive
- das Hautangriffsgebiet
- und die zentrale Chance für eine offensive thematische und personelle Profilierung der ÖVP als zukünftige Regierungspartei.“<sup>200</sup>

Die ÖVP sah sich somit zu Beginn des Wahlkampfes in einer guten Position. Sie hatte die SPÖ in den Umfragen überholt, auch wurden ihr die sach- und personalpolitische Kompetenz in der Wirtschaftspolitik zugesprochen. Somit wuchs der Wunsch der Bevölkerung nach einem Wechsel, nach einer Beteiligung bzw. einer Übernahme der Regierung durch die Volkspartei.<sup>201</sup> Alois Mock erklärte bei seiner „Erklärung zur Lage der Nation“ im Oktober 1986 eine Steuerreform und Privatisierungen zu Herzstücken der „Wende“ in wirtschaftspolitischer Hinsicht.<sup>202</sup> Diesen Kompetenzvorsprung nutzte die ÖVP indem sie ihre Kampagne auf wirtschaftspolitische Themen und Alternativkonzepte ausrichtete. Die Steuer- und Verschwendungspolitik der SPÖ-geführten Regierung wurde kritisiert. Auch wurde die SPÖ für die hohe Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht. Die ÖVP übte aber nicht nur Kritik an der SPÖ, sie präsentierte ihre eigenen Problemlösungskonzepte.<sup>203</sup> Diese offensive Thematisierung schien anfangs auch aufzugehen, in der ersten Phase des Wahlkampfes kam die Volkspartei zu einem deutlichen Vorsprung in der Argumentationsstärke.<sup>204</sup> Dass dieser Vorsprung am Ende von der ÖVP doch nicht ins Ziel gebracht werden konnte, dafür lieferte Plasser folgende Ursachen, wie schon im allgemeinen Wahlkampfüberblick grob angesprochen:

1. Die Selektionskriterien der massenmedialen Berichterstattung
2. Thematisierungsschwächen und Themenverlust
3. Innerparteiliche Turbulenzen – die „Popularität des Unpopulären“<sup>205</sup>
4. Themen gegen Personen
5. Das TV-Duell

---

<sup>200</sup> Internes ÖVP-Strategiepapier vom 29.8.1986, welches dem Verfasser allerdings im Original nicht vorlag. In: KvVI: Plasser, Fritz: Die Nationalratswahl 1986, 8a

<sup>201</sup> Gruber, Wolfgang: Die Nationalratswahlkämpfe der SPÖ von 1970 – 1990. Ein Beispiel für die Übernahme ökonomischer Werbemethoden in die politische Werbung. (gedr. geisteswissenschaftliche Diplomarbeit der Grund- und Integrativwissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien 1994), 97f

<sup>202</sup> Karner, Stefan: Die Österreichische Volkspartei, 55f

<sup>203</sup> Gruber, Wolfgang: Die Nationalratswahlkämpfe der SPÖ von 1970 – 1990, 98

<sup>204</sup> KvVI: Plasser, Fritz: Die Nationalratswahl 1986, 8a

<sup>205</sup> KvVI: Plasser, Fritz: Die Nationalratswahl 1986, 9



## 6. Wahlkampf und Wahlkampfklima

Die Medien berichteten über den Wahlkampf, aber nicht so, wie es sich die ÖVP-Führung wahrscheinlich gewünscht hätte. Nicht Themen wie die Steuerreform, das VOEST-Debakel etc. standen in der Berichterstattung an erster Stelle, sondern zunehmend Spekulationen über den Wahlausgang, mögliche Regierungs- bzw. Koalitionsformen und Personalfragen. So wurde es für die ÖVP immer schwieriger mit wirtschaftspolitischen Aussagen durchzukommen. Jede „*kleine*“ Nebenbemerkung zu Koalitions- oder Personalfragen bekam mehr Aufmerksamkeit, als sachpolitische Argumente. Für die Medien war es weit spannender über Ministerambitionen, den künftigen Vizekanzler in der allgemein als fixen „Großen Koalition“ oder großkoalitionäre Regierungsformen zu spekulieren als Kommunikés und Sachpapiere zu lesen. Diese von Plasser so genannte „*Politiker-Politik*“ demonstrierte der Politikwissenschaftler an Inhaltsanalysen der innenpolitischen Wahlkampfberichterstattung: So attestierte er eine „*thematische Monostruktur*“. So wurden nur sehr wenige und einseitige Themen behandelt, was nicht der eigentlich zu behandelnden Themenagenda und der drängenden Probleme der Republik entsprach. Weiters sah er eine „*thematische Konvergenz in den entscheidenden Politikfeldern*“, was dazu führte, dass die Trennung zwischen Regierungs- und Oppositionspolitik erschwert wurde und eine mangelnde Trennschärfe provozierte. Außerdem erkannte Plasser eine „*Kluft*“ zwischen den behandelten Schwerpunkten der Medien und den eigentlichen Prioritäten und Anliegen der Bevölkerung.<sup>206</sup>

Denn entgegen der Berichterstattung durch die Medien waren die Probleme der WählerInnen ganz andere: z.B. die steigende Arbeitslosigkeit, insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit, die Lösung der Struktur- und Finanzkrise der Verstaatlichten, Fragen des Umweltschutzes oder Privilegienabbau und Parteibuchwirtschaft. Der Politikwissenschaftler kam somit zu dem Schluss, dass die ÖVP mit ihrer Strategie der offensiven Thematisierung an der „*mangelnden Resonanzbereitschaft der Massenmedien*“ bzw. an den „*medieninternen Aufmerksamkeits- und Selektionsbarrieren*“ gescheitert war.<sup>207</sup>

---

<sup>206</sup> KvVI: Plasser, Fritz: Die Nationalratswahl 1986, 9f

<sup>207</sup> KvVI: Plasser, Fritz: Die Nationalratswahl 1986, 11f

- „Paradoxerweise wurde so ein Wahlkampf, der*
- *Vor dem Hintergrund einer sich dramatisch verschlechternden Wirtschaftssituation als wirtschaftspolitischer ‚Entscheidungswahlkampf‘ geplant war und*
  - *Der als ‚historischer‘ Wahlkampf tatsächlich einen politischen Macht- und Regierungswechsel in Sichtweite hatte,*
- zu einer – strecken- und phasenweise – ‚issueless campaign‘, einem wenig spannenden und noch weniger dramatischen, von der Lebenswirklichkeit und den Lebensinteressen der Wählerschaft weitgehend abgehobenen Pseudo- und Imagewahlkampf.“<sup>208</sup>*

Diese Entwicklungen in der Berichterstattung führten dazu, dass die großen kontroversiellen Themen ausgeklammert blieben, die große Frage aber, wer die als sicher angesehene künftige Große Koalition anführen werde, die Hauptfrage war, über die in den Medien spekuliert wurde. Weit mehr als die Hälfte aller Politiker- und Parteienstatements ohne konkreten Themenbezug befassten sich mit Koalitions- und Regierungsformen, mit dem Streit der Grünen oder Internas der Parteien. Umwelt, Wirtschaftspolitik/Wirtschaftskurs, Steuerreform, VOEST-Krise, Arbeitslosigkeit usw., betrafen nur 19,6 Prozent aller Statements. Überraschend ist der von Plasser hervorgebrachte Umstand, dass die SPÖ bei den Sachthemen, mit Ausnahme des Budgetdefizits, präsenter war als die ÖVP, die aber dafür beim Koalitionsthema stärker engagiert war. Charakteristisch sieht der Politikwissenschaftler daher, dass die Themen fallen gelassen wurden. So verschwand das Anfang September 1986 dominierende Thema „Verstaatlichte Industrie/VOEST-Krise“ bald aus der Medienberichterstattung. Die von der ÖVP „angezogenen“ Themen Steuerreform und Budgetdefizit haben nicht eingeschlagen, sie fanden nur kurzfristige Beachtung und waren in der letzten Phase des Wahlkampfes gänzlich verloren gegangen. Als hervorstechendstes Ergebnis seiner „Tendenzanalyse“ führte Plasser an, dass die mediale Kommentierung nicht mehr im Zeichen einer Abrechnung mit der gescheiterten SPÖ-FPÖ-Koalition stand, sondern die Parteien generell für den inhaltslosen Wahlkampf verantwortlich gemacht wurden. Diese Kritik richtete sich vor allem an die Großparteien, die ÖVP als Oppositionspartei wurde aber nicht geschont und in der „Neuen Kronen Zeitung“ sogar häufiger kritisiert als die Sozialisten.<sup>209</sup>

---

<sup>208</sup> Internes ÖVP-Strategiepapier vom 29.8.1986, welches dem Verfasser aber nicht im Original auflag. In: KvVI: Plasser, Fritz: Die Nationalratswahl 1986, 12

<sup>209</sup> KvVI: Plasser, Fritz: Die Nationalratswahl 1986, 13f

Die innerparteilichen Probleme, die der offensive Themenwahlkampf der ÖVP mit sich brachte, wurden im allgemeinen Wahlkampfkapitel bereits angesprochen. Wurden seitens der ÖVP Einsparungsnotwendigkeiten präsentiert, erzeugte das interne Turbulenzen, obwohl diese Sanierungs- und Konsolidierungslinie ein zentraler Wahlkampfakzent der Volkspartei hätte sein sollen. Die „Popularität des Unpopulären“ wurde von vielen als zu riskant und konfliktgeladen angesehen und schien einen Wahlkampf zu gefährden, den viele als bereits entschieden angesehen hatten. Außerdem wurde dies als unnötige Belastung für die Koalitionsverhandlungen nach der erfolgreichen Wahl empfunden.<sup>210</sup> An dieser Stelle sei ergänzend aus dem internen ÖVP-Strategiepapier vom 29. August 1986 zitiert:

*„Die Annahme, daß eine Konsensstrategie – etwa in Form einer antizipierten großkoalitionären Lösung – sozialistische Wähler zu einem Wechsel zur ÖVP motivieren könnte, ist strategisch, taktisch und sozialpsychologisch unhaltbar. Ohne ein gerütteltes Maß an Protest, tiefgreifender Unzufriedenheit, klaren Entscheidungsalternativen und glaubwürdigen Reformvorhaben werden sozialistische Angestellte und Facharbeiter kaum für die ÖVP zu gewinnen sein.“<sup>211</sup>*

Weiters stand diese Strategie, wie bereits erwähnt, im Widerspruch zum in der ÖVP verbreiteten Bedürfnis nach einer harmonisierenden und konfliktfreien „*Allerweltskampagne*“. Somit wurde die offensive Thematisierung als „*high risk*“-Strategie empfunden und der Abrechnungs- und Sanierungswahlkampf der ÖVP trat in den Hintergrund. Damit eröffnete man Platz für jene, die das Unbehagen der WählerInnen demagogisch nutzen konnten, auch ohne je einen konstruktiven Vorschlag gemacht zu haben.<sup>212</sup> Dass Plasser hiermit auf Jörg Haider anspielte, steht für mich außer Zweifel.

Ein weiteres Problem für die ÖVP bestand in der Gewichtung von Thematisierung und Personalisierung. Die SPÖ setzte total auf ihren Spitzenkandidaten. Die ÖVP-Wahlkampfstrategie schwankte zwischen einem „*thematischen Abrechnungswahlkampf*“ und einem „*kandidatenzentrierten Persönlichkeitswahlkampf*“. Die Umfragewerte für den roten Spitzenkandidaten

---

<sup>210</sup> KvVI: Plasser, Fritz: Die Nationalratswahl 1986, 19

<sup>211</sup> Internes ÖVP-Strategiepapier vom 29.8.1986, welches dem Verfasser aber nicht im Original auflag. In: KvVI: Plasser, Fritz: Die Nationalratswahl 1986, 19

<sup>212</sup> KvVI: Plasser, Fritz: Die Nationalratswahl 1986, 20

waren viel besser, als für den schwarzen Herausforderer. Von Anfang an.<sup>213</sup> Und die ÖVP war sich schon im Juni 1986 dieses Umstand bewusst:

*„Sollte sich das aktuelle (demoskopische) Datenbild verdichten, erscheinen vorgezogene Novemberwahlen wahrscheinlicher als ein Auslaufen der Regierungsperiode.“<sup>214</sup>*

Plasser fasste diese Problematik und die von der ÖVP im Wahlkampf durchgezogene Strategie wie folgt zusammen:

*„Die strategischen Weichenstellungen des ÖVP-Wahlkampfstabes gingen in Richtung einer offensiven Kandidatenpräsentation, wobei der ÖVP-Kanzlerkandidat als ‚Der Mann, der’s besser macht‘ in eine werbliche Konkurrenzsituation gedrängt wurde, die seine persönlichen Stärken – absolute Integrität, Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit, hohe moralische Auffassung staatsmännischer Verantwortung, echter Veränderungs- und Gestaltungswille, soziale Demut und unverfälschte Nähe zu den Problemen und Nöten des einfachen Bürgers – auf den plakativ wirksamen und gleichzeitig synthetischen Nenner kommerzieller Vermarktung brachten. Am Jahrmarkt der Schau- und Zirkuspolitik und der massenmedialen Imagedressur sind dies zwar Qualitäten, die nach wie vor gefragt werden, auf der politischen Schaubühne aber nur schwer darstellbar sind.“<sup>215</sup>*

Auch das TV-Duell zwischen Alois Mock und Franz Vranitzky wurde bereits angeschnitten. Da diese Konfrontation von den Medien zum entscheidenden Wahlkampfhöhepunkt hochstilisiert wurde<sup>216</sup>, unterziehe ich es einer weiteren Betrachtung. Die Ausgangslage war folgendermaßen: Vranitzky, mit hervorragenden Popularitäts- und Sympathiewerten „ausgestattet“, hatte nur ein Ziel, nicht zu „versagen“, nicht *„aus seiner Rolle als konzilianter, kooperationsbereiter Nachlaßverwalter der gescheiterten sozialistischen Regierungspolitik herausfallen“<sup>217</sup>*. Mock stand allerdings unter Druck, er hätte Popularitätspunkte aufholen, den Kanzlerbonus Vranitzkys neutralisieren und die Konfrontation suchen sollen. Plasser kritisierte in seiner Analyse, dass solche TV-Ereignisse „hochgradig überschätzt“ würden und sich Kandidaten-Images nur begrenzt korrigieren lassen. Nur in Ausnahmefällen ließen sich Images dynamisieren, Stereotype aufbrechen und

---

<sup>213</sup> KvVI: Plasser, Fritz: Die Nationalratswahl 1986, 20f

<sup>214</sup> Internes Strategiepapier der ÖVP-Bundesparteileitung vom 30.6.1986, welches dem Verfasser aber nicht im Original auflag.

In: KvVI: Plasser, Fritz: Die Nationalratswahl 1986, 21

<sup>215</sup> KvVI: Plasser, Fritz: Die Nationalratswahl 1986, 22

<sup>216</sup> KvVI: Plasser, Fritz: Die Nationalratswahl 1986, 23

<sup>217</sup> ebenda

Erwartungshaltungen verändern. So ist der Politikwissenschaftler überzeugt, dass der Ausgang schon vorgezeichnet war, da Stärken und Schwächen bekannt gewesen sind und es daher kaum Spielraum für neue Image-Ergebnisse gab. Und so deckten sich die Erwartungen auch mit den Bewertungen. Laut zweier Fessel&GfK-Umfragen, die eine am 3. November 1986, die andere am 11. November 1986, schnitt Vranitzky erwartungsgemäß besser ab. Plasser, wie bereits angedeutet, kann und will die Frage nach der „*Wirkung*“ der TV-Diskussion nicht beantworten, sie sei wissenschaftlich gestützt nicht beantwortbar. Auch ob die Meinung der Wahlkampfstrategen wichtiger als das TV-Duell selbst sei, die nachfolgende Kommentierung der Journalisten richtig sei und es zu einer entscheidenden WählerInnenbeeinflussung kam, entziehe sich der empirischen Bilanzierung.<sup>218</sup>

Zusammenfassend kam Fritz Plasser zu folgendem Bild. Charakteristisch für den Wahlkampf der Parteien, vor allem beider Großparteien, war die werbliche Übereinstimmung. Die Personalisierung, die Spitzenkandidaten dominierten das werbliche Erscheinungsbild, war unübersehbar. Konvergenz attestierte er aber auch in der graphischen wie inhaltlichen Gestaltung der Werbelinien bei ÖVP und SPÖ. Die hohe technische Perfektion hob die Trennschärfe zwischen den konkurrierenden Imageprodukten weitgehend auf. Auffallend natürlich auch das Zurücktreten der SPÖ als Partei hinter ihren Spitzenkandidaten und die mangelnde Thematisierung von Problemen und Missständen sowie das Fehlen von inhaltlichen Auseinandersetzungen sowie eine mangelnde Dramatik eines an sich außergewöhnlichen Wahlereignisses. Der teilweise „*durchhängende*“ Wahlkampf schadete vor allem der ÖVP. Diese stand unter einem ungeheuren Erfolgsdruck, die SPÖ setzte bewusst auf einen ruhigen Wahlkampf und versuchte die Verluste unter Kontrolle zu halten. Die ÖVP hatte zwar in der ersten Hälfte des Wahlkampfes noch das „*momentum*“ – die klimatische Schubkraft – auf ihrer Seite, allerdings signalisierten die Trenddaten in den letzten vier Wochen eine klimatische Verschlechterung. Wurde das Klima Mitte Oktober für die ÖVP noch von 52 Prozent der Befragten besonders günstig eingeschätzt, fiel diese Zustimmung Anfang November auf 40 Prozent. Die ÖVP litt unter „*spürbaren Ermattungserscheinungen*“.<sup>219</sup>

---

<sup>218</sup> KvVI: Plasser, Fritz: Die Nationalratswahl 1986, 23-25

<sup>219</sup> KvVI: Plasser, Fritz: Die Nationalratswahl 1986, 25-27

*„Spürbare Mobilisierungsdefizite, Versäumnisse, die Wahlentscheidung entsprechend zu dramatisieren, wie eine Wahlkampagne, die phasenweise in die Idylle der Image-Werbung der frühen siebziger Jahre zurückfiel, trugen das ihre zum Verlust der Schubkraft bei.“<sup>220</sup>*

Zunächst wurde seitens der ÖVP dieser Stimmungsumschwung noch als demoskopische Unschärfe interpretiert, erwies sich in den letzten Wochen der Wahlauseinandersetzung allerdings als Trendbruch. Am Ende des Wahlkampfes sah sich die herausfordernde Volkspartei in der Defensive, hatte ihr „*momentum*“ verloren. Die Wahlkampfbeurteilung in Umfragen zeigte, dass dieser atmosphärische Einbruch der ÖVP erst in den letzten Wahlkampfwochen erfolgte. Die TV-Diskussion war wahrscheinlich nicht verantwortlich dafür, da die ersten Anzeichen bereits vor dem 6. November 1986 auftraten. Das TV-Duell hatte nur negative Trends verstärkt und den Terrainverlust der ÖVP nicht gestoppt und dürfte zur fortschreitenden Demobilisierung bzw. Verunsicherung beigetragen haben.<sup>221</sup>

Bei einer exit poll am Wahltag wurde jedenfalls dem SPÖ-Wahlkampf mehr Zustimmung gezollt, als dem der Volkspartei. 49 Prozent der WählerInnen meinten, dass der SPÖ-Wahlkampf geschickter geführt worden war, nur 30 Prozent sagten das von dem der ÖVP. Bei den Wechselwählern sind die Zahlen ähnlich, 47 Prozent bevorzugten den SPÖ-, nur 26 Prozent den ÖVP-Wahlkampf.<sup>222</sup>

#### **4.6.3 Die Analyse von Andreas Khol**

Andreas Khol leitete 1986 die Parteiakademie der ÖVP, die Politische Akademie. Auch seine Wahlkampf- und Wahlanalyse lag dem Verfasser aus dem Bestand des Archives des Karl Vogelsang-Instituts (KvVI) vor.

Khol lobte zu Beginn die ursprüngliche Planung des Wahlkampfes. Man habe die richtigen Themen und Schwerpunkte (Wirtschaft, Demokratie, Umwelt) gesetzt. Auch die Slogans seien zu Beginn gut gewählt gewesen und die Planung der Kritikphase,

---

<sup>220</sup> KvVI: Plasser, Fritz: Die Nationalratswahl 1986, 27

<sup>221</sup> KvVI: Plasser, Fritz: Die Nationalratswahl 1986, 28-31

<sup>222</sup> KvVI: Plasser, Fritz: Die Nationalratswahl 1986, 31

der Belangsendungen und die der Plakate fand Lob.<sup>223</sup> Kritik übte er daran, dass im Wahlkampf die Linie nicht mehr gehalten worden sei und deshalb Fehler passiert seien:

*„Die Fehler sind im wesentlichen erst im Wahlkampf selbst passiert, als die Linie nicht durchgehalten wurde, was Inhalte und Wahlziel betrifft, andererseits zuwenig Flexibilität gezeigt wurde und der Wahlkampf abgelöst wurde von dem, was wirklich ‚draußen‘ passierte.“<sup>224</sup>*

Khol schreibt in seiner allgemeinen Analyse von einem „Überraschungswahlkampf“, der die Pläne für den Frühjahreswahlkampf 1987 über Bord geworfen hätte. Es sei ein Wahlkampf gewesen, der durch das „Haider-Phänomen“ gekennzeichnet gewesen sei, was er als ebenso unvorhersehbar einstufte. Der Wahlkampf sei nur zögernd ins Laufen gekommen, da man fast einen ganzen Monat für die Kandidatenaufstellung verloren hätte. Herbe Kritik übte Khol an der Meinungsforschung, die man „entweder falsch eingesetzt“ oder auch nicht richtig verstanden hätte. Für die Zukunft regte Khol ein Rückmeldesystem an den Wahlkampfleiter an, dass dieser über die Rückmeldungen und Meinungen der Menschen draußen, in den Betrieben, Gemeinden und auf Funktionärsversammlungen usw. informiert sei. Khol analysierte die Wahl als eine verlorene Wahl im Westen Österreichs. Er meinte, dass die Entscheidungen der Wahlkampfleitung vom politischen Bild und der Stimmung in den Ländern östlich der Enns geprägt wurde. Auch das Haider-Problem stellte sich westlich der Enns anders dar, ebenso das Phänomen der Großen Koalition. Auch dass der Bauernstand vermehrt Haider gewählt habe, sei ein Problem gewesen, man müsse die Glaubwürdigkeit der ÖVP in diesem Bereich wieder herstellen.<sup>225</sup>

In der Analyse der Inhalte des Wahlkampfes lobte Khol die Teilung in „scharfe Kritikphase“ mit den zentralen Inhalten Verschwendung und Verstaatlichte Industrie. Dass vor allem die Nebenerwerbsbauern westlich der Enns „scharenweise zu den Freiheitlichen“ übergelaufen seien, sei ein Problem gewesen, welches man „übersehen“ hätte. Khol attestierte zwar einen guten Wahlkampfstart, aber eben auch

---

<sup>223</sup> Archiv des Karl von Vogelsang Instituts (KvVI), Signatur 008: Nationalratswahl 1986: Khol, Andreas: Nationalratswahl 1986. Laut Khol eine „kritische Analyse“ (5.12.1986), 1

<sup>224</sup> ebenda

<sup>225</sup> KvVI, Khol, Andreas: Nationalratswahl 1986, 1f

einen „*Knick*“. Man habe sich inhaltlich verzettelt, während die SPÖ nicht in die Sachdiskussion eingetreten sei und das Steuerpapier geschickt attackiert habe, habe die ÖVP das Steuerpapier nicht durchgezogen, „*obwohl es der Renner gewesen wäre*“. Die Kritik an 16 Jahren Regierung, an der Verschwendung und der Verstaatlichten Industrie seien abgesackt, das Bild der ÖVP Ende November „*diffus*“ gewesen und man habe sich einen „*Kanzlerwahlkampf*“ aufzwingen lassen und die Sachthemen nicht weiter gespielt. „*Völlig danebengegangen*“ waren für Khol die Inhaltspunkte Parteienkritik, Objektivierung und Demokratie. Die Palette dieser von der ÖVP gesetzten Themen sei zu breit und unglaubwürdig gewesen, auch mangels Kritik an der Regierung. Vielmehr hätte man sich auf die Punkte Persönlichkeitswahlrecht, direkte Demokratie und Briefwahl beschränken müssen. Die Parteienkritik sei von den eigenen Funktionären nicht verstanden worden und von den WählerInnen auf alle Parteien, mit Ausnahme der FPÖ, angewandt worden. Da man die Kritik am politischen Gegner nicht scharf genug betrieben habe, konnte der Unterschied zur SPÖ nicht klar und plastisch dargestellt werden.<sup>226</sup>

Wie auch in Plassers Analyse kam Khol zu dem Schluss, dass das Koalitionsthema geschadet hatte:

*„Trotz der Beschwörungen des Parteiobmanns, mit dem Koalitionsgewäsch aufzuhören, beherrschte dieses Thema tagelang die Zeitungen, wurden Ministerlisten veröffentlicht, Koalitionsmodelle diskutiert, wurde ständig über die breite Zusammenarbeit geredet.“<sup>227</sup>*

Man habe das „*Ablösegefühl*“ in der Bevölkerung unterschätzt, denn diese Wahl sei eine klare Wende-Wahl gewesen, nur haben die WählerInnen die Volkspartei als nicht glaubwürdig eingestuft und lieber Haider gewählt. Zusammenfassend kam Khol zu dem Schluss:

*„[...] die Inhalte waren gut gewählt. Die Landwirtschaft wurde übersehen. Der Demokratieschwerpunkt entwickelte sich zu unseren Ungunsten. Wir haben mit einer Wendewahl begonnen und haben eine Kanzlerwahl daraus gemacht, Haider die Oppositionsrolle überlassen. Die inhaltliche Verzettelung in der Publikationspolitik ließ unsere Schwerpunkte diffus werden. Wir haben wie der Boxer Orsolics reagiert: wo der Gegner schwer angeschlagen war, haben wir*

---

<sup>226</sup> KvVI, Khol, Andreas: Nationalratswahl 1986, 2f

<sup>227</sup> KvVI, Khol, Andreas: Nationalratswahl 1986, 3



*nicht nachgesetzt. Der Wendewähler ging zu Haider, abgeschreckt vom verbal und nonverbal signalisierten Koalitionsfrieden“.*<sup>228</sup>

In der Analyse der Wahlwerbung unterstrich Khol nochmals die Tatsache, dass dies ein Überraschungswahlkampf gewesen sei. Viele Funktionäre seien von vorangegangenen Wahlen bereits wahlkampfmüde gewesen. Das Steuerkonzept sei durch die Inseratekampagne der SPÖ (siehe Kapitel 4.7.2) unglaublich gemacht und von den eigenen Funktionären nicht mehr vertreten worden. Überhaupt sei die Zeit für Kenntnis des Wahlprogramms zu kurz gewesen.<sup>229</sup>

*„[...] wir hatten zuwenig Zeit, den Medien gegenüber eine Gegenöffentlichkeit zu inszenieren, in den Aussagen, die über die Medien transportiert wurden, haben wir nicht oft genug die Details gehämmert. Auch die Werbung litt also unter den inhaltlichen Verzettlung (sic!).“*<sup>230</sup>

Die Slogans wären zwar richtig gewählt gewesen („rote Zahlen“, „Wende“), allerdings wären die Aussagen der Spitzenfunktionäre dazu im Widerspruch gestanden, so Khol. Einen klaren Bruch erkannte Khol in der Diskussion der Spitzenkandidaten. Ab diesem Zeitpunkt sei, so Khol, das Siegesbewusstsein nicht mehr vorhanden gewesen.<sup>231</sup>

*„Von der Spitzenkonfrontation an, waren die Plakate, die an sich großartig waren, nicht mehr glaubwürdig: der junge fesche dynamische, mit der Jacke über dem Rücken, der es besser macht, der angreift, stand in zu offensichtlichem Widerspruch zu dem, was man am Bildschirm selbst erlebte.“*<sup>232</sup>

Weiters kritisierte er, dass manche Werbemittel nicht oder in zu geringer Zahl verfügbar waren und dass die Plakatierung über Land zu spärlich gewesen sei, vor allem im Vergleich zur SPÖ oder der FPÖ, fügte aber hinzu, dass er an der Effizienz von Plakaten zweifle.<sup>233</sup> Zusammenfassend schrieb Khol zum Thema Wahlwerbung:

---

<sup>228</sup> KvVI, Khol, Andreas: Nationalratswahl 1986, 3

<sup>229</sup> KvVI, Khol, Andreas: Nationalratswahl 1986, 4

<sup>230</sup> ebenda

<sup>231</sup> ebenda

<sup>232</sup> ebenda

<sup>233</sup> KvVI, Khol, Andreas: Nationalratswahl 1986, 5

*„[...] die Werbung war von Anfang an richtig angelegt, dann aber zu wenig flexibel. Es kam zu einem Bruch zwischen Image und Werbung. Die Werbelinie entsprach nicht mehr dem überwiegenden öffentlichen Eindruck vom Spitzenkandidaten, vom Koalitionsfrieden, das Phänomen Haider wurde in der Werbung ausgeklammert.“<sup>234</sup>*

#### **4.6.4 Bericht des ÖVP-Organisationsreferenten**

Auch der Bericht des Organisationsreferenten der ÖVP-Bundesparteileitung, Dr. Karl Jurka, vorgestellt auf der Landesparteisekretärekonferenz am 9. Dezember 1986, blieb im Karl von Vogelsang-Institut erhalten. Dieser Bericht bietet einen guten Überblick über die ursprüngliche Wahlkampfstrategie der Volkspartei.

Jurka machte in seinem Bericht im Bereich der politischen Inhalte vier innerparteiliche Konfliktfelder aus, die zwar zu Wahlkampfbeginn als entschieden betrachtet wurden, allerdings immer wieder neu aufbrachen und damit Auswirkungen auf das Erscheinungsbild der Partei hatten und die Durchführung des Wahlkampfes auf werblicher und organisatorischer Seite beeinflussten:<sup>235</sup>

##### **1. Oppositions- oder Koalitionswahlkampf**

In der Konzeption der Wahlkampfstrategie sollte gegen die regierende Koalition unter dem Titel „Schadensbilanz“ ein Angriff begonnen werden und in „Premieren“ die alternativen Konzepte und Personen der ÖVP präsentiert werden. Dazu dienten die Slogans „Die Wende zum Besseren“ und „Wir führen Österreich aus den roten Zahlen“. Diese Vorgangsweise wurde auf der Sekretärekonferenz im Rahmen der Länderkonferenz am 9. und 10. Oktober 1986 in Graz präsentiert und fand auch Zustimmung. Doch die Teilnahme von wenigen ÖVP-Funktionären an Diskussionen über Koalitionsformen, Regierungsbeteiligungen und Ministerämter bewirkte, dass sich die ÖVP so präsentierte, als wäre sie schon Regierungspartei. Dies passierte, obwohl die

---

<sup>234</sup> KvVI, Khol, Andreas: Nationalratswahl 1986, 5

<sup>235</sup> Archiv des Karl von Vogelsang Instituts (KvVI), Signatur 008: Nationalratswahl 1986: Jurka, Karl: Nationalratswahlkampf 1986. Bericht des Organisationsreferenten, hergestellt für die Landesparteisekretärekonferenz am 9.12.1986 (Wien am 5.12.1986), 3

Parteispitze und auch manche Länderfunktionäre vor einer solchen Regierungsbeteiligungsdebatte gewarnt hatten.<sup>236</sup>

## 2. Kanzlerduell oder Konfrontation der Großparteien

In der ursprünglichen Strategie wurde festgelegt, dass sich die ÖVP speziell den Protest- und Wechselwählern unter dem Prätext „*16 Jahre SPÖ-Regierung sind genug!*“ präsentieren sollte. Bei der Bundespräsidentenwahl hatten WählerInnen ihren Protest gegen „*16 Jahre sozialistische Misswirtschaft*“ zum Ausdruck gebracht, nun wollte man diese endgültig als ÖVP-WählerInnen gewinnen. Die SPÖ reagierte und versuchte von Beginn an der ÖVP ein Kanzlerduell aufzuzwingen und den Wahlkampf von einer Parteienseinseitigkeit wegzuführen. Die SPÖ-Strategie zeigte Wirkung, doch wurde die Gefahr in der ÖVP nicht erkannt, obwohl es Ende Oktober, Anfang November bei Teilen der ÖVP bereits keine Bereitschaft mehr gab, aggressives Werbematerial zu verwenden. Vielmehr wurde auf sympathieorientiertes, personenbezogenes Material bestanden.<sup>237</sup>

## 3. Kleine oder Große Koalition

Wie Khol kritisierte auch der ÖVP-Organisationsreferent die Meinungsforschung, dass diese keinen Hinweis auf die Stärke der FPÖ geliefert hätte. Es hätte aber seitens Oberösterreichischer, Salzburgischer, Steirischer und Kärntner VP-Funktionäre bereits Anfang November Hinweise auf die zunehmende Attraktivität Haiders gegeben. In der ÖVP nahm man allerdings an, dass es sich, weil es eben keine Bestätigung seitens der Meinungsforschung gab, um „*regionale Einzelercheinungen*“ handelte und nicht um einen bundesweiten Trend. Somit erfolgte auch keine klare Positionierung gegenüber den Freiheitlichen. Stattdessen gab es auch hier in der „*zweiten Ebene der ÖVP*“ eine Koalitionsdiskussion.<sup>238</sup> Jurkas Fazit:

---

<sup>236</sup> KvVI, Jurka, Karl: Nationalratswahlkampf 1986, 4

<sup>237</sup> KvVI, Jurka, Karl: Nationalratswahlkampf 1986, 4f

<sup>238</sup> KvVI, Jurka, Karl: Nationalratswahlkampf 1986, 5f

*„Damit wanderten zwangsläufig einer Oppositionspartei zustehende Protestwählerstimmen paradoxerweise zu einer Regierungspartei, die durch einen Wechsel des Spitzenkandidaten eine totale Imageveränderung schaffte“.*<sup>239</sup>

#### 4. Personen- oder Themenwahlkampf

Wie bereits erwähnt, war eine umfassende inhaltliche Positionierung geplant gewesen und wurde mit der Präsentation des Steuerkonzeptes und der Diskussion über das Demokratiepaket auch begonnen. Allerdings, so das Urteil Jurkas, fanden diese Präsentationen nur geringe mediale Resonanz. Außerdem scheiterte die Umsetzung an der Kompliziertheit des Themas, da die Inhalte *„emotionell, konkret, leicht verständlich und deutlich vom politischen Gegner abgrenzend“* sein muss. Dies war vor allem beim Steuerthema, meinte der Organisationsreferent, im Gegensatz zur Nationalratswahlkampagne 1983 (*„Gewinnt die Volkspartei, bleibt das Sparbuch steuerfrei“*) nicht der Fall, obwohl Emotionalisierung und Konkretheit gegeben gewesen wären. Die Funktionäre hätten das Thema nicht erläutern und somit weitertransportieren können. Beim Demokratiethema hätte dafür die Emotionalisierung gefehlt und auch das Verständnis, wieso sich die Volkspartei damit von den Sozialisten abgrenzt. Jurka stellte fest, dass eine entsprechende Aufbereitung der Themen Steuern, Demokratiereform und Arbeitsplatzproblematik jedoch möglich gewesen wären. Aufgrund des medialen Desinteresses sei aber die falsche Konsequenz gezogen und zugelassen worden, dass die Koalitions- und Personaldiskussion die Sachdiskussion verdrängte.<sup>240</sup>

##### 4.6.5 Analyse des ÖVP-Wahlkampfleiters Heribert Steinbauer

Auch der Wahlkampfleiter und damit Hauptverantwortlicher für den ÖVP-Nationalratswahlkampf 1986, der damalige Nationalratsabgeordnete Heribert Steinbauer, hatte eine umfassende Analyse „seines“ Wahlkampfes verfasst. Seine Analyse teilt sich in einen strategischen und einen technischen Teil und ist sicherlich

---

<sup>239</sup> KvVI, Jurka, Karl: Nationalratswahlkampf 1986, 6

<sup>240</sup> KvVI, Jurka, Karl: Nationalratswahlkampf 1986, 6f

die informativste Quelle zum Verständnis des Wahlkampfes der Volkspartei bei dieser Wahlauseinandersetzung.

## Teil A – Strategische Analyse

Zu Herbstbeginn ging man davon aus, dass der Hauptgegner der ÖVP die SPÖ unter Vranitzky sei, sich die FPÖ in Schwierigkeiten befinde und die Grünen ein unbekannter Faktor seien. Bei der vergangenen Nationalratswahl hatten die ÖVP 215.000 WählerInnen weniger als die SPÖ gewählt. Man ging in der ÖVP also davon aus, dass man zwei Prozentpunkte und mindestens vier Mandate dazugewinnen müsse. Für die ÖVP stellte sich somit das *„Problem der besonderen Schubkraft“*, denn nur aus der ersten Position am Wahlabend hätte man gegenüber der regierenden Koalition genügend Bewegungsspielraum. Vor dem Zerschlagen der Kleinen Koalition hielt man es in der ÖVP jedenfalls für machbar, weiter dazuzugewinnen. In der ÖVP war man sich auch im Klaren darüber, dass Vranitzky einen deutlichen Kanzlerbonus habe und die SPÖ *„hinter diesem Persönlichkeitsvorsprung Schutz sucht“*. Innerhalb der SPÖ, so schreibt Steinbauer, hätte es zwei Gruppen gegeben, die eine trete für eine rasche Herbstwahl ein, die andere für Wahlen im Frühjahr. Laut Steinbauer hätte sich die SPÖ nur wenige Tage vor der Ankündigung noch auf das Frühjahr 1987 festgelegt. Die FPÖ wäre laut der Meinungsforschung zu Herbstbeginn *„praktisch halbiert“* und die Funktionäre würden unter der Führung Stegers leiden. Auch die Medien und die führenden Politiker hätten die Lage der FPÖ auch Wochen nach dem Parteitag von Innsbruck als *„schwierig und nur schwer zu reparieren“* eingeschätzt. Die Ausgangslage der Grünen sei eine gute gewesen, doch hätten die Streitereien um Listenplätze und die Listentrennung in einigen Bundesländern massiv geschadet.<sup>241</sup> Diesen Streitereien, wie sie Steinbauer anspricht, widmete das „profil“ Anfang Oktober 1986 eine Ausgabe mit dem Titel *„Was können die Grünen, außer streiten?“*.<sup>242</sup>

---

<sup>241</sup> Archiv des Karl von Vogelsang Instituts (KvVI), Signatur 008: Nationalratswahl 1986: Steinbauer, Heribert: Analyse Nationalratswahlkampf 1986 (Wien am 5.12.1986), 2f

<sup>242</sup> profil Nr. 41 vom 6.10.1986, 1

Vranitzky entschied sich schließlich für Wahlen Ende November und bewies damit Führungsstärke, außerdem legte er sich klar auf eine Große Koalition und für ein Ende der Zusammenarbeit mit der jetzigen Haider-FPÖ fest. Die FPÖ dagegen wirkte zerrissen und die Situation verwirrend. Sie wirkte daher zunächst führungslos und damit auch chancenlos. Die Volkspartei nahm das Rennen auf, allerdings, so attestierte auch Steinbauer, wurde die Koalitionsfrage zur innerparteilichen Auseinandersetzung. Die Grünen wirkten in diesen ersten Tagen nach der Bekanntgabe des Wahltermins geschlossener und stärker als sie in den darauffolgenden Wochen sein sollte.<sup>243</sup>

Die Strategie der ÖVP war rasch festgelegt worden und hatte folgende Hauptlinien, die ich hier annähernd zur Gänze festhalten möchte<sup>244</sup>:

„[...]“

- a) *Forderung nach einem Kurswechsel und nach einer anderen Politik. Werblich wurde dies mit dem Ausdruck „Wende zum Besseren“ zusammengebunden.*
- b) *Damit verbunden entwickelte sich zunehmend deutlich der Anspruch mandatsstärkste Partei zu werden. Diese Entwicklung wurde durch die großkoalitionäre Strategie der SPÖ zunehmend deutlich herausgestellt. Aus der Debatte ‚warum Dr. Mock sich bereit erklärt, allenfalls auch Vizekanzler zu werden‘, wurde im Wahlkampf die Diskussion ‚Ob Dr. Mock auch Vizekanzler werden möchte.‘*
- c) *Besetzen der Österreich-Dimension, was werblich durch den systematischen Einsatz der rot-weiß-roten Fahne unterstrichen wurde.*
- d) *Zentrale Auseinandersetzung im Wirtschaftsbereich, in der Verbindung von Kritik an der SPÖ und positiven Vorschlägen der ÖVP.  
Das sollte gezeigt werden in den Bereichen Verstaatlichte/Privatisierung, Steuerreform und Staatshaushalt. Die Debatte um die Verstaatlichte hat sich nach einiger Zeit totgelaufen. Niemand wollte im heißen (sic!) Wahlkampf, die für die Länder Steiermark und Oberösterreich schwierigen Sanierungsfragen zu den Sozialisten deutlich kontrastieren. Die Frage der Steuerreform wurde von der ÖVP massiv besetzt. Doch sind gerade in diesem Bereich in den ersten Wochen des Wahlkampfes alle Parteien darauf eingestiegen.*

<sup>243</sup> KvVI, Steinbauer, Heribert: Analyse Nationalratswahlkampf 1986, 3f

<sup>244</sup> KvVI, Steinbauer, Heribert: Analyse Nationalratswahlkampf 1986, 4

*Die Auseinandersetzung um den Staatshaushalt führte zu einer kurzen, von der ÖVP eher defensiv geführten Spardebatte. Während man sich noch im Nationalratswahlkampf 83 deutlich auf ein Sparprogramm festlegte, ist dies 86 letztlich vermieden worden.*

- e) Als weitere hauptsächliche Sachproblematik wurde der Demokratiebereich festgelegt. Dies vor allem deshalb, weil positive Leistungen der ÖVP vorzuzeigen waren und man damit die Politikdistanz der Bürger aufzufangen suchte. Vor allem in den ersten Wochen gelang es diese Demokratiebotschaft herauszustellen. Der Parteiobmann selbst hat sie dann unter dem Schlagwort „Österreich zuerst“ als Grundsatzfrage weitergeführt. Der dritte große Sachbereich, neben Wirtschaft und Demokratie, war die Umweltpolitik. Dies spielte in der Planung eine grössere (sic!) Rolle als dann in der Wirklichkeit. Letztlich wurde sie nicht mit der Deutlichkeit angeboten, wie es ursprünglich als Kontrapunkt zu den Grün-Gruppen ins Auge gefaßt war.*
- f) Durchgehend sollten alle Themen, aber vor allem die großen Wirtschaftsprobleme, zur Kritik an der SPÖ herangezogen werden. Werblich ist dies am deutlichsten im Positiv-/Negativfalter der ersten Tage, in den Punktinseraten und in der Zeitschrift PLUS festgeschrieben worden. Gewisse Schlüsselzahlen wurden immer wieder dargestellt. In Pressekonferenzen wurde oft Tag um Tag versucht die SPÖ in eine Kontroverse zu ziehen. Was diese nicht aufgenommen hat. Überdies wurde immer wieder versucht, Sinowatz, Schieder und die Parteizentrale gegen Vranitzky auszuspielen. Ein entscheidendes Datum dafür ging allerdings daneben, nämlich die Sondersitzung des Nationalrates um das Budget, die letztlich zu wenig harte Kontroverse gebracht hat.*
- g) Schließlich wurde von Anfang an das Persönlichkeitsduell Vranitzky/Mock werblich voll aufgenommen. Letztlich mußte der Wahlkampf ja in ein Kanzlerduell münden und angesichts des Kanzlerbonus war hier eine volle Gegenstrategie notwendig. Werblich wurde dies über den dynamisierten, jugendnahen präsentierten Mock konsequent in allen Werbemitteln durchgehalten.<sup>245</sup>*

Die ÖVP startete, so die Analyse des VP-Wahlkampfleiters, mit einer hohen Erwartungshaltung und einer klaren Positionierung. Zum Wahltag hin aber ließ die Stimmung nach, rund um den Nationalfeiertag am 26. Oktober und rund um den 13. November kam es zu zwei markanten Einbrüchen im Stimmungsklima. Alle Versuche, das Ruder nochmal herumzureißen und zusätzlich zu mobilisieren, seien aber nur werblich umgesetzt worden, die „Umarmungs- und Friedensstrategie“ der SPÖ und die Sehnsucht nach einer Großen Koalition habe die Konfrontation verunmöglicht und demobilisiert.<sup>246</sup>

---

<sup>245</sup> KvVI, Steinbauer, Heribert: Analyse Nationalratswahlkampf 1986, 4-6

<sup>246</sup> KvVI, Steinbauer, Heribert: Analyse Nationalratswahlkampf 1986, 8

Steinbauer analysierte aber auch die Wahlkampfstrategie der SPÖ. Diese hätte sich darauf festgelegt, dass die Person Vranitzky die SPÖ verdecke, die Große Koalition als fix erklärt wurde und der Volkspartei ein Mitspracherecht zugewiesen werde und sachpolitische Positionen der ÖVP „bis hin zur Kopie“ übernommen und somit linke Positionen verlassen würden. Diese Friedensstrategie hätte die SPÖ mit einer Ausnahme – dem Angriff auf das angebliche „Geheimpapier der ÖVP“ (siehe Kapitel 4.7.2) – sehr konsequent durchgehalten. Die SPÖ hätte aber zunehmend keine WählerInnen mehr zurückgewinnen können und sich in den letzten drei Wochen auf den Vranitzky-Bonus verlassen.<sup>247</sup>

Die Grünen hätten aufgrund der schon erwähnten Turbulenzen zwar stark an Dynamik verloren, doch sei das Grundmandat und somit der Einzug in den Nationalrat immer außer Streit gestanden. Die grüne Spitzenkandidatin Freda Meissner-Blau habe jedenfalls versucht sich nach der Abspaltung der Linken als bürgerliche Politikerin zu etablieren.<sup>248</sup>

In Ostösterreich habe sich bei den Blauen die Verwirrung bis zum Ende des Wahlkampfes erhalten, war Steinbauer überzeugt. Die Medien berichteten von der FPÖ auf Sachebene nur von deren Steuerkonzept und der FP-Ablehnung der Großparteien. Dieser Protestcharakter wurde stark mit der Person Jörg Haider verbunden, der vor allem im Westen großen persönlichen Einsatz zeigte, während im Osten eine Mediendebatte über seine rechtsradikalen Positionen lief. Zunächst wurden die Nachrichten über einen „Haider-Effekt“ nur als Aufholen der FPÖ interpretiert, das Anwachsen in der Meinungsforschung war zwar zwischen Mitte Oktober und Mitte November zwar merkbar, ging jedoch nicht über die Werte der Steger-FPÖ hinaus, obwohl über gut besuchte Veranstaltungen berichtet wurde. Auch öffentlich bekannte ÖVP-Funktionäre wären „Haider-Schauen“ gegangen. Obwohl der Meinungsforschung zwar klar war, dass die Zahl der Unentschiedenen stieg, konnte sie nicht sagen, wohin deren Stimmen letztlich gehen würden.<sup>249</sup>

---

<sup>247</sup> KvVI, Steinbauer, Heribert: Analyse Nationalratswahlkampf 1986, 6

<sup>248</sup> KvVI, Steinbauer, Heribert: Analyse Nationalratswahlkampf 1986, 7

<sup>249</sup> KvVI, Steinbauer, Heribert: Analyse Nationalratswahlkampf 1986, 7f



Dass es am Ende nicht zum gewünschten Ergebnis für die ÖVP kam führt Steinbacher auf drei Ursachen zurück: Erstens wurde nach dem Sieg bei den Bundespräsidentenwahlen der Sieg als sicher angesehen.<sup>250</sup> „*Es gab Phasen und es gab Regionen, in denen der Wahlkampf präsidentielle Züge, nämlich ein Kampf des einsam agierenden Spitzenkandidaten hatte.*“<sup>251</sup> Zweitens habe die Strategie der SPÖ, die Große Koalition sei sicher, gewirkt. Manche ÖVP-Politiker, die Parteispitze nahm Steinbacher davon aus, hätten sich nicht deutlich von der SPÖ abheben, distanzieren können, „*ein Hauch von großer Koalition war immer wieder dabei*“. Profitiert von dieser Entwicklung hätten Jörg Haider und die FPÖ, er hätte die Protestwählerschaft angezogen.<sup>252</sup>

„*Letztlich hat es die ÖVP aus staatspolitischen Gründen nicht genutzt, die dubiose Präsenz freiheitlicher Regierungsmitglieder voll anzugehen.*“<sup>253</sup>

## Teil B – Technische Analyse

Die Rahmenplanung des Wahlkampfes der ÖVP für die vorgezogenen Nationalratswahlen wurde in der Klausur des erweiterten Bundesparteivorstands am 15. September 1986 skizziert, die Überlegungen hierzu waren bereits auf der Landesparteisekretärekonferenz am 12. September diskutiert worden. Am 9. Oktober wurden die Bezirkssekretäre informiert. In der Landesparteisekretärekonferenz am 26. September wurde die Planung des Wahlkampfes vorgestellt und diskutiert. Geplant war, dass am 17. Oktober, also sechs Wochen vor dem Wahltag, mit der Präsentation des Wahlprogramms der eigentliche Wahlkampf starten sollte, die heiße Schlussphase betraf die letzten drei Wochen. Nach der Diskussion der inhaltlichen Schwerpunkte mit den Landesparteisekretären wurden diese im Bundesparteivorstand in Sitzungen am 15. September und sechs Tage später festgelegt. Alle Hauptereignisse waren von Anfang an festgelegt, wie auch der verschränkte Einsatz von Werbemitteln und Medienauftritten. In der Planung legte man fest, dass es jede Woche bestimmte Schwerpunkte geben sollte und diese mit Pressekonferenzen des Parteiobmannes Dr. Mock, des

---

<sup>250</sup> KvVI, Steinbauer, Heribert: Analyse Nationalratswahlkampf 1986, 10  
<sup>251</sup> ebenda  
<sup>252</sup> ebenda  
<sup>253</sup> ebenda

Generalsekretärs Dr. Graff und der führenden ÖVP-Wirtschaftspolitiker ein möglichst breites Medienecho hervorrufen sollten.<sup>254</sup>

In diese Planung floss auch die Platzierung von Inseraten mit ein. Für die Gesamtösterreichische Landtagssitzung am 10. Oktober 1986 war die Präsentation des Demokratiekonzeptes geplant und die Schaltung von Portrait-1-Inseraten in 1,8 Millionen Tageszeitungen. Mit 24. Oktober sollte der Einsatz von Anzeigen in Tageszeitungen gesteigert werden. Am 29. Oktober plante man die Schaltung von Portrait-2-Inseraten in 2,5 Millionen Tageszeitungen. In diese detaillierte Planung waren natürlich auch Veranstaltungen, Pressekonferenzen, TV-Belagsendungen, die Plakatierung und Medienauftritte etc. miteingeschlossen.<sup>255</sup>

Auch die Meinungsforschung wurde massiv eingesetzt. Allerdings, und das haben bereits die vorigen Analysen aufgezeigt bzw. kritisiert, zeigten diese wöchentlichen bzw. gegen Wahlkampfschluss sogar zweimal die Woche durchgeführten Umfragen, zwar im Großen und Ganzen einen Terrainverlust der ÖVP an, allerdings nicht die überdurchschnittlichen Gewinne der Freiheitlichen.<sup>256</sup>

Zwar gab es zwischen ÖVP, SPÖ und FPÖ ein Wahlkampfübereinkommen, aber so wie im Bericht des VP-Organisationsreferenten kritisierte auch Steinbauer dieses als sinnlos, weil es von den anderen Parteien nicht ernst genommen und eingehalten wurde.<sup>257</sup> Am 15. November berichtete der „Kurier“ über den Vorwurf der ÖVP, dass die SPÖ dieses Wahlkampfübereinkommen gebrochen habe.<sup>258</sup> Gegen Ende des Wahlkampfes tagte dann das eingerichtete Schiedsgericht wegen der Vorwürfe der ÖVP. Im Gegenzug warf die SPÖ dafür der Volkspartei vor, dass diese für Beschädigungen an SPÖ-Wahlplakaten verantwortlich sei.<sup>259</sup>

---

<sup>254</sup> KvVI, Steinbauer, Heribert: Analyse Nationalratswahlkampf 1986, 13f

<sup>255</sup> KvVI, Steinbauer, Heribert: Analyse Nationalratswahlkampf 1986, 14f

<sup>256</sup> KvVI, Steinbauer, Heribert: Analyse Nationalratswahlkampf 1986, 16

<sup>257</sup> KvVI, Steinbauer, Heribert: Analyse Nationalratswahlkampf 1986, 17

<sup>258</sup> Kurier vom 15.11.1986, 2

<sup>259</sup> Neue Kronen Zeitung vom 22.11.1986, 2f

Auch das TV-Duell wurde vom ÖVP-Wahlkampfleiter analysiert. Mock sei in Sachargumenten deutlich vor Vranitzky gelegen<sup>260</sup>, allerdings, so Steinbauer: *„Die technische und gesundheitliche Betreuung (von Alois Mock, Anm. d. Verfassers) der letzten Stunden vor dem TV-Auftritt verlief nicht befriedigend.“*<sup>261</sup>

Insgesamt warb die ÖVP im Nationalratswahlkampf auf 36.711 16-Bogen-Plakaten, 18.495 davon wurden im November affiziert. Die Länderorganisationen haben in zusätzliche Eigenleistungen erbracht, die oben angeführte Zahl betrifft also nur die im Auftrag der Bundesparteileitung angebrachten Plakate. Hinzu kamen noch rund 27.700 von der Bundesparteileitung ausgelieferte Schaukastenplakate und Varianten der Sujets in den Formaten 1- und 2-Bogen hoch und Kinderplakate für Wien, Stimmzettelpakate sowie Eindruckplakate für Veranstaltungen mit dem Spitzenkandidaten. Die gelbe Angriffswelle nach dem Nationalfeiertag mit den Sujets „600 Milliarden Schulen“ und „150.000 Arbeitslose“ führten die Linie der Punktanzeigen weiter. Man reagierte damit auf das Gefühl, dass gegen die *„Friedensstrategie“* der SPÖ zu wenig getan werde. Insgesamt wurden knapp 400.000 Kleinplakate 1- und 2-Bogen hoch ausgeliefert, hinzu kamen noch über 43.000 Dankstreifen.<sup>262</sup>

Die ÖVP hatte für die Nationalratswahl 1986, wie schon für vorangegangene Bundespräsidentenwahl die Agentur „Insert/Young & Rubicam“ engagiert. Steinbauer lobte das technische Know-how im Film-, Plakat- und Printsektor. Frau Dr. Griessler, sie arbeitete im Pressedienst, hatte die Rohtexte verfasst, die Basis für die weitere Arbeit der Agentur war. In Summe lobte der ÖVP-Wahlkampfleiter den hohen Qualitätsstandard und dass eine *„deutliche Linie durchgehalten wurde“*. Allerdings wäre der Umstieg für die Agentur von einem Personenwahlkampf auf den Nationalratswahlkampf *„ein schwieriger Umstiegsprozess“* gewesen und eine längere Vorwahlzeit mehr Qualität ermöglicht:<sup>263</sup> *„Die Vorbereitungszeiten für die einzelnen Produkte, vom Film*

---

<sup>260</sup> KvVI, Steinbauer, Heribert: Analyse Nationalratswahlkampf 1986, 20

<sup>261</sup> ebenda

<sup>262</sup> KvVI, Steinbauer, Heribert: Analyse Nationalratswahlkampf 1986, 23-27

<sup>263</sup> KvVI, Steinbauer, Heribert: Analyse Nationalratswahlkampf 1986, 44

*bis zu den Printerzeugnissen waren weit unter dem, was kommerzielle Agenturen aus der Wirtschaftswerbung gewohnt sind.*<sup>264</sup>

Nicht beachtet habe ich Steinbauers Analyse in den Bereichen Produktionstermine, Filmbereich, Hörfunkbelangsendungen, Print- und Verteilmaterial, Konvoi, Rednereinsatz, Mandatarewahlkampf, Großveranstaltungen, Veranstaltungen und Aktionen, Jugend, innerparteiliche Information, Zielgruppenbriefe und Fund-Raising. Der Analyse der Verwendung von Anzeigen wird im Anschluss ein eigenes Kapitel gewidmet.

Zusammenfassend schrieb Steinbauer über die technische Abwicklung des Nationalratswahlkampfes der ÖVP-Bundesparteileitung:

*„Der Wahlkampf wurde technisch nicht viel anders abgewickelt als ein normaler, über viele Monate im voraus geplanter und durchgesprochener Nationalratswahlkampf. Dennoch fehlte letztlich die Ruhe einer ausführlichen Vorbereitung und auch Abstimmung mit Praktikern in allen Bundesländern. [...] Dennoch ist rückblickend gesehen, technisch eine wirklich gute Arbeit geleistet worden. Daran kann auch der versäumte Sieg nichts ändern.“*<sup>265</sup>

Am Wahlabend, so berichtete das „profil“, habe Steinbauer gesagt, und das bezeichnet wohl sehr gut seine Stimmung und kann als gutes Fazit des Wahlkampfes und des Ergebnisses aus ÖVP-Sicht gewertet werden: *„Wie soll man sich fühlen, wenn der Haider das gesamte Protestwählerpotential gefressen hat?“*<sup>266</sup>

#### **4.6.6 Die Darstellung des ÖVP-Wahlkampfes mit besonderem Bezug auf den ÖVP-Spitzenkandidaten**

Den Autoren der Biographie des damaligen ÖVP-Spitzenkandidaten „Alois Mock. Ein Politiker schreibt Geschichte“ kann man aufgrund ihres Werdegangs eine besondere Nähe zu Alois Mock und der Österreichischen Volkspartei nachsagen. Martin Eichinger war unter anderem persönlicher Sekretär von Vizekanzler und Außenminister Mock, Helmut Wohnout ist derzeit Leiter des Karl von Vogelsang

---

<sup>264</sup> ebenda

<sup>265</sup> KvVI, Steinbauer, Heribert: Analyse Nationalratswahlkampf 1986, 45

<sup>266</sup> profil Nr. 48 vom 24.11.1986, 12

Instituts zur Erforschung der Geschichte der christlichen Demokratie in Österreich (KvVI) und war u.a. Klubsekretär und Leiter des Büros des Zweiten Nationalratspräsidenten Heinrich Neisser. Sie können also ebenso durchaus einen Blick „von innen“ wiedergeben.

Alois Mock war klar, dass die Nationalratswahl 1986 wohl seine letzte Chance sein würde, das Bundeskanzleramt zu erobern. Dieser Umstand führte sicherlich zu einer besonderen inneren Anspannung. Sein Auftreten unterschied sich somit von dem Bild, welches die Wahlwerbung der ÖVP von ihm machte. Dort war er, wie schon beschrieben, lächelnd, locker abgebildet – ganz der „Mann, der’s besser macht.“

Mock hatte die Gefahren, die eine zu frühe Ansprache der Großen Koalition mit sich brachte, bereits im September 1986 erkannt und davor gewarnt. Vielmehr forderte er eine Polarisierung im Wahlkampf. Immer wieder verlangte er im Parteivorstand eine härtere Linie ein, stieß jedoch bei den Parteigranden auf taube Ohren. Wirtschaftskammerpräsident Rudolf Sallinger forderte beispielsweise kurz vor der Wahl, dass die ÖVP, auch als Zweiter, in eine solche Koalition eintreten solle.<sup>267</sup> In der „Neuen Kronen Zeitung“ hatte Sallinger gesagt: *„Mock sollte sich auch als Vizekanzler zur Verfügung stellen, weil das eben den Spielregeln der Demokratie entspricht.“*<sup>268</sup> Logisch, dass dies den „Wende-Wahlkampf“ der ÖVP konterkarierte. Die somit eingetretene Diskussion nützte nur Vranitzky (Kanzlerfrage) und den Freiheitlichen. Mock versuchte gegenzusteuern und betonte, dass nur eine ÖVP-Mehrheit einen Kurswechsel möglich machen würde. Weiters beteuerte der VP-Spitzenkandidat, dass es mit ihm keine Große Koalition „alten Modells“ geben werde, gleichzeitig warnte er vor einer Fortsetzung der bestehenden Koalition. Mock ging sogar soweit, dass er sagte, für den Vizekanzlerposten nicht zur Verfügung zu stehen – sondern nur für den Posten als Regierungschef, und zugleich schloss er eine Schwarz-Blaue Regierung nicht aus.<sup>269</sup>

Auch Eichinger und Wohnout gingen in ihrer Beschreibung des Wahlkampfes besonders auf das TV-Duell Mocks mit Vranitzky ein, wo Ersterer steif und verkrampft und zu Beginn phasenweise desorientiert gewirkt hatte. Die beiden

---

<sup>267</sup> Eichinger, Martin; Wohnout, Helmut: Alois Mock, 117f

<sup>268</sup> Neue Kronen Zeitung vom 11.11.1986, 2

<sup>269</sup> Eichinger, Martin; Wohnout, Helmut: Alois Mock, 117f

Autoren ermöglichten einen näheren Blick in die Geschehnisse des Abends. Den ganzen 6. November 1986 wurde Mock im Haus seines Mediencoachs Gerd Prechtl von seinem Beraterstab auf dieses Duell vorbereitet. Als er dann schließlich aufbrach, hatte er eine schlechte „Maske“ verpasst bekommen und steckte statt seiner eigenen eine Brille eines Mitarbeiters ein. Somit sah er, als er im ORF-Studio diese aufsetzte, so gut wie nichts und war entsprechend verunsichert. Eichtinger und Wohnout spekulierten sogar damit, dass man in diesem Auftritt vielleicht auch bereits Vorboten seiner späteren Parkinson-Erkrankung erkennen konnte, hervorgerufen durch die außerordentliche Stresssituation.<sup>270</sup>

Mock lieferte im Intensivwahlkampf ein immenses Programm ab, absolvierte 240 Auftritte, legte rund 20.000 Kilometer zurück und fühlte sich bald leer, war von den Strapazen des Wahlkampfes gekennzeichnet. Als die Wahlniederlage klar war und Mock am Wahltag um 18 Uhr in die ÖVP-Parteizentrale kam, musste er ärztlich behandelt werden, bereits zuvor hatte er in seiner Wiener Wohnung einen Schwächeanfall erlitten.<sup>271</sup>

#### **4.6.7 Analysen des ÖVP-Wahlkampfes von der anderen Seite**

In seinen „Politischen Erinnerungen“ nimmt Franz Vranitzky ebenfalls Bezug auf den Nationalratswahlkampf der Volkspartei. Die Ausgangslage für die ÖVP beschrieb auch Vranitzky positiv. Die Bundespräsidentenwahlen seien gewonnen worden, der SPÖ-Parteivorsitzende habe das Amt des Regierungschefs zurückgelegt, die Kleine Koalition gescheitert und das Verstaatlichten-Desaster läge den SP-Sympathisanten im Magen. Die ÖVP lag in Umfragen vorne, deren Parteichef Alois Mock hatte bei der vergangenen Nationalratswahl die Absolute der SPÖ gebrochen. Deshalb habe Mock auch unterbrochen für eine andere Politik geworben. Doch, und das führte Vranitzky auf die SP-Wahlkampfmaschine zurück, verbesserten sich die Umfrageergebnisse für die SPÖ immer mehr. Bei der ÖVP attestierte er zwei vermeintliche Fehler: Man sei sich der Sache zu sicher gewesen, Überheblichkeit habe Optimismus abgelöst und Mock misslang das TV-Duell. Dies im Detail:

---

<sup>270</sup> Eichtinger, Martin; Wohnout, Helmut: Alois Mock, 116f

<sup>271</sup> Eichtinger, Martin; Wohnout, Helmut: Alois Mock, 119

*„Für längere Fernsehauftritte wird man vom Fachpersonal des ORF geschminkt, man erhält, wie es heißt, eine Maske. Mock machte von dieser Dienstleistung [...] keinen Gebrauch, sondern erschien bereits mit Maske, die etwas ‚zu stark gelungen‘ war. Sehr aufgesetzt und mechanisch legte er dann auch seine Gesprächsführung an, wie die meisten Kommentatoren am nächsten Tag schrieben. Ich konnte mich glücklich fühlen, bessere Zensuren zu erhalten. Die Kronen Zeitung, besonders ungern auf der Seite von Verlierern, schwenkte langsam, aber merklich weg von Mock.“<sup>272</sup>*

Auch Alt-Bundeskanzler und SP-Grande Bruno Kreisky hatte sich nach der Wahl zur ÖVP geäußert und gesagt:

*„Da hat die ÖVP in allen ihren Medien auf das Populistische gesetzt und jetzt nimmt's ihnen der Haider weg. Die haben ihm die Erde aufbereitet. 17 Jahre haben sie in der Opposition dafür Zeit gehabt, und nix kummt außer.“<sup>273</sup>*

Auch „Zukunft“-Chefredakteur Konecny wagte eine Analyse des ÖVP-Wahlkampfes, beziehungsweise bezog er sich auf eine solche aus Teilen der Volkspartei:

*„[...] Zumindest eine engere Führungsgruppe und die kleinen Funktionäre dieser Partei waren bedingungslos auf ‚Sieg‘ – soll heißen: relative Mehrheit – eingestellt; daß diese Perspektive von größeren Gruppen des mittleren und höheren Führungskaders, die nicht Mocks persönlicher Crew zuzuzählen sind, nicht so bedingungslos geteilt wurde, wird jetzt sehr deutlich sichtbar. Zunächst überwog daher bittere Enttäuschung und auch böser Neid auf Jörg Haider, der - in der Sicht der ÖVP – gewissermaßen Mocks Saat unberechtigtweise abgeerntet hat.“<sup>274</sup>*

Darauf bezog sich auch Heinz Fischer in der „Zukunft“ in seiner Wahlanalyse:

*„Es mag [...] für Haider ein besonderes Glück und für die ÖVP eine besondere Tragik gewesen sein, daß die Saat der ÖVP, nämlich ihre massive Negativpropaganda gegenüber der Regierung und ihre Forderung nach einer radikalen Wende, die durch eine gezielte Abwertung der bestehenden Zustände einschließlich einer zumindest indirekten Abwertung der politischen Parteien untermauert werden sollte, nicht der ÖVP nützte, sondern von Haider in die Scheune gefahren wurde.“<sup>275</sup>*

---

<sup>272</sup> Vranitzky, Franz: Politische Erinnerungen, 166

<sup>273</sup> profil Nr. 48 vom 24.11.1986

<sup>274</sup> Konecny, Albrecht: Kein schwarzer November. In: Zukunft 1 1987 (Wien 1987), 2

<sup>275</sup> Fischer, Heinz: Nationalratswahlen 1986. In: Zukunft 1 1987 (Wien 1987), 6

In seiner Wahlanalyse für die SPÖ-Monatszeitschrift „Zukunft“ befasste sich der Sozialwissenschaftler Ernst Gehmacher am Ende auch mit dem ÖVP-Wahlkampf und schrieb, dass es seitens der ÖVP keine

*„besonders wirksame Werbestrategie“ war, „sich auf einen Personenwahlkampf Mock-Vranitzky einzulassen. Doch dürfte die ÖVP derzeit an solchen Mängel-Feststellungen stärker interessiert sein, da offenbar allgemein das Empfinden vorherrscht, die SPÖ-Wahlkampagne sei besser geführt gewesen.“<sup>276</sup>*

#### 4.6.8 ÖVP-parteiinterne Kritik am laufenden Wahlkampf

Nicht nur nach der Wahl, auch während des laufenden Wahlkampfes gab es erste Analysen und damit verbunden auch parteiinterne Kritik am Wahlkampf der ÖVP. Diese Kritik fasste das „profil“ bereits Anfang November zusammen. So meinte der steirische Landesparteisekretär Gerhard Hirschmann:

*„Im Kader der Bundesparteileitung hauen gewisse Dinge nicht hin. Das Einmaleins des Wahlkampfs wird nicht von allen Leuten beherrscht, die dafür bezahlt werden. [...] Den Michael Graff möchte ich von dieser Kritik ausdrücklich ausnehmen. Er ist einer der wenigen in Wien, die überhaupt begriffen haben, daß man doch auch einen Wahlkampf führen muß, bevor man über Koalitionen reden kann.“<sup>277</sup>*

Erhard Busek, Wiener VP-Parteichef:

*„Wir haben noch nicht über die Rampe gebracht, wie wir uns eine neue Form der Zusammenarbeit vorstellen. Wir haben der FPÖ, obwohl sie auf einer Koalitionsvereinbarung in der Regierung sitzt, die Möglichkeit überlassen, Koalitionen anzugreifen. Haider macht das reichlich, weil er persönlich nichts damit zu tun hat. [...] Wir haben es der SPÖ ermöglicht, sich gegen die Freiheitlichen zu stellen, aber nicht zu sagen, wie sie sich eine andere Zusammenarbeit vorstellt. Wir stehen sozusagen allein da mit dem Erinnerungsstück große Koalition schlechter Prägung und haben damit unsere liebe Not.“<sup>278</sup>*

---

<sup>276</sup> Gehmacher, Ernst: Nicht Wende, doch Warnung. In: Zukunft 1 1987 (Wien 1987), 12

<sup>277</sup> profil Nr. 45 vom 3.11.1986, 20

<sup>278</sup> profil Nr. 45 vom 3.11.1986, 20



Und VP-Generalsekretär Graff stellte fest: „Wir haben unsere sachlichen Anliegen immer noch zuwenig an den Mann gebracht.“<sup>279</sup>

Der VP-Abgeordnete Wendelin Ettmayer:

*„Es gibt natürlich in einer pluralistischen Partei wie der unseren die verschiedensten Meinungen, wie ein Wahlkampf zu führen ist. [...] So wie jeder Fußballfan glaubt, er wäre der bessere Teamtrainer, so glauben viele von uns, sie wären eigentlich die besseren Werbestrategen.“*<sup>280</sup>

## **4.7 Die Inserate der ÖVP und der SPÖ im Wahlkampf 1986**

### **4.7.1 ÖVP-Inserate im Nationalratswahlkampf 1986**

Im Wahlkampfübereinkommen hatte es eine vereinbarte Beschränkung gegeben: 60 Seiten in Tageszeitungen und 20 Seiten in Zeitschriften. Dieser Rahmen wurde von der ÖVP zur Gänze ausgeschöpft. Im Anzeigenbereich fuhr die Volkspartei drei Linien (siehe auch Anhang), eine Präsentation des Spitzenkandidaten in Verbindung mit Sachaussagen (ganzseitig), eine Kritikargumentation (Punktanzeigen, also Kleinanzeigen) im Innenpolitikteil von Tageszeitungen und die Schlussrunde (Aufruf zu handeln).<sup>281</sup>

Bei den ganzseitigen Anzeigen legte die Volkspartei das Schwergewicht auf die „Neue Kronen Zeitung“, mit der eine besonders günstige Platzierung vereinbart worden war. Die Punktanzeigen wurden breit in den Tageszeitungen gestreut, allerdings ein Schwerpunkt auf die drei größten („Neue Kronen Zeitung“, „Kurier“, „Kleine Zeitung“) gelegt. Dafür wurde etwas mehr als ein Fünftel des Anzeigenbudgets aufgewendet. In seiner Analyse kam ÖVP-Wahlkampfleiter Steinbauer zu der Erkenntnis, dass diese Kleinanzeigen trotz ihrer harten Formulierung im Gegensatz zu früheren Wahlkämpfen keine größere Kontroverse ausgelöst haben. Allerdings, so schloss Steinbauer, hatten die Anzeigen unter dem Titel „Warnung“ Vranitzky dazu bewogen, die sozialistischen Behauptungen in SPÖ-Inseraten zum „ÖVP-Geheimpapier“ abzusetzen (siehe Kapitel 4.7.2). Die Schlusswelle, die sich auf den Wahltag konzentrierte, wurde in der letzten Woche

---

<sup>279</sup> ebenda

<sup>280</sup> profil Nr. 45 vom 3.11.1986, 21

<sup>281</sup> KvVI, Steinbauer, Heribert: Analyse Nationalratswahlkampf 1986, 28

breit und massiv geschaltet.<sup>282</sup> Wie schon in bisherigen Wahlkämpfen wurde in Tageszeitungen nur in den überregionalen Zeitungen inseriert.<sup>283</sup>

#### 4.7.1.1 Präsentation des Spitzenkandidaten in Verbindung mit Sachaussagen

**„Der Staat sind die Bürger.**

Uns Österreichern geht es nicht um Parteikombinationen. Der Machterhaltung um jeden Preis haben wir Österreicher bei der Bundespräsidentenwahl eine deutliche Abfuhr erteilt. Uns Österreichern geht es um eine ehrliche, demokratische Vertretung des Willens aller Staatsbürger unserer Heimat. Um ein neues moralisches Verantwortungsbewußtsein dem Menschen, dem einzelnen Bürger gegenüber. Und der Familie als der wichtigsten Zelle des Staates. Demokratie heißt Herrschaft des Volkes – nicht Herrschaft der Parteien. Die Demütigung, daß man ein Parteibuch braucht, um z.B. zu einer Wohnung oder zu einem Posten zu kommen, muß endlich ein Ende haben. Die sozialistische Meinung ‚Ohne Partei bis Du nichts‘ lehnen wir Österreicher aus tiefem Herzen ab. Wir Österreicher wollen mehr Bewegungsfreiheit. Durch weniger Bürokratie, weniger Steuern, weniger staatliche Eingriffe und durch flexiblere Arbeitszeit. Wir können was. Wir leisten was. Und das wird sich bald wieder lohnen. Es ist höchste Zeit für bessere Zeiten.

**Mock. Der Mann, der's besser macht.**<sup>284</sup>

**„Wer sozial denkt, sollte nicht sozialistisch wählen.**

Unter der sozialistischen Regierung ist allein die Lohnsteuer doppelt so stark gestiegen wie die Löhne. Heuer gibt es die meisten Arbeitslosen seit 30 Jahren: 205.000 ohne Job. Das ist, wie wenn ganz Graz stempeln geht. Fast jeder dritte ist unter 25. Die Pensionen sind still und leise ärmer geworden. Jeder 10. Österreicher lebt von einem Mindesteinkommen an der Armutsgrenze. Das ist die sozialistische ‚Insel der Seligen‘. Wir Österreicher haben eine andere Vorstellung von sozialem Denken und Handeln: Wir senken die Steuer um 20%. Dadurch werden vor allem Klein- und Mittelverdiener spürbar entlastet. Wir schaffen neue Aufträge. Wir schaffen neue Arbeit. Wir geben den Betrieben einen steuerlichen Anreiz, damit die jungen Menschen endlich ihre Vorstellungen von der Zukunft verwirklichen können. Und wir lassen keine Pensionskürzungen mehr zu. Es ist würdelos, gerade bei unseren älteren Mitbürgern zu sparen. Es ist höchste Zeit für soziales Handeln. Es ist höchste Zeit für bessere Zeiten.

**Mock. Der Mann, der's besser macht.**<sup>285</sup>

<sup>282</sup> KvVI, Steinbauer, Heribert: Analyse Nationalratswahlkampf 1986, 28

<sup>283</sup> KvVI, Steinbauer, Heribert: Analyse Nationalratswahlkampf 1986, 29

<sup>284</sup> ÖVP-Inserat (1986). In: Neue Kronen Zeitung vom 17.10.1986, 21

<sup>285</sup> ÖVP-Inserat (1986). In: Kurier vom 24.10.1986, 7

**„Das Volk zählt mehr als die Partei: Volks-Partei.**

Demokratie heißt Herrschaft des Volkes. Und nicht Herrschaft der Parteien. Doch die sozialistische Regierung hat die Meinung der Staatsbürger oft nicht entsprechend ernst genommen: Hier nur ein paar Beispiele: Sie baute den Konferenzpalast, obwohl 1,3 Millionen Österreicher dagegen waren. Um die Aulandschaft in Hainburg besorgte österreichische Staatsbürger ließ sie verprügeln, anstatt mit ihnen zu verhandeln. Der Geldverschwendung – vom VOEST-Debakel bis hin zum Kauf schrottreifer Abfangjäger – haben wir Österreicher auch nie zugestimmt.

Wir Österreicher sind dafür, daß ein Volksbegehren mit mehr als 500.000 Unterschriften automatische eine bundesweite Volksabstimmung bewirkt. Dadurch können wir alle bei wichtigen Entscheidungen endlich wieder direkt mitreden. Und wir Österreicher sind für das Persönlichkeitswahlrecht. Dadurch kann jeder Staatsbürger entscheiden, welcher Politiker ihn im Parlament, im Landtag oder im Gemeinderat vertreten soll, ohne unbedingt dessen Partei mitwählen zu müssen. Anonyme Abgeordnete werden so endlich zu persönlich verantwortlichen Volks-Vertretern. Es ist höchste Zeit für mehr direkte Demokratie. Es ist höchste Zeit für bessere Zeiten.

**Mock. Der Mann, der's besser macht.**<sup>286</sup>

**„Die öffentliche Hand muß raus aus unseren Taschen.**

Eigentlich könnten wir am 29. Juli für den Rest des Jahres Urlaub machen, dann ab da arbeiten wir nicht mehr für die eigene Tasche. Finanz- und Sozialminister kassieren nämlich schon fast die Hälfte unseres Einkommens. So einfach war das bisher: Fehlte der Regierung Geld, hat sie einfach die Steuern erhöht oder eine neue erfunden. Die SPÖ behauptet doch, die Partei der Arbeitnehmer zu sein. Seit sie regiert hat, ist allein die Lohnsteuer doppelt so stark gestiegen wie die Löhne. Wir behaupten nichts. Wir machen einfach Ernst mit der Steuersenkung: 20% bei der Lohn- und Einkommenssteuer. Das ist längst fällig. Besonders die kleinen und mittleren Einkommen werden dadurch spürbar entlastet. Und wir werden die 10 Steuersätze auf 3 reduzieren sowie die Ausnahmen und Privilegien weitgehend aufheben. Damit auch der kleine Mann – ohne Steuerberater – zu seinem Recht kommt. Wir Österreicher können uns wieder mehr leisten und mehr kaufen. Die Nachfrage steigt. Es muß mehr produziert werden. Das schafft neue Arbeit. 20% weniger Steuern. Damit sich Leistung wieder lohnt. Höchste Zeit für bessere Zeiten.

**Mock. Der Mann, der's besser macht.**<sup>287</sup>

<sup>286</sup> ÖVP-Inserat (1986). In: Kurier vom 25.10.1986, 11

<sup>287</sup> ÖVP-Inserat (1986). In: Neue Kronen Zeitung vom 25.10.1986, 11

**„Wir führen Österreich aus den roten Zahlen.**

Wir Österreicher haben 600 Milliarden Schilling Schulden. Wenn der schnellste Bankkassier 8 Stunden täglich ohne Unterbrechung Tausender zählt, braucht er mindestens 18 Jahre für diese Summe. Fast ein Viertel unserer gesamten Schulden geht auf das Konto von Franz Vranitzky: er hat als Finanzminister in nur 2 Jahren 130 Milliarden Schulden gemacht. Verständlich, daß er über seine Vergangenheit nicht sprechen will. Durch die Politik seiner sozialistischen Regierung hat heute jeder neu geborene österreichische Staatsbürger mit dem ersten Schrei bereits 80.000,- Schulden. Wir Österreicher müssen sofort handeln. Das erste, was wir tun: Durch eine kräftige Steuersenkung die Wirtschaft wieder ankurbeln. Weiters stoppen wir die Verschwendung. Von Einsparungen bei aufgeblähten Bürokratieapparaten und der Reduzierung der Minister, über den Abbau ungerechtfertigter Privilegien bis hin zum Schrumpfen der Dienstwagenflotte gibt es unzählige Möglichkeiten, mit dem Steuerschilling von uns Österreichern wieder sorgfältiger umzugehen. Und wir werden die Verstaatlichte durch Teilung in überschaubare, überlebensfähige Betriebe und durch Privatisierung wieder in die Gewinnzone führen – so, wie wir sie 1970 mit 1,5 Milliarden Gewinn der sozialistischen Regierung übergeben haben. Wir Österreicher können was. Wir Österreicher leisten was. Und das wird sich bald wieder lohnen. Höchste Zeit für bessere Zeiten.

**Mock. Der Mann, der's besser macht.** <sup>„288</sup>

**„Wir werden die Jugend vertreten – nicht vertrösten.**

Fast jeder 3. Arbeitslose in Österreich ist unter 25. Heuer mußten allein von Jänner bis März 54.000 junge Menschen stempeln gehen. Ohne Hoffnung in der Schlange stehen ist nicht der richtige Job für diejenigen, die die Zukunft Österreichs gestalten sollen.

Wir werden die Wirtschaft wieder in Schwung bringen und geben den jungen Menschen von heute die Chance, ihre Vorstellungen von der Zukunft zu verwirklichen. Betriebe, die junge Menschen beschäftigen, werden steuerlich begünstigt. Durch gezieltere, praxisbezogene Ausbildung werden die jungen Leute bald wieder den Job finden, der ihren Vorstellungen entspricht. Damit sie ihr Leben wieder planen können, anstatt nur von besseren Zeiten träumen zu müssen. Höchste Zeit für bessere Zeiten.

**Mock. Der Mann, der's besser macht.** <sup>„289</sup>

#### 4.7.1.2 Kritikargumentation

##### Höchste Zeit für bessere Zeiten:

„Die SPÖ behauptet: ‚Ohne die Partei sind wir nichts.‘ – Dagegen sagt Alois Mock: ‚Österreich zuerst!‘ Höchste Zeit für bessere Zeiten.“ <sup>290</sup>

<sup>288</sup> ÖVP-Inserat (1986). In: Neue Kronen Zeitung vom 28.10.1986, 11

<sup>289</sup> ÖVP-Inserat (1986). In: Neue Kronen Zeitung vom 15.11.1986, 19

<sup>290</sup> ÖVP-Inserat (1986). In: Die Presse vom 17.10.1986, 4

„Die SPÖ behauptet: ‚Der Arbeitersportler ist immer zuerst Sozialist und dann erst Sportler.‘ ASLÖ-Broschüre ‚Sport frei‘. Dagegen sagt Alois Mock: ‚Zuerst kommt der Mensch, dann die Partei‘. [...]“<sup>291</sup>

„Die SPÖ hat gesagt: ‚Lieber Schulden als Arbeitslose.‘ Heute haben wir Schulden und Arbeitslose. 16 Jahre SPÖ-Regierung sind genug. [...]“<sup>292</sup>

„Vranitzky tanzt Cancan (sic!). 8000 VOEST-Arbeiter stehen vor der Entlassung. [...]“<sup>293</sup>

„Vranitzky tanzt Can-Can. In der Obersteiermark warten 3450 VOEST-Alpine-Arbeiter auf ihre Entlassung. [...]“<sup>294</sup>

„Vranitzky tanzt Can-Can. In Linz warten 5.620 VOEST-Arbeiter auf ihre Entlassung. [...]“<sup>295</sup>

„Fred Sinowatz ist als Bundeskanzler abgetreten, aber SPÖ-Chef geblieben. Wer Vranitzky wählt, wählt Sinowatz. [...]“<sup>296</sup>

„CA und Länderbank zahlen Vranitzky 3,8 Millionen Abfertigung. Der Steuerzahler zahlt CA und Länderbank 10 Milliarden Subventionen. [...]“<sup>297</sup>

„2.550 Kündigungen bei Steyr. 3,8 Millionen Abfertigung für Vranitzky. [...]“<sup>298</sup>

„Heute haben wir die höchste Arbeitslosigkeit seit 30 Jahren. 16 Jahre SPÖ-Regierung sind genug. [...]“<sup>299</sup>

„Nach 16 Jahren sozialistischer Regierung: 600 Milliarden Schulden und die höchste Arbeitslosenrate seit 30 Jahren. Darum will die SPÖ nicht über die Vergangenheit sprechen. [...]“<sup>300</sup>

„Die sozialistische Regierung hat durch Ölspekulationen und Mißwirtschaft in der Verstaatlichten Milliarden verpulvert. Die Rechnung zahlt der Steuerzahler. [...]“<sup>301</sup>

„Oktober 1986 – die höchste Zahl von Arbeitslosen seit 1945. Die Arbeitslosigkeit explodiert. 16 Jahre SPÖ-Regierung sind genug. [...]“<sup>302</sup>

<sup>291</sup> ÖVP-Inserat (1986). In: Kleine Zeitung vom 18.10.1986, 4

<sup>292</sup> ÖVP-Inserat (1986). In: Kurier vom 26.10.1986, 3

<sup>293</sup> ÖVP-Inserat (1986). In: Kurier vom 23.10.1986, 5

<sup>294</sup> ÖVP-Inserat (1986). In: Kleine Zeitung vom 24.10.1986, 4

<sup>295</sup> ÖVP-Inserat (1986). In: Oberösterreichische Nachrichten vom 25.10.1986, 2

<sup>296</sup> ÖVP-Inserat (1986). In: Kurier vom 3.11.1986, 2

<sup>297</sup> ÖVP-Inserat (1986). In: Die Presse vom 29.10.1986, 4

<sup>298</sup> ÖVP-Inserat (1986). In: Oberösterreichische Nachrichten vom 30.10.1986, 2

<sup>299</sup> ÖVP-Inserat (1986). In: Kleine Zeitung vom 27.10.1986, 4

<sup>300</sup> ÖVP-Inserat (1986). In: Kleine Zeitung vom 31.10.1986, 4

<sup>301</sup> ÖVP-Inserat (1986). In: Süd-Ost Tagespost vom 5.11.1986, 2

„Oktober 1986 – um 14,2 Prozent mehr Arbeitslose als im Vorjahr. Die Arbeitslosigkeit explodiert. [...]“<sup>303</sup>

„Oktober 1986 – um 6.000 jugendliche Arbeitslose mehr als im Vorjahr. [...]“<sup>304</sup>

„Kurzarbeit für 4.000 in Donauwitz. [...]“<sup>305</sup>

„Sozialismus heißt mehr Staat, mehr Bürokratie und mehr Parteibuch. Die ÖVP will Privatisierung, Freiheit und Schluß mit der Parteibuchwirtschaft. Höchste Zeit für bessere Zeiten.“<sup>306</sup>

### genug! 16 Jahre SPÖ:

„genug! 16 Jahre SPÖ  
1970 (ÖVP-Regierung) Arbeitslosenrate 1,9 Prozent  
1986 (SPÖ-Regierung) 5,1 % Arbeitslosenrate  
Jetzt die Wende zum Besseren“<sup>307</sup>

„[...]“  
Pro-Kopf-Verschuldung 1970 (ÖVP-Regierung): S 6.300,-  
Pro-Kopf-Verschuldung 1986 (SPÖ-Regierung): S 80.000,-  
[...]“<sup>308</sup>

„[...]“  
Pro verdiente S 1.000,- blieben dem Arbeitnehmer 1970 (ÖVP-Regierung) S 820,-  
Heute (SPÖ-Regierung) bleiben nur mehr S 650,-  
[...]“<sup>309</sup>

„[...]“  
1970 (ÖVP-Regierung) Verstaatlichte: 1,4 Milliarden Jahresgewinn  
1971 bis 1986 (SPÖ-Regierung) 30 Milliarden S Zuschüsse vom Steuerzahler  
[...]“<sup>310</sup>

<sup>302</sup> ÖVP-Inserat (1986). In: Kurier vom 6.11.1986, 2

<sup>303</sup> ÖVP-Inserat (1986). In: Kurier vom 7.11.1986, 2

<sup>304</sup> ÖVP-Inserat (1986). In: Die Presse vom 7.11.1986, 4

<sup>305</sup> ÖVP-Inserat (1986). In: Kleine Zeitung vom 12.11.1986, 4

<sup>306</sup> ÖVP-Inserat (1986). In: Kleine Zeitung vom 30.10.1986, 4

<sup>307</sup> ÖVP-Inserat (1986). In: Oberösterreichische Nachrichten vom 31.10.1986, 6

<sup>308</sup> ÖVP-Inserat (1986). In: Neues Volksblatt vom 3.11.1986, 5

<sup>309</sup> ÖVP-Inserat (1986). In: Neues Volksblatt vom 4.11.1986, 5

<sup>310</sup> ÖVP-Inserat (1986). In: Neues Volksblatt vom 5.11.1986, 5

Folgendes Inserat ist im selben Layout gehalten, allerdings fehlt der Übertitel „genug! 16 Jahre SPÖ!“:

„S 970,68 mehr im Monat!  
Angestellter (ohne Alleinverdienerabsetzbetrag) mit brutto S 17.000,- zahlt  
Lohnsteuer jetzt: S 2.078,22

Wenn Dr. Mock Bundeskanzler ist, Lohnsteuer nur mehr S 1.099,54

Das bringt im Jahr S 11.648,16 mehr Gehalt!

Deshalb am 23. November  
Die ÖVP.“<sup>311</sup>

Folgende Inserate wurden ausschließlich in Tiroler Zeitungen geschalten. Es fehlt allerdings der Hinweis auf den Urheber. Ich gehe davon aus, dass entweder die Tiroler Landespartei diese Inserate in Auftrag gegeben hat, oder doch die ÖVP-Bundesparteileitung.

„**Hilfe!**  
**Warum habe ich S 80.000,- Schulden?**  
Weil die SPÖ-Regierung nicht wirtschaften kann\*, hat jeder Österreicher  
schon am Tag seiner Geburt 80.000,- Schilling Schulden.  
**Wir wollen die Wende!**  
\* Staatschuld 1970 47 Mrd. ÖS  
Staatschuld 1986 600 Mrd. ÖS“<sup>312</sup>

„**Bitterer Lohn...**  
1970 blieben mir von Hundert Schilling noch 82 Schilling – heute bleiben mir  
noch ganze 65 Schilling.  
Eine saubere Arbeiterpartei – die uns immer mehr Geld aus dem Lohnsackerl  
nimmt.  
**Wir wollen die Wende!**“<sup>313</sup>

<sup>311</sup> ÖVP-Inserat (1986). In: Neues Volksblatt vom 12.11.1986, 5

<sup>312</sup> Auftraggeber unbekannt (wahrscheinlich ÖVP Bundesparteileitung oder Tiroler Volkspartei). In: Tiroler Tageszeitung vom 14.11.1986, 5

<sup>313</sup> Auftraggeber unbekannt (wahrscheinlich ÖVP Bundesparteileitung oder Tiroler Volkspartei): In: Tiroler Tageszeitung vom 17.11.1986, 3

**„Bitteres Los...**

*Über 9000 Kündigungen bei der VÖEST.*

*Über 2000 Kündigungen bei Steyr.*

*Ein Drittel aller Arbeitslosen sind zwischen 19 und 25 Jahre alt.*

*Ergebnis einer verfehlten Schul- und Bildungspolitik, einer ruinösen Steuerpolitik und Parteibevormundung der Wirtschaft.*

*Schluß mit der Arbeitsplatz-Vernichtungs-Politik der SPÖ-Regierung.*

**Wir wollen die Wende!**<sup>314</sup>

**„Wir wollen das**

**neue Österreich...**

*richtig: 16 Jahre SPÖ-Regierung sind genug!*

**Wir wollen die Wende!**<sup>315</sup>

**„Die Kraft zu handeln...**

*richtig: Die „Kraft“ der SPÖ reichte nur für Pleiten und Skandale.*

**Wir wollen die Wende!**<sup>316</sup>

Ergänzende Kleinanzeigen in den Zeitungen waren beispielsweise „So wählen Sie richtig“<sup>317</sup>, oder alleinstehend „Höchste Zeit für bessere Zeiten“<sup>318</sup>, „Heute: Liste 2. Die ÖVP. Mock wählen“<sup>319</sup>.

---

<sup>314</sup> Auftraggeber unbekannt (wahrscheinlich ÖVP Bundesparteileitung oder Tiroler Volkspartei): In Tiroler Tageszeitung vom 18.11.1986, 3

<sup>315</sup> Auftraggeber unbekannt (wahrscheinlich ÖVP Bundesparteileitung oder Tiroler Volkspartei): In Tiroler Tageszeitung vom 18.11.1986, 3

<sup>316</sup> Auftraggeber unbekannt (wahrscheinlich ÖVP Bundesparteileitung oder Tiroler Volkspartei). In: Tiroler Tageszeitung vom 20.11.1986, 3

<sup>317</sup> ÖVP-Inserat (1986). In: Süd-Ost Tagespost vom 22.11.1986, 1

<sup>318</sup> ÖVP-Inserat (1986). In: Kleine Zeitung vom 1.11.1986, 1

<sup>319</sup> ÖVP-Inserat (1986). In: Kleine Zeitung vom 23.11.1986, 1



#### 4.7.1.3 Schlussrunde

Nicken Sie nicht, tun Sie was:

- „1. Höchste Arbeitslosigkeit seit 40 Jahren: 150.000 Arbeitslose.  
2. Steuer doppelt so stark erhöht wie die Löhne.**

Sie haben doch vor Jahren für die SPÖ, für ein sogenanntes, neues Österreich' gestimmt. Traurig, was die sozialistische Regierung, deren Finanzminister von 1984 bis 1986 Franz Vranitzky war, aus Ihrer Stimme gemacht hat.

**NICHT SIE NICHT. TUN SIE WAS.**

Tun Sie es jetzt. Wenn Sie wollen, daß sich in Österreich nach dem 23. November endlich was ändert:

- ☐ Die Wirtschaft wird angekurbelt. ☐ Nur neue Aufträge schaffen neue Arbeit. ☐ 20% weniger Steuern. ☐ Radikaler Verschwendungsstop im Staat. ☐ Verstaatlichte: Sanierung durch private Investitionen. ☐ Das Umwelt-Alarmprogramm tritt nach dem Wahltag in Kraft. ☐ Pensionskürzungen kommen nicht mehr in Frage. ☐ Wieder leistungsgerechtes Einkommen für die Bauern. ☐ Persönlichkeitswahlrecht für mehr direkte Demokratie.

**Die nächste Möglichkeit, etwas zu ändern, haben Sie erst wieder 1990. Geben Sie uns jetzt Ihren Auftrag. Wählen Sie ÖVP. Die Wende zum Besseren. Wir führen Österreich aus den roten Zahlen.**<sup>320</sup>

- „3. Staatsschulden in 16 Jahren von 47 auf 600 Milliarden.  
4. Pensionskürzungen seit 1980.**

[...]“<sup>321</sup>

- „5. Verstaatlichte: 30 Mrd. Stützung aus Steuergeldern, trotzdem 20.000 Arbeitsplätze weniger.**

- 6. VOEST-Skandal: 4.200 Millionen Schilling durch Ölspekulationen verpulvert.**

[...]“<sup>322</sup>

- „7. Der Wald stirbt. Keine Maßnahmen in Sicht.  
8. Bauern: Kaufkraft am Stand von 1975.**

[...]“<sup>323</sup>

<sup>320</sup> ÖVP-Inserat (1986). In: Kurier vom 16.11.1986, 7

<sup>321</sup> ÖVP-Inserat (1986). In: Kurier vom 17.11.1986, 7

<sup>322</sup> ÖVP-Inserat (1986). In: Kurier vom 18.11.1986, 7

<sup>323</sup> ÖVP-Inserat (1986). In: Kurier vom 19.11.1986, 7

„Sie haben schon vor Jahren für die SPÖ, für ein sogenanntes [...]:  
**1.** Höchste Arbeitslosigkeit seit 40 Jahren: 150.000 Arbeitslose. **2.** Steuern doppelt so stark erhöht wie die Löhne. **3.** Staatsschulden in 16 Jahren von 47 auf 600 Milliarden. **4.** Verstaatlichte: 30 Milliarden Stützung aus Steuergeldern und trotzdem 20.000 Arbeitslose weniger. **5.** Der Wald stirbt. Keine Maßnahmen in Sicht. **6.** 5 Pensionskürzungen seit 1980. **7.** Bauern: Kaufkraft am Stand von 1975. **8.** VOEST-Skandal: 4.200 Millionen Schilling durch Ölspekulationen verpulvert.  
[...]<sup>324</sup>

**„16 JAHRE SPÖ – REGIERUNG. DAS HABEN WIR DAVON:**  
**1. Arbeitslosigkeit:** Die höchste Arbeitslosigkeit seit 1945. 150.000 Arbeitslose.  
**2. Steuerlast:** Steuern doppelt so stark erhöht wie Löhne.  
**3. Staatsschulden:** In 16 Jahren von 47 auf 600 Milliarden erhöht.  
**4. Verstaatlichte:** Massenkündigungen trotz Milliardensubventionen.  
**5. Pensionen:** 5 Pensionsverschlechterungen seit 1980.  
**NICKEN SIE NICHT. TUN SIE WAS. JETZT ÖVP.**<sup>325</sup>

---

<sup>324</sup> ÖVP-Inserat (1986). In: Neue Vorarlberger Tageszeitung vom 19.11.1986, 19

<sup>325</sup> ÖVP-Inserat (1986). In: Kleine Zeitung vom 20.11.1986, 16

**„Mit der ÖVP neu beginnen**

***Das Schwerpunktprogramm der ÖVP***

**1. STEUERSENKUNG**

Nur mehr drei Steuerstufen, Steuersenkung um durchschnittlich 20%, 13. und 14 Monatsgehalt bleiben unangetastet.

**2. BUDGETSANIERUNG**

U.a. durch Bürokratieabbau, stärkere Beachtung betriebswirtschaftlicher Grundsätze bei Bahn und Post, Teilprivatisierung.

**3. JUGENDBESCHÄFTIGUNG**

Abschreibemöglichkeit von 25% der Lohn- und Gehaltskosten als „fiktive Betriebsausgabe“, Aktion Jungunternehmer.

**4. PRIVATISIERUNG**

Z.B. durch den Verkauf von Aktien der verstaatlichten Banken, der Elektrizitätsgesellschaften und der Beteiligung von Mitarbeitern am Betrieb können neue Impulse in der Wirtschaft gesetzt und neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

**5. VERSCHWENDUNGSSTOP**

Einschränkung der Repräsentationsausgaben, Reduzierung der Staatszuschüsse, Überprüfung aller Ausgaben auf ihre Sinnhaftigkeit, Verringerung der Zahl der Ministerien und Staatssekretäre.

**6. LEISTUNGSGERECHTERES EINKOMMEN FÜR DIE BAUERN**

Förderung von Einkommens- und Produktionsalternativen, umfassende Marketing-Strategie für landwirtschaftliche Erzeugnisse.

**7. DEMOKRATIEREFROM**

Persönlichkeitswahlrecht, verpflichtende Volksabstimmung bei Volksbegehren mit mehr als 500.000 Unterschriften, Einführung der Briefwahl

**8. SICHERE PENSIONEN**

Förderung privater Vorsorgemodelle

**9. SAUBERE LUFT – GESUNDER WALD**

Generelle Senkung des Schwefelgehaltes bei Heizöl, Forcierung der Fernwärme, steuerliche Begünstigung von Umweltinvestitionen.

Am 23. November wird darüber abgestimmt, ob es unter der SPÖ wie bisher weitergehen soll, oder ob **mit der ÖVP ein neuer Anfang** gemacht wird.

[...]“<sup>326</sup>

Auf Anzeigen in Zeitschriften wurde verzichtet. In den Publikumszeitschriften deshalb, weil man annahm, dass Inserate in den dicken Vorweihnachtsnummern effektivlos sein würden, in den politischen Magazinen deshalb, weil die Leitartikel und Beiträge in der kurzen Wahlkampfzeit nur schwer zu beeinflussen gewesen wären. Man verwendete diese Zeitschriften aber zur Insertion des Aufrufs von Akademikern.<sup>327</sup>

<sup>326</sup> ÖVP-Inserat (1986). In: Neue Tiroler Zeitung vom 12.11.1986, 7

<sup>327</sup> KvVI, Steinbauer, Heribert: Analyse Nationalratswahlkampf 1986, 28f

Die regionale Streuung von Anzeigen, wie bereits im Bundespräsidentswahlkampf 1986 begonnen, wurde intensiviert und in SPÖ-Hochburgen mit eigenen Lokalmedien ÖVP-Inserate in zwei Wellen platziert. Auch die Beilagen zu Tageszeitungen waren auf diese Regionalstrategie ausgerichtet.<sup>328</sup>

In der Fülle an Zeitschriften und Kleinschriften wurde wegen des Wahlkampfübereinkommens und aus sachlichen Überlegungen nicht inseriert. Auch dann nicht, wenn auf die Inserate der SPÖ hingewiesen wurde. Die Regional- und Bezirksblätter sollten die Landesparteien abdecken. Es wurden auch Druckvorlagen für Parteizeitungen, Orts- und Betriebszeitschriften von der Bundesparteileitung zur Verfügung gestellt, „jedoch um ein bis zwei Wochen zu spät ausgeliefert“.<sup>329</sup>

Wie auch Vranitzky, hatte Alois Mock sein Komitee. Dieses hat ebenfalls Inserate geschaltet, allerdings mit weniger Botschaften. In ihnen ging es mehr um die Veröffentlichung von Namen. Als Botschaften allerdings kamen vor:

„Kurswechsel“, „Kanzlerwechsel“<sup>330</sup>

**„Wir brauchen eine Wende zum Besseren für unser Land! Wir brauchen den politischen Kurswechsel in Österreich! Wir wählen Dr. Alois Mock!**  
Als Akademiker und Intellektuelle tragen wir eine besondere Verantwortung für Österreichs Politik und für die Zukunft unserer Heimat. Dr. Mock hat das bessere Konzept sowie eine tüchtige Mannschaft.  
,Österreich zuerst!' ist sein Wahlspruch für einen neuen Patriotismus und gegen die Allmacht der Parteien. Die große politische Erfahrung, sein vorbildlicher Einsatz, seine aufrichtige Politik sowie sein internationales Renommee sprechen für Dr. Mock. [...]"<sup>331</sup>

#### 4.7.2 Die SPÖ-Inserate im Nationalratswahlkampf 1986

Nachdem die ÖVP ihre eigenen Konzepte zur Lösung der Probleme Österreich präsentiert hatte, reagierte die SPÖ mit einer Serie von Kleininseraten. In diesen versuchten die Sozialisten die ÖVP-Konzepte in Misskredit zu bringen und betrieben massives „Negativ-Campaigning“ um angebliche Besteuerungspläne der Volkspartei.

<sup>328</sup> KvVI, Steinbauer, Heribert: Analyse Nationalratswahlkampf 1986, 29

<sup>329</sup> ebenda

<sup>330</sup> Inserat des Komitees „Mit Mock – für Österreichs Zukunft“. In: Kleine Zeitung vom 16.11.1986, 9

<sup>331</sup> Inserat des Komitees „Mit Mock – für Österreichs Zukunft“. In: Die Furche vom 14.11.1986, 6

Die SPÖ hat in diesen Inseraten den LeserInnen sogar angeboten, ihnen diese ÖVP-Geheimpapiere „als Beweis“ zuzusenden.<sup>332</sup> Beispiele:

„NACTARBEITSZUSCHLÄGE. Die Nachtarbeitszuschläge werden voll besteuert! Das steht im ‚Geheimakt‘ des ÖVP-Steuerpapiers.“<sup>333</sup>

„KARENZ URLAUBSGELD Die Karenzurlaubsgelder werden voll besteuert! Das steht im ‚Geheimakt‘ des ÖVP Steuerpapiers.“<sup>334</sup>

Weiters gab es Inserate zur „Notstandshilfe“<sup>335</sup>, „Familienbeihilfen“<sup>336</sup>, „Sterbegelder“<sup>337</sup>, „Unfallrente“<sup>338</sup>, „Sonntagszuschläge“<sup>339</sup>, „Kriegsopferrenten“<sup>340</sup>, „Krankengelder“<sup>341</sup>, „Begünstigung für behinderte Kinder“<sup>342</sup>, „Hilflosenzuschuss“<sup>343</sup>.

---

<sup>332</sup> Gruber, Wolfgang: Die Nationalratswahlkämpfe der SPÖ von 1970 – 1990, 98

<sup>333</sup> SPÖ-Inserat (1986). In: Arbeiter-Zeitung vom 31.10.1986, 11

<sup>334</sup> SPÖ-Inserat (1986). In: Kurier vom 31.10.1986, 17

<sup>335</sup> SPÖ-Inserat (1986). In: Kurier vom 4.11.1986, 17

<sup>336</sup> SPÖ-Inserat (1986). In: Kurier vom 28.10.1986, 2

<sup>337</sup> SPÖ-Inserat (1986). In: Neue Kronen Zeitung vom 31.10.1986, 5

<sup>338</sup> SPÖ-Inserat (1986). In: Neue Kronen Zeitung vom 3.11.1986, 2

<sup>339</sup> SPÖ-Inserat (1986). In: Arbeiter-Zeitung vom 3.11.1986, 2

<sup>340</sup> SPÖ-Inserat (1986). In: Arbeiter-Zeitung vom 27.10.1986, 20

<sup>341</sup> SPÖ-Inserat (1986). In: Neue Kronen Zeitung vom 28.10.1986, 2

<sup>342</sup> SPÖ-Inserat (1986). In: Neue Kronen Zeitung vom 30.10.1984, 6

<sup>343</sup> SPÖ-Inserat (1986). In: Neue Kronen Zeitung vom 27.10.1986, 2

Am Ende der Serie schaltete die SPÖ einen Brief an die ÖsterreicherInnen:

„[...] In mehreren Inseraten haben wir in den letzten Tagen aufgezeigt, wie unausgegoren, vor allem aber wie unsozial das Steuerreformpapier der ÖVP ist.

Den Klein- und Mittelverdienern etwas wegzunehmen, um damit den Besserverdienenden etwas dazuzulegen – da spielt die SPÖ nicht mit.

Wir können nicht schweigen, wenn die ÖVP ein Papier präsentiert, in dem sie allen Österreichern weniger Steuern verspricht. Und die – durch Zufall entdeckte – zweite Hälfte des Papiers verheimlicht, in der aufgezählt ist, wer das alles bezahlen soll: Nämlich diejenigen, die jetzt schon weniger als die anderen haben. [...]

Bedauerlicherweise sahen wir uns deshalb gezwungen, den positiven, zukunftsorientierten Stil unserer bisherigen Wahlwerbung kurz zu unterbrechen. Wir bitten sie dafür um Verständnis. [...]

Ab nun überlassen wir Polemik, Gerichtsklagen, Geheimpapiere wieder den Herrn Graff & Co. Und widmen uns mit ganzer Kraft den Herausforderungen der Zukunft.

PS: Wie üblich spricht die ÖVP von einer Verleumdungskampagne. Wenn Sie sich selbst von der Wahrheit überzeugen wollen, schicken wir Ihnen gerne das ÖVP-Steuerpapier zu. [...]“<sup>344</sup>

Die ÖVP hatte aber im laufenden Wahlkampf Inserate geschaltet, in denen sie das Original-Inserat der SPÖ wiederverwendete und unter der großen Überschrift „*Warnung!*“ darauf hinwies, dass die Behauptungen unwahr seien und es sich „um ein Verleumdungsinserat der SPÖ“ handle. Dazu kam noch der Hinweis: „*Höchste Zeit für eine ehrliche Politik.*“<sup>345</sup> Auch die Landesparteien reagierten auf diese SPÖ-Kampagne und zeichneten für Einschaltungen verantwortlich. Beispielsweise die ÖVP-Landespartei Salzburg, die Folgendes verlautbaren ließ:

---

<sup>344</sup> SPÖ-Inserat (1986). In: Neue Kronen Zeitung vom 6.11.1986, 16

<sup>345</sup> ÖVP-Inserat (1986): In: Kurier vom 30.10.1986, 3

**„Warnung!**

Jetzt hat die SPÖ – wie im Waldheim-Wahlkampf – mit einer schwerwiegenden Verleumdung begonnen. Die übelste Verleumdung: Die ÖVP wolle angeblich nach einem ‚Geheimpakt‘ soziale Leistungen steuerlich mehr belasten.

Selbstverständlich stimmt das in keiner Weise: Es gibt keinen ‚Geheimpakt‘, und die SPÖ-Inserate sind eine glatte Lüge (die SPÖ sollte sich erinnern: Auch die Verleumdungskampagne gegen Waldheim ist nach hinten losgegangen).

Tatsächlich bringt das ÖVP-Steuermodell in besonderem Maße Entlastung für die niedrigen Einkommen und die sozial Schwachen: [...]“<sup>346</sup>

Und danach werden die einzelnen, schon genannten Punkte (Steuerreduzierung etc.) angeführt.<sup>347</sup> Diese Kampagne der SPÖ führte sogar zur einer Anzeige wegen des Verdachtes der Verbreitung falscher Tatsachen, welche die ÖVP bei der Staatsanwaltschaft Wien erstattete, wie der „Kurier“ am 28.10.1986 berichtete.<sup>348</sup> Im Dezember 1986 musste die SPÖ dann nach einem Gerichtsurteil Entgegnungen schalten, wie beispielsweise:

**„ENTGEGNUNG**

In Inseraten der SPÖ hat es geheißen  
[...]

Hilflosenzuschuss, Familienbeihilfen, Karenzurlaubsgeld, Sterbegelder, Kriegsofferrenten, Notstandshilfe, Krankengelder werden voll besteuert! Das steht im Geheimpakt des ÖVP-Steuerpapiers.

**DAS IST UNRICHTIG.**

Hilflosenzuschuss, [...] werden nicht gestrichen.

Hilflosenzuschuss, [...] werden nach dem ÖVP-Steuerkonzept nicht besteuert. Es gibt keinen ‚Geheimpakt‘ des Steuerpapiers.“<sup>349</sup>

Das Wahlprogramm der SPÖ lief unter dem Namen „Das Vranitzky-Programm“ und wurde mittels Inseraten („Vor uns liegt das neue Österreich“) in den Tageszeitungen ab 18. Oktober 1986 der Öffentlichkeit vorgestellt.<sup>350</sup> Ganz auf Vranitzky zugeschnitten war dann auch die erste Phase des SPÖ-Wahlkampfes in der versucht wurde, das Image des Bundeskanzlers zu verstärken:

<sup>346</sup> Kurier am 28.10.1986, 2

<sup>347</sup> ÖVP-Inserat (1986). In: Salzburger Volkszeitung vom 8.11.1986, 20

<sup>348</sup> Kurier am 28.10.1986, 2

<sup>349</sup> SPÖ-Inserat (1986). In: Kurier vom 18.12.1986, 2

<sup>350</sup> SPÖ-Inserat (1986). In: Kurier vom 18.10.1986, 2

„Neue Wege geht er. Und mit allen reden kann er. Keine leeren Versprechungen. Voll Verantwortung für Österreich handeln. Vranitzky soll Kanzler bleiben.“<sup>351</sup>

„Neue Ideen hat er. Und Leistung zählt bei ihm. Österreichs Probleme kraftvoll lösen. Das ist sein Ziel. Vranitzky. Er soll Kanzler bleiben.“<sup>352</sup>

„Wirtschaften kann er. Und konsequent handeln. Österreich moderner machen. Das ist seine Stärke. Vranitzky. Er soll Kanzler bleiben.“<sup>353</sup>

„Stil hat er. Und Format. Neues Vertrauen gewinnen. Selbstvertrauen schaffen. Für Österreich und die Österreicher. Vranitzky. Er soll Kanzler bleiben.“<sup>354</sup>

Dieses „*Positioning*“ als handlungsfreudiger, verantwortungsvoller, kraftvoller, wirtschaftskompetenter, konsequenter Politiker führte die SPÖ in der zweiten Phase des Wahlkampfes fort. Jetzt setzte die SPÖ auf „*Testimonials*“.<sup>355</sup> Persönlichkeiten aus verschiedensten Berufsgruppen, beispielsweise Ärzte, Anwälte, Schriftsteller oder Schauspieler, und „der einfache Mann oder die einfache Frau von der Straße“, wie zum Beispiel Angestellte, Akademiker, Arbeiter, StudentInnen, usw., begründeten ihre Unterstützung für Bundeskanzler Vranitzky. Geschaltet wurden die Anzeigen mehrmals in verschiedenen Tageszeitungen von der „Initiative für Dr. Vranitzky“ und liefen unter dem Titel „Österreicher für Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky“:

„Für Vranitzky wähle ich diesmal die SPÖ“<sup>356</sup>

„Vranitzky hat viel dazu beigetragen, meine schlechte Meinung über Politik zu ändern.“<sup>357</sup>

„Er ist der einzige Garant für ein offenes Österreich. Wer Mock wählt, kann gleich Haider wählen.“<sup>358</sup>

„Wenn er Kanzler bleibt, mache ich mir um Österreichs Zukunft keine Sorgen.“<sup>359</sup>

<sup>351</sup> SPÖ-Inserat (1986). In: Neue Kronen Zeitung vom 11.10.1986, 21

<sup>352</sup> SPÖ-Inserat (1986). In: Neue Kronen Zeitung vom 18.10.1986, 16

<sup>353</sup> SPÖ-Inserat (1986). In: Kurier vom 12.10.1986, 11

<sup>354</sup> SPÖ-Inserat (1986). In: Kurier vom 22.10.1986, 11

<sup>355</sup> Gruber, Wolfgang: Die Nationalratswahlkämpfe der SPÖ von 1970 – 1990, 99

<sup>356</sup> Inserat der Initiative für Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky (1986). In: Neue Kronen Zeitung vom 8.11.1986, 10

<sup>357</sup> Inserat der Initiative für Vranitzky (1986). In: Vorarlberger Nachrichten vom 4.11.1986, 4

<sup>358</sup> Inserat der Initiative für Vranitzky (1986). In: Neue Kronen Zeitung vom 18.11.1986, 7

<sup>359</sup> Inserat der Initiative für Vranitzky (1986). In: Kurier vom 4.11.1986, 14



„Er ist nicht der gemütliche Landesvater. Sondern ein Manager. Aber genau das braucht Österreich.“<sup>360</sup>

„Ich wollte diesmal überhaupt nicht zur Wahl gehen. Aber Vranitzky muß weitermachen. Ich wähle ihn.“<sup>361</sup>

„Bei ihm weiß man, wie man dran ist. Er macht eine ehrliche Politik. Er muß Kanzler bleiben.“<sup>362</sup>

„Ich glaube er ist von allen Politikern der ehrlichste.“<sup>363</sup>

„Vranitzky hat die Kraft ehrlicher Menschen. Er tut, was er sagt.“<sup>364</sup>

„Was der in seiner kurzen Amtszeit geschafft hat, macht ihm so schnell keiner nach.“<sup>365</sup>

„Er hat gezeigt, er kann was. Hoffentlich kriegt er die Mehrheit.“<sup>366</sup>

„Mit Vranitzky haben wir in Zukunft eine gesunde Wirtschaft. Und damit sichere Arbeitsplätze.“<sup>367</sup>

„Vranitzky öffnet Österreich die Tür ins nächste Jahrtausend. Wer an die Zukunft denkt, muß ihn wählen.“<sup>368</sup>

„In den USA gab's mal ein Plakat gegen Nixon, darauf stand: ‚Würden Sie von diesem Mann einen Gebrauchtwagen kaufen?‘ Von Vranitzky würde ich einen kaufen.“<sup>369</sup>

„Prof. Dr. Wilhelm Majejka, ehem. österr. Delegierter bei der Unesco, Paris. ‚Der Bundeskanzler hat das Format, das Österreich im Ausland braucht.‘“<sup>370</sup>

Robert Stettinger, ÖBB-Triebfahrzeugführer. ‚Ich wähl' den, der dafür sorgt, daß ich mehr Geld im Lohnsackerl habe. Und das ist für mich Vranitzky.‘“<sup>371</sup>

„Barbara Taufar, Presseattaché. ‚Er ist ein Mann, den sowohl die Amerikaner als auch die Russen erstnehen. Das hat er gerade bewiesen.‘“<sup>372</sup>

---

<sup>360</sup> Inserat der Initiative für Vranitzky (1986). In: Kurier vom 4.11.1986, 18

<sup>361</sup> Inserat der Initiative für Vranitzky (1986). In: Kurier vom 8.11.1986, 14

<sup>362</sup> Inserat der Initiative für Vranitzky (1986). In: Kurier vom 5.11.1986, 18

<sup>363</sup> Inserat der Initiative für Vranitzky (1986). In: Neue Kronen Zeitung vom 5.11.1986, 2

<sup>364</sup> Inserat der Initiative für Vranitzky (1986). In: Kurier vom 10.11.1986, 17

<sup>365</sup> Inserat der Initiative für Vranitzky (1986). In: Neue Kronen Zeitung vom 4.11.1986, 14

<sup>366</sup> Inserat der Initiative für Vranitzky (1986). In: Kurier vom 8.11.1986, 17

<sup>367</sup> Inserat der Initiative für Vranitzky (1986). In: Kurier vom 9.11.1986, 11

<sup>368</sup> Inserat der Initiative für Vranitzky (1986). In: Neue Kronen Zeitung vom 12.11.1986, 7

<sup>369</sup> Inserat der Initiative für Vranitzky (1986). In: Neue Kronen Zeitung vom 20.11.1986, 11

<sup>370</sup> Inserat der Initiative für Vranitzky (1986). In: Arbeiter-Zeitung vom 19.11.1986, 7

<sup>371</sup> Inserat der Initiative für Vranitzky (1986). In: Kurier vom 16.11.1986, 11

<sup>372</sup> Inserat der Initiative für Vranitzky (1986). In: Kurier vom 11.11.1986, 16

„Dr. Gerhard Kantner, Exekutivdirektor. ‚Er hat die Kraft, Dinge von Grund auf zu verändern.‘“<sup>373</sup>

„Univ.-Prof. Dr. Dipl.-Ing. Adolf Stepan, Industr. Betriebswirtschaftslehre. ‚Von ihm weiß ich, daß er die Probleme anpackt, statt sie vor sich herzuschieben.‘“<sup>374</sup>

Dr. Alexander Marquardt, Rechtsanwalt (Paris-New York) – Internat. Wirtschafts- und Finanzrecht. ‚Ich glaube, Vranitzky ist für Österreich ein großer Gewinn. In der amerikanischen Wirtschaft ist er schon jetzt ein Begriff.‘“<sup>375</sup>

„Dipl. Ing. Dr. Heinz Kaupa, Direktor der Errichtungsgesellschaft Marchfeldkanal, Wasserwirtschaft. ‚Seine Erfahrung im Umgang mit den großen Politikern dieser Welt imponiert mir. Genau das braucht Österreich.‘“<sup>376</sup>

„Primarius Dr. Peter Kahn, Facharzt (Nuklearmedizin). ‚Vranitzky ist ein Staatsmann. Ich wähle ihn.‘“<sup>377</sup>

„Wolfgang Glück, Regisseur. ‚Besser einer, der mir ehrlich sagt, was er machen wird, als dauernd Versprechungen. Ich wähl’ Vranitzky.‘“<sup>378</sup>

„Helmut Lohner, Schauspieler. ‚Immer wenn ich im Ausland bin, sehe ich wie wichtig ein kompetenter Kanzler für unser kleines Land ist. Vranitzky ist ein Gewinn für Österreich.‘“<sup>379</sup>

Im „profil“ vom 17. November 1986 erschien auch ein ganzseitiges Interview mit Erich Fried, geschaltet als Anzeige von der Initiative für Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky, in dem sich der Literat für die SPÖ und den Vranitzky ausspricht.<sup>380</sup> Frieds Aufruf gab es aber auch in der „Kurzform“:

„Nur ein Wahlsieg Vranitzkys und der SPÖ kann den in der Welt schwankenden Ruf Österreichs wieder herstellen und zugleich im Land selbst den soliden Fortschritt erleichtern.“<sup>381</sup>

„Dr. Michael Pollak, Professor, Paris. ‚Endlich wieder einer, der Österreich im Ausland mit Würde und Anstand vertritt.‘“<sup>382</sup>

---

<sup>373</sup> Inserat der Initiative für Vranitzky (1986). In: Neue Kronen Zeitung vom 8.11.1986, 14

<sup>374</sup> Inserat der Initiative für Vranitzky (1986). In: Kleine Zeitung vom 18.11.1986, 7

<sup>375</sup> Inserat der Initiative für Vranitzky (1986). In: Neue Kronen Zeitung vom 11.11.86, 6

<sup>376</sup> Inserat der Initiative für Vranitzky (1986). In: Salzburger Nachrichten vom 22.11.1986, 16

<sup>377</sup> Inserat der Initiative für Vranitzky (1986). In: Kurier vom 11.11.1986, 15

<sup>378</sup> Inserat der Initiative für Vranitzky (1986). In: Neue Kronen Zeitung vom 10.11.1986, 12

<sup>379</sup> Inserat der Initiative für Vranitzky (1986). In: Kurier vom 15.11.1986, 19

<sup>380</sup> Inserat der Initiative für Vranitzky (1986). In: profil Nr. 47 vom 17.11.1986, 75

<sup>381</sup> Inserat der Initiative für Vranitzky (1986). In: Neue Kronen Zeitung vom 20.11.1986, 17

<sup>382</sup> Inserat der Initiative für Vranitzky (1986). In: Neue Kronen Zeitung vom 14.11.1986, 9

„[...] Johannes Mario Simmel, Schriftsteller. ‚Vranitzky wird den guten Ruf Österreichs in der Welt wieder herstellen. Wer ein offenes, fortschrittliches Österreich will, muß Vranitzky wählen.‘“<sup>383</sup>

In diesen beiden Inseraten wird auf Bundespräsident Kurt Waldheim indirekt Bezug genommen. Es gab aber auch:

„Dr. Heinrich Schneider, stellvertretender Exekutivdirektor beim Internationalen Währungsfonds, Washington. ‚Mit Vranitzky hat das Bild vom neuen Österreich im Ausland bereits begonnen.‘“<sup>384</sup>

Aber auch die Partei selbst schaltete ein ähnliches Testimonial-Sujet:

„Bankangestellte für Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky. Weil wir Bundeskanzler Dkfm. Dr. Franz Vranitzky kennen, wissen wir um seine wirtschaftliche und politische Kompetenz. Er ist der Garant für eine ehrliche zukunftsweisende Politik und damit für eine gute Entwicklung unseres Staates.“<sup>385</sup>

Nach dem TV-Duell wurde geschaltet:

„Besser als im TV-Duell hätte er nicht beweisen können, daß er der richtige Mann ist.“<sup>386</sup>

Je näher der Wahltermin kam, desto eindrücklicher die Wahlaufrufe:

„Sein Mut und seine Ehrlichkeit haben mich überzeugt.“<sup>387</sup>

„Zu Vranitzky gibt es keine echte Alternative.“<sup>388</sup>

„Ein paar Stimmen werden entscheiden. Darum finde ich: Wer Vranitzky will, muß ihn auch wählen.“<sup>389</sup>

„Der beste muß der Kanzler sei. Vranitzky.“<sup>390</sup>

---

<sup>383</sup> Inserat der Initiative für Vranitzky (1986). In: Kurier vom 17.11.1986, 7

<sup>384</sup> Inserat der Initiative für Vranitzky (1986). In: Kurier vom 21.11.1986, 15

<sup>385</sup> SPÖ-Inserat (1986). In: Kurier vom 14.11.2011, 9; unter dem Text sind 33 Bankangestellte verschiedener österreichischer Banken angeführt (Anm.)

<sup>386</sup> Inserat der Initiative für Vranitzky (1986). In: Kurier 21.11.1986, 14

<sup>387</sup> Inserat der Initiative für Vranitzky (1986). In: Kurier vom 21.11.1986, 11

<sup>388</sup> Inserat der Initiative für Vranitzky (1986). In: Kurier vom 19.11.1986, 14

<sup>389</sup> Inserat der Initiative für Vranitzky (1986). In: Neue Zeit vom 21.11.1986, 14

<sup>390</sup> Inserat der Initiative für Vranitzky (1986). In: Arbeiter-Zeitung vom 22.11.1986, 15

Vranitzky sei ein guter Vertreter Österreichs im Ausland, sei kompetent, kenne sich in der Wirtschaft aus usw. waren die klaren Botschaft, wer die Person Vranitzky sei. Aus diesen Gründen müsse er Bundeskanzler bleiben. Gleichzeitig zu diesen Testimonial-Inseraten schaltete die SPÖ einseitige Inserate, wo sich Bundeskanzler Vranitzky direkt an die Bevölkerung wandte und sich die WählerInnen direkt angesprochen fühlen sollten:

*„Vor uns liegt das neue Österreich.“* Anschließend werden die Leistungen Österreichs gelobt (Wirtschaft, soziales Klima, Umweltpolitik, Rechtssystem usw.). *„Wir können stolz sein auf das, was wir in den letzten 16 Jahren gemeinsam geschaffen haben“*, verwies das Inserat auf die SPÖ-Regierungszeit seit 1970. Dann werden allgemein Probleme, die gelöst werden müssen, ohne sie direkt anzuführen, angesprochen. *„Wir brauchen den Mut, uns von den überholten Vorstellungen zu trennen. Den Mut, unser starres und bewährendes Denken aufzugeben. Den Mut zu manchen unbequemen Maßnahmen, die aber dazu führen, auch in Zukunft eine gesunde und sichere Wirtschaft zu haben“*, versuchte sich Vranitzky weiter als offensiver Mutmacher. Man müsse es besser machen als die USA, Deutschland und Japan, dabei dürfe den österreichischen Fähigkeiten „weder persönlicher, noch gesellschaftlicher und erst recht nicht politischer Neid“ im Weg stehen. Abgeschlossen wird das Inserat mit *„Vor uns liegt das neue Österreich. Gehen wir den Weg gemeinsam. Der Bundeskanzler“* und seiner Unterschrift.<sup>391</sup>

Vor allem der letzte Satz erinnert an Kreisky, der bekanntlich die WählerInnen aufgefordert hatte ein Stück des Weges gemeinsam zu gehen. In der hier beschriebenen zweiseitigen Version sieht man ein Portraitfoto des Bundeskanzlers, ganz staatsmännisch<sup>392</sup>, das Sujet mit gekürztem Text und einem am Schreibtisch sitzenden Vranitzky erschien in den Tageszeitungen<sup>393</sup>. Auf den Text in diesem Inserat wurde er auch im „profil“-Interview angesprochen:

---

<sup>391</sup> SPÖ-Inserat (1986). In Neue Kronen Zeitung vom 8.11.1986, 17

<sup>392</sup> SPÖ-Inserat (1986). In: Die Ganze Woche vom 6.11.1986, 76f

<sup>393</sup> SPÖ-Inserat (1986). In: Neue Kronen Zeitung vom 8.11.1986, 17

**„profil:** Im Inseratentext, mit dem für Sie geworben wird, heißt es: ‚Wir brauchen den Mut uns von überholten Vorstellungen zu trennen.‘ Im TV-Duell sagten Sie, ideologische Positionen dürften eine Reform nicht verhindern. Welche Vorstellungen und Positionen meinen Sie?

**Vranitzky:** Ich glaube, man muß ganz ehrlich sagen, daß wir im Zusammenhang mit der Verstaatlichten Industrie von Positionen ausgegangen sind, die nicht zu halten sind. Das hat bei den Beschäftigten in der Verstaatlichten Industrie zu hohen Erwartungen geführt, die wir dann nicht einhalten konnten. Deshalb habe ich mich auch in politisch schwierigen Zeiten hingestellt und gesagt: Die unrentabel gewordenen Arbeitsplätze sind durch Budgetzuschüsse nicht mehr zu halten. Wir müssen trotz aller flankierenden Maßnahmen einen schmerzlichen Reformweg gehen. Auf diese Weise haben wir uns von alten überholten Vorstellungen getrennt.<sup>394</sup>

Es folgten eine andere zweiseitige Einschaltung, mit einem Foto von Vranitzky mit seiner Familie, in der die Jugend angesprochen wurde: *„Die Jugend des Landes verdient, daß man ihre Talente freilegt, Leistungen fördert und neuen Ideen zum Durchbruch verhilft.“*<sup>395</sup> Aber auch ein weiteres einseitiges Sujet für die Tageszeitungen gab es: *„Wir Österreicher sind Vorbild in ganz Europa.“*<sup>396</sup> Vranitzky spricht in diesem Inserat die erfolgreiche Umweltpolitik Österreichs und damit der SPÖ-geführten Regierung an. Auch hier sieht man den Kanzler am Schreibtisch sitzen.<sup>397</sup> Im Dezember 1986 wurde dann das „Jugend-Sujet“ auch einseitig in den Tageszeitungen geschaltet, allerdings wurde hier das Familienfoto durch ein Portrait des Kanzlers ersetzt.<sup>398</sup> Außerdem gab es noch das Inserat, geschaltet in Tages- und Wochenzeitungen, *„Die Mehrheit der Österreicher ist für Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky. Wer Vranitzky will, muß ihn auch wählen.“*<sup>399</sup> Dieses sollte sicherlich vor allem die eigene Klientel zur Wahlurne bringen, denn es war ja zu befürchten, dass etliche potentielle SPÖ-WählerInnen am Wahltag zuhause bleiben würden, umso ihre Unzufriedenheit mit der Partei auszudrücken.

All diese Inserate waren sehr allgemein formuliert, boten kaum eine konkrete Aussage. Sie symbolisierten eindrucksvoll, dass die SPÖ voll auf ihren Spitzenkandidaten setzte und jegliche inhaltliche Argumente vermied.<sup>400</sup> Die SPÖ hatte in diesem Wahlkampf jedenfalls teilweise auf eine richtige Strategie gesetzt.

---

<sup>394</sup> profil Nr. 47 vom 17.11.1986, 28

<sup>395</sup> SPÖ-Inserat (1986). In: Neue Kronen Zeitung vom 13.11.1986, 21

<sup>396</sup> SPÖ-Inserat (1986). In: Neue Kronen Zeitung vom 15.11.1986, 13

<sup>397</sup> SPÖ-Inserat (1986). In: Neue Kronen Zeitung vom 15.11.1983, 13

<sup>398</sup> SPÖ-Inserat (1986). In: Arbeiter-Zeitung vom 12.11.1986, 14

<sup>399</sup> SPÖ-Inserat (1986). In: Salzburger Nachrichten vom 19.11.1986, 12

<sup>400</sup> Gruber, Wolfgang: Die Nationalratswahlkämpfe der SPÖ von 1970 – 1990, 100

Auch wenn sie am Ende sicherlich zu den Verlierern dieser Wahl zu zählen war, ist die Entscheidung auch in den Inseraten ganz auf den Spitzenkandidaten zu setzen, sicher eine richtige gewesen. Ernst Gehmacher folgerte:

*„Ohne ihn hätte die SPÖ im Wahlkampf zwar sicher wieder aufgeholt; doch die entscheidenden Prozentpunkte des Erfolges gegenüber der ÖVP wären ohne ihn nicht zu gewinnen gewesen.“<sup>401</sup>*

In Anbetracht der Situation in der sich die SPÖ vor Beginn des Wahlkampfes befunden hat, hat zumindest der Spitzenkandidat einen Erfolg zu verbuchen gehabt. Denn es ist dem Bundeskanzler und der SPÖ gelungen die ÖVP auf Platz zwei zu halten, Vranitzky hat also die Wahl gegen Alois Mock „gewonnen“ und konnte nach dem Wahlabend wieder den Führungs- und Kanzleranspruch stellen.<sup>402</sup>

#### 4.8 Das Ergebnis der Nationalratswahl 1986 vom 23. November 1986

Abb. 21:

Ergebniss der Nationalratswahl 1986				
Partei	KB	Stimmen	in %	Mandate
Sozialistische Partei Österreichs	SPÖ	2,092.024	43,1	80
Österreichische Volkspartei	ÖVP	2,003.663	41,3	77
Freiheitliche Partei Österreichs	FPÖ	472.205	9,7	18
Kommunistische Partei Österreichs	KPÖ	35.104	0,7	-
Die Grüne Alternative - Liste Freda Meissner-Blau	GRÜNE	234.028	4,8	8
Die Grünalternativen - Demokratische Liste	GAL	6.005	0,1	-
Kärntner Grüne - VGÖ - VÖGA - Unabhängige Gemeinderäte		1.059	0	-
Aktionsliste "Mir reicht's!"	MIR	8.100	0,2	-

Quelle: [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/nationalrat/NRW\\_1986.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1986.aspx) am 25.7.2011

##### 4.8.1 Die Auswirkungen des politischen Jahres 1986

Das Jahr 1986 ist zweifellos eines der bemerkenswertesten Jahre in der politischen Geschichte der Zweiten Republik. Es markiert das Ende der Dominanz der SPÖ, und zeigt eine massive Veränderung der Parteien und Wählerlandschaft in Österreich auf. Kurt Waldheim wird erster nichtsozialistischer Bundespräsident, die Grün-

<sup>401</sup> Gehmacher, Ernst: Nicht Wende, doch Warnung, 10

<sup>402</sup> Gruber, Wolfgang: Die Nationalratswahlkämpfe der SPÖ von 1970 – 1990, 102

Alternativen etablieren sich endgültig als vierte relevante politische Kraft und ziehen nach einem Achtungserfolg bei der Bundespräsidentenwahl nicht nur in den steirischen Landtag sondern schließlich auch in den Nationalrat ein. Die FPÖ, die im Laufe der XVI. Gesetzgebungsperiode bei den Landtagswahlen Verluste einstecken musste, schaffte nach einem turbulenten Obmannwechsel einen unerwarteten Wahlerfolg bei den Nationalratswahlen 1986. Markant ist auch die Situation bei der ÖVP, der zwar im Vorfeld große Chancen eingeräumt wurden erstmals nach Beginn der Kreisky-Ära wieder die Nummer eins zu werden, dieses Ziel aber nicht verwirklichen konnte. Zwar verlor die SPÖ ihre „langjährige hegemoniale Führungsrolle“, stellte aber nach wie vor den Bundeskanzler. Somit kehren die angeschlagenen Großparteien SPÖ und ÖVP nach zwanzigjähriger Unterbrechung wieder in eine Große Koalition zurück.<sup>403</sup> Eine Koalition, so würde eine Untersuchung der nachfolgenden Jahre zeigen, nur zum Vorteil der FPÖ gereicht hat. Der Politikwissenschaftler Plasser und der Meinungsforscher Ulram fassten das Jahr 1986 folgendermaßen zusammen:

*„Der Ausgang der Präsidentschaftswahlen wie der Nationalratswahl zeigt eine Parteien- und Wählerlandschaft im Umbruch. Abnehmende Bindungs- und Anziehungskraft der Großparteien, fortschreitende Auflösung traditioneller Lagerstrukturen, zunehmende Unberechenbarkeit des Wählerverhaltens und eine diffuse Wählerproteststimmung signalisieren tiefgreifende Veränderungen eines Parteiensystems, das über Jahrzehnte durch außerordentliche Stabilität und Konstanz gekennzeichnet war. Eine Ausweitung des Parteienspektrums durch die parlamentarische Institutionalisierung der Grün-Alternativen und gravierende Veränderungen in der strukturellen Zusammensetzung der FPÖ-Wählerschaft verschärfen den parteipolitischen Wettbewerb. Die Bildung einer Koalitionsregierung zwischen SPÖ und ÖVP als Konsequenz des Ausganges der Nationalratswahl verändert auch die institutionellen Rahmenbedingungen im österreichischen Parteiensystem. Das Wahljahr 1986 war somit nicht nur das Jahr der Wechselwähler, sondern auch der Beginn eines neuen Abschnittes der österreichischen Wahlgeschichte.“<sup>404</sup>*

---

<sup>403</sup> Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 31f

<sup>404</sup> Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 31

## 4.9 Analyse der Nationalratswahl vom 23. November 1986

### 4.9.1 Die Verlierer

Die SPÖ schaffte zwar wieder die relative Mehrheit, musste sich jedoch mit einem Stimmenverlust von rund 4,5 Prozentpunkten konfrontiert sehen. Damit fielen die Sozialisten auf den Wählerstand in den frühen 1950er-Jahren zurück. Seit 1979 hatte die SPÖ mehr als 320.000 Wählerinnen und Wähler verloren, das sind fast acht Prozentpunkte.<sup>405</sup> Oder mit den Worten Heinz Fischers:

*„Die SPÖ darf sich darüber freuen, stärkste Partei geblieben zu sein, aber sie darf den Verlust von 10 Mandaten seit der letzten Wahl und von 7,7 Prozent der Stimmen seit 1979 ebensowenig auf die leichte Schulter nehmen wie die Tatsache, daß der Vorsprung vor der ÖVP seit 1979 von 9,1 Prozent auf knapp 2,0 Prozent zusammengeschmolzen ist.“<sup>406</sup>*

Die ÖVP kann zwar ihren Abstand zur SPÖ verringern, schafft aber den Sprung an die Spitze nicht. Sie verliert weniger als SPÖ, nämlich 1,9 Prozentpunkte, und muss das bisher schlechteste Ergebnis seit 1945 verzeichnen.<sup>407</sup>

### 4.9.2 Die Gewinner

Die FPÖ schaffte es nicht nur, ihren Tiefpunkt in den vorangegangenen Jahren zu überwinden, sie verdoppelte sogar ihren Stimmenanteil aus dem Jahr 1983. Unter der Obmannschaft Jörg Haiders gelang ihr ein Wahlsieg und in Kärnten wurden die Freiheitlichen sogar zur Mittelpartei, die nur mehr sechs Prozentpunkte hinter der „Großpartei“ ÖVP rangierte.<sup>408</sup>

Die Grün-Alternativen schafften zwar nur einen kleinen Gewinn, zogen aber mit 4,8 Prozent erstmals in den Nationalrat ein und konnten acht Abgeordnete stellen.<sup>409</sup>

---

<sup>405</sup> Plasser, Fritz; Ullram, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 63

<sup>406</sup> Fischer, Heinz: Nationalratswahl 1986, 5

<sup>407</sup> Plasser, Fritz; Ullram, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 63

<sup>408</sup> ebenda

<sup>409</sup> ebenda



Das „profil“ schrieb über das Wahlergebnis am Tag nach der Wahl. Hier zusammenfassende Auszüge in Richtung Gewinner und Verlierer:

*„Die Freiheitlichen, drei Jahre mit Fred Sinowatz in Koalition und von Franz Vranitzky in der Regierung gehalten, führten eine Wahlkampf (sic!) als Oppositionspartei. Populistisch, demagogisch, kraftmeierisch, mit allen erlaubten und unerlaubten verbalen Tricks, bis hin zum sicheren Untergriff, kanalisierte Haider den Frust der Wähler in Richtung Blaupartei. [...] Trotz der Erdrutschverluste der SPÖ erreichte sie irgendwie ihr Wahlziel: Die Rettung der relativen Mehrheit. [...] Immerhin: Fredas (Freda Meissner-Blau, Anm.) Jünger können sich derzeit als viertstärkste Grünpartei Europas feiern. Nach Belgien, Luxemburg und der BRD marschieren sie auch hierzulande in beachtlicher Fraktionsstärke [...]. Die ÖVP, seit 16 Jahren in Opposition, kämpfte als Regierungspartei. Schon ganz auf das große Gemauschel mit der SPÖ eingestimmt, schien den schwarzen Parteistrategen nur mehr die Frage offen, ob Alois Mock Bundes- oder Vizekanzler werden sollte.“<sup>410</sup>*

Die „Neue Kronen Zeitung“ fasste das Wahlergebnis unter anderem folgend zusammen:

*„Abgeräumt haben [...] die Freiheitlichen, die mit Jörg Haider und dessen forschen Sprüchen – er weiß offensichtlich, wie die Leute der Schuh drückt – den Großparteien einheizten. Interessant an den ersten Wahlergebnissen war, daß zum Beispiel in Vorarlberg die ÖVP auf Kosten der FPÖ schwerste Verluste erlitten hat. Ganz anders lief es in den Industriegebieten, wo Haider den Sozialisten direkt Stimmen – und zwar in erstaunlich großem Ausmaß – abgenommen hat. [...] Daß die SPÖ, im Vergleich zu der Volkspartei, dennoch mit einem blauen Auge davorkam, hat sie ganz allein ihrem Spitzenkandidaten Franz Vranitzky zu verdanken. Er drehte den Spieß gegenüber der Volkspartei noch um, und verhalf den Sozialisten wenigstens zur relativen Mehrheit.“<sup>411</sup>*

#### 4.9.3 Analyse nach regionalen Gesichtspunkten

In dieser Analyse zeigte sich ein ausgeprägtes West-Ost-Gefälle. Die stärksten Verschiebungen im Parteien-Kräfteverhältnis gab es in West- und Südösterreich. In Wien, Niederösterreich und dem Burgenland waren die WählerInnenbewegungen im Vergleich zum Westen und Süden schwächer ausgefallen. Die SPÖ verlor vor allem in Kärnten, der Steiermark und in Tirol stark, aber auch in Wien, Oberösterreich und

---

<sup>410</sup> profil Nr. 48 vom 24.11.1986, 11-14

<sup>411</sup> Neue Kronen Zeitung vom 24.11.1986, 2f

Salzburg. Die ÖVP verlor vor allem im Westen Österreichs. Wo sie bei der vergangenen Wahl überdurchschnittlich dazugewonnen gehabt hatte, in Vorarlberg, Tirol, Salzburg und Oberösterreich, verlor sie 1986 hoch. Die Freiheitlichen gewannen hingegen gerade in diesen Bundesländern, beispielsweise in Vorarlberg, Salzburg und der Steiermark, wo sie 1983 am stärksten verloren gehabt hatten. Die Ausnahme war Kärnten, hier hatten sie schon bei der letzten Wahl ein kleines Plus zu verzeichnen gehabt. Das Ergebnis Grün-Alternativen lag in der Steiermark, in Nieder- und Oberösterreich und im Burgenland im Vergleich zu 1983 unter dem Durchschnitt. In Westösterreich und in der Bundeshauptstadt hingegen konnten sie ihre Position jedoch ausbauen.<sup>412</sup>

Abb. 22:

<b>Stimmenveränderung nach Bundesländern (NRW 1983/1986)<sup>413</sup></b>				
	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grün-Alt. Gesamt
Österreich	-4,5	-1,9	+4,7	+1,7
Wien	-4,2	-0,4	+1,4	+2,4
Niederösterreich	-3,5	-0,8	+3,1	+1,2
Steiermark	-5,4	-1,3	+5,9	+0,7
Burgenland	-2,4	-1,5	+3,1	+0,6
Oberösterreich	-4,2	-2,0	+5,0	+1,2
Tirol	-5,6	-4,2	6,9	+3,1
Salzburg	-4,5	-5,2	+7,9	+1,7
Vorarlberg	-1,8	-7,2	+4,2	+4,1
Kärnten	-5,7	-5,1	+10,2	+0,4

Die beiden Großparteien verloren in ihren wahlpolitisch wichtigen Bastionen überdurchschnittlich hoch. Die SPÖ wurde vor allem dort getroffen, wo sich der Strukturwandel von der Industrie hin zum Dienstleistungssektor vollzog. Die ÖVP verlor am geringsten in den Städten und in ländlichen Agrargemeinden, stärker jedoch in den klein- und mittelständischen Industrie- und Dienstleistungsgemeinden. Doch gerade dort hatte sie in den Jahren zuvor am meisten gegenüber den Sozialisten aufgeholt. In ländlichen Agrar-, Arbeiter- und Dienstleistungsgemeinden verlor sie mehr Stimmen an die Blauen als die Roten. Die Grünen gewannen in den Städten von den Großparteien, vor allem von der SPÖ. In klein- und mittelständischen Industrie- und Dienstleistungsgemeinden profitierte die FPÖ stärker von den SPÖ-Verlusten.<sup>414</sup>

<sup>412</sup> Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 63

<sup>413</sup> Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 64

<sup>414</sup> Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 64f

#### 4.9.4 Wer wählte warum welche Partei?

Bei der Motivanalyse für die SPÖ ergab sich, so Plasser und Ulram folgendes Bild: Ein Drittel wählte die SPÖ aus Stammwählermotiven, aus familiärer Tradition, emotionaler Verbundenheit bzw. organisatorischen Parteibindungen. 19 Prozent wählten rot, weil sie durch den Einsatz der SPÖ für Arbeitnehmeranliegen dazu motiviert worden waren. Weitere Motive für SPÖ-WählerInnen:

- 22 Prozent: Kompetenz- und (soziale) Leistungsvermutung
- 17 Prozent: die Persönlichkeit Franz Vranitzkys

Immerhin hatte jede/r zweite Wechselwähler/in, der zuvor die ÖVP gewählt hatte, ihren/seinen Wechsel zur SPÖ mit der Person des SP-Spitzenkandidaten begründet. Jede/r Fünfte begründete den Wechsel mit dem Arbeitnehmerengagement und jede/r Zehnte mit persönlichen bzw. beruflichen Vorteilen.<sup>415</sup>

Die Volkspartei wählten 36 Prozent, weil sie entweder StammwählerInnen waren, aus traditioneller Loyalität oder aus ideologisch-weltanschaulicher Verbundenheit. 17 Prozent der ÖVP-WählerInnen wollten einen politischen Wechsel und die Volkspartei zur stärksten Regierungspartei machen. Weitere Motive für ÖVP-WählerInnen:

- 27 Prozent: sachpolitische Kompetenz- und Leistungsvermutung
- 9 Prozent: emotionale Verbundenheits- und Sympathieargumente
- 13 Prozent: Protest- und Denkmotive – Unzufriedenheit und Kritik an der SPÖ

Mehr als ein Drittel, 35 Prozent, begründeten den Wechsel von der SPÖ zur Volkspartei mit dem Wunsch nach einer Wende bzw. einem Wechsel der Regierungspolitik. 26 Prozent der Wechselwähler wollten mit der Entscheidung für die ÖVP ihren Protest und ihre Unzufriedenheit mit der SPÖ-Politik zum Ausdruck bringen und für zehn Prozent standen wirtschaftspolitische Kompetenz- und Leistungsvermutung im Mittelpunkt.<sup>416</sup>

---

<sup>415</sup> Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 69

<sup>416</sup> ebenda

Interessant ist die Analyse von Plasser und Ulram bezüglich der Motivgründe für die Wahl der Freiheitlichen Partei. Hier war die Person Jörg Haider das Hauptmotiv für die WählerInnen. Von allen FPÖ-WählerInnen gaben ein Viertel bei einer exit poll an, die FPÖ wegen der Person „Jörg Haider allgemein“ gewählt zu haben. Bei den Wechselwählern ist dieser Anteil mit 31 Prozent höher und bei den FPÖ-Wählern, die sich erst wenige Tage vor der Wahl entschieden haben mit 34 Prozent noch höher. Auf Platz zwei folgt das Motiv „Hoffnung auf veränderte Impulse durch FPÖ“, auf drei „Jörg Haiders Einsatz für Sauberkeit und Privilegienabbau“ und auf Platz vier das Motiv „aus Protest und Unzufriedenheit“.<sup>417</sup>

*„Am Jahrmarkt der Schau- und Imagepolitik einer fortschrittlichen Fernsehdemokratie hat sein mediengerechter Präsentationsstil, seine unverbrauchte Jugendlichkeit, offensichtlich nicht nur für Journalisten außerordentlichen Neuigkeitswert besessen. Als medialer ‚newcomer‘ von der massenmedialen Kommentierung entweder favorisiert oder dämonisiert, konnte Jörg Haider die Medienbühne voll ausschöpfen und seinen ‚Newswert‘ optimal verwerten.“<sup>418</sup>*

Ein nationales oder rechtskonservatives Phänomen sahen der Politikwissenschaftler und der Meinungsforscher nicht, sondern sie begründeten den Wahlerfolg Haiders damit, dass es in der WählerInnenschaft ein Bedürfnis nach „neuen, attraktiven und unkonventionelleren Formen politischer Selbstdarstellung, griffigen und angriffigen Formulierungen und einen politischen Generationswechsel“<sup>419</sup> gab. Seinen Wahlerfolg verdanke er „dem massenmedialen Populismus einer schrankenlos personalisierten Schau- und Zirkuspolitik“.<sup>420</sup> Eine Zuneigung zum Programm, zur Ideologie oder Weltanschauung der FPÖ gaben nur 14 Prozent der freiheitlichen WählerInnen als Wahlmotiv an.<sup>421</sup> Der Sozialwissenschaftler Ernst Gemacher analysiert:

*„Die FPÖ sammelte nach dem Waldheim-Sieg und nach dem Wechsel der SPÖ zu Vranitzky ihre eigenen abtrünnig gewordenen Anhänger wieder ein und mobilisierte die rechts stehenden Unzufriedenen in der ÖVP – und auch in der SPÖ, wo sie Waldheim-Wähler ansprechen konnte. [...] Jörg Haider ‚legte‘*

---

<sup>417</sup> Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 68

<sup>418</sup> Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 69f

<sup>419</sup> Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 70

<sup>420</sup> ebenda

<sup>421</sup> Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 69f

*dann eine Wahlkampagne ,hin', die einen beachtlichen Teil der Sympathisanten auch in der Wahlzelle bewog, die FPÖ anzukreuzen.*<sup>422</sup>

Das Engagement der Grün-Alternativen in Umweltfragen war das ausschlaggebende Motiv für eine Stimme für diese Partei. Mit Abstand folgten die *Motive „Hoffnung auf frischen Wind“* im Parlament und das „alternative politische Erscheinungsbild der Grünen. Die Protestmotive und vor allem der Persönlichkeitsfaktor der Spitzenkandidatin waren bei den Wählern der nun kleinsten Parlamentspartei weitaus schwächer ausgeprägt als bei den Freiheitlichen.<sup>423</sup>

Gehmacher kam in seiner Analyse zu dem Schluss, dass es wie schon bei der Bundespräsidentenwahl eine *„Sammlung der Rechten“* gab, die durch Jörg Haider *„zu einem Erfolg umgemünzt“* wurde. In der Links-Rechts-Dimension erkannte Gehmacher ein Kopf-an-Kopf-Rennen, allerdings sei es der SPÖ besser gelungen, *„gegenüber Absplitterungen von seiten der Grünen oder der Kommunisten die Einheit zu wahren, als es der ÖVP glückte, alle antisozialistischen Wähler unter einen Hut zu bringen.“* Die Nationalratswahl war keine Persönlichkeitswahl und doch habe Vranitzkys gepunktet. Ganz im Gegenteil zur ÖVP, wo *„von einem ‚Zugpferd‘-Effekt des Spitzenkandidaten nicht die Rede sein kann“*, wie Gehmacher schrieb. Haider habe vor allem auf Jüngere, Selbstständige und Landwirte, auf die weniger gebildete Mittelschicht gewirkt so die Analyse des Sozialwissenschaftlers, habe aber auch Protestwähler angesprochen, *„die weder die FPÖ noch Haider sympathisch finden, aber es den Großparteien ,zeigen' wollen.“*<sup>424</sup>

#### **4.9.5 Wählerstromanalyse**

Plasser und Ulram kamen in ihrer Analyse zu dem Schluss, dass die Wählerbewegung bei dieser Nationalratswahl weit größer war, als dies in den saldierten Parteiprozentwerten erkennbar war.

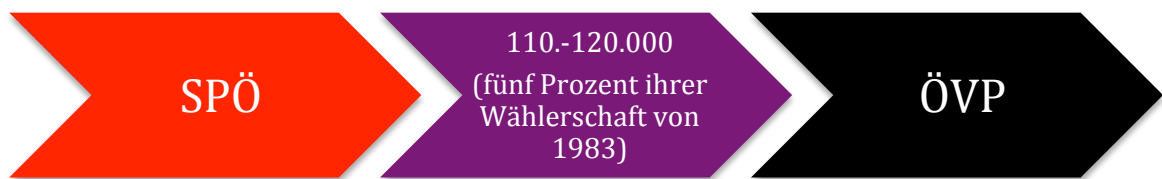
---

<sup>422</sup> Gehmacher, Ernst: Nicht Wende, doch Warnung, 10

<sup>423</sup> Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 70

<sup>424</sup> Gehmacher, Ernst: Nicht Wende, doch Warnung, 8f

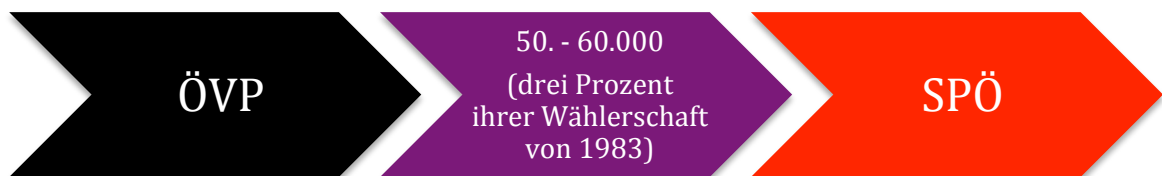
Abb. 23:



Quelle: Plasser, Fritz; Ulram Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 65

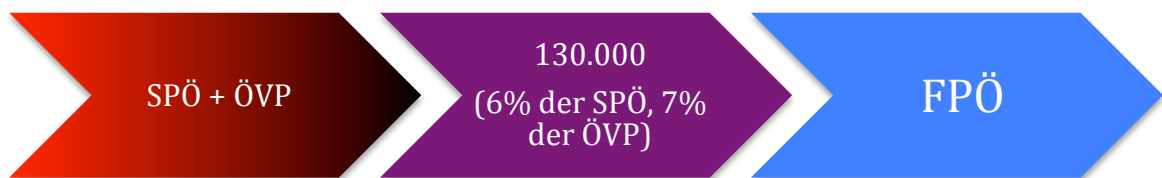
Am ausgeprägtesten ist dieser Wählerstrom in den städtischen Industrie- und Dienstleistungsgemeinden und in Ballungszentren und bedeutete, dass die SPÖ nach wie vor von den Auswirkungen des sekundären Strukturwandels betroffen war.

Abb. 24:



Quelle: Plasser, Fritz; Ulram Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 65

Abb. 25:



Quelle: Plasser, Fritz; Ulram Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 65

Zwei Prozent verloren die beiden Großparteien jeweils an die Grün-Alternativen. Geringe Verluste mussten SPÖ und ÖVP an Nichtwähler, ungültige Stimmen oder an KPÖ oder andere Kleinstparteien verzeichnen. Die FPÖ schaffte es zwar insgesamt rund 25.000 Wählerinnen und Wähler von den Großparteien abzuziehen, konnte aber nur zwei Drittel ihrer WählerInnen aus dem Jahr 1983 erfolgreich an sich binden. In diesem Bereich verlor sie vor allem an die Volkspartei. Zusammenfassend ließ sich aber feststellen, dass die Freiheitlichen den größten WählerInnenaustausch von allen Parteien vollzogen hatten. Zwar gaben die Grünen ebenso Stimmen von

1983 ab, vor allem an die Volkspartei, allerdings gewannen sie mehr von anderen Parteien dazu als sie an diese verloren.<sup>425</sup>

Abb. 26:

<b>Veränderungen im Wahlverhalten 1983/1986<sup>426</sup></b>				
in Prozent der befragten WählerInnen haben gewählt...	1986 SPÖ	1986 ÖVP	1986 FPÖ	1986 Grün
1983 SPÖ	<b>85</b>	5	6	2
1983 ÖVP	3	<b>88</b>	7	2
1983 FPÖ	7	19	<b>69</b>	5
1983 Grüne	6	25	2	<b>53</b>

Ein unterschiedliches Bild zeigte die Wählerstromanalyse von Ernst Gehmacher. So seien etwa von der SPÖ etwa 50.000 Wähler zur ÖVP und zu den Grünen gewandert und etwa 100.000 zu den Freiheitlichen.<sup>427</sup> In der Links-Rechts-Einteilung der Parteien, so Gehmacher, hätte es bei der Wahl Wanderungen gegeben, etwa acht Prozent der Wahlberechtigten seien nach rechts und etwa vier Prozent nach links gerückt.<sup>428</sup>

Bezüglich der Grünen stellte Gehmacher fest:

*„Die Vorgangsweise der Grünen bei der Kandidatennominierung, der Streit und die Spaltung in Wien haben deutlich Wirkung gezeigt. Viele potentielle Grünwähler, Wähler, die bei der Bundespräsidentenwahl Freda Meissner-Blau, bei der Nationalratswahl 1983 noch SPÖ, ÖVP oder noch nicht gewählt haben, waren stark verunsichert und haben sich in alle Richtungen zerstreut. [...] Die Grünen haben ihr Potential bei weitem nicht ausgeschöpft und sind, hauptsächlich aus eigenem Verschulden, deutlich unter ihren Werten [...] zurückgeblieben.“<sup>429</sup>*

#### 4.9.6 Wer waren die WechselwählerInnen?

Vor allem jüngere WählerInnen dominierten die WechselwählerInnen, genauso wie höher gebildete Menschen und Angestellte oder Beamte. Trotz der großen Wählerwanderung zwischen SPÖ und ÖVP profitierten am meisten die FPÖ und die

<sup>425</sup> Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 65

<sup>426</sup> Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 66: Quelle: Dr. Fessel + GfK, exit poll, bundesweite Wahltagsbefragung, N=2149

<sup>427</sup> Gehmacher, Ernst: Nicht Wende, doch Warnung, 12

<sup>428</sup> Gehmacher, Ernst: Nicht Wende, doch Warnung, 9

<sup>429</sup> Gehmacher, Ernst: Nicht Wende, doch Warnung, 10f

Grünen aus den in Bewegung gekommenen Wählerschichten aus dem Bereich der neuen, angestellten Mittelschicht und der jüngeren Bildungsschicht. Hier verloren beide Großparteien, bei den Sozialisten kamen allerdings noch Verluste in der Arbeiterschaft hinzu.<sup>430</sup> Die Landwirte blieben der ÖVP treu, bei den Selbstständigen und Freiberuflern gewann die FPÖ. Die SPÖ verliert in ihren Hochburgen in der Obersteiermark und in Wien Stimmen der Arbeiterschaft an die ÖVP und die Freiheitlichen. Die Angestelltenschaft, wo die Volkspartei in den Jahren zuvor Boden gut machen konnte, verlor sie diesen wieder und die Profiteure waren vor allem die Blauen, aber auch die Grünen.<sup>431</sup>

Wechselte ein ehemaliger ÖVP-Wähler, dann war das Motiv meist persönlichkeitsorientiert, bei den ehemaligen SPÖ-Wählern war das Protestmotiv ausgeprägter. Die WechselwählerInnen waren auch Spätentscheider, meist fällten sie ihren Entschluss erst in der Schlussphase des Wahlkampfes. Damit wurde in der Geschichte der Zweiten Republik erstmals eine Nationalratswahl im Verlauf des Wahlkampfes entschieden. Denn diesen späten Entschluss traf immerhin die Hälfte der Wechselwähler.<sup>432</sup>

#### **4.9.7 Was wählten die ErstwählerInnen?**

Nur ein jeweils starkes Drittel hat bei der Nationalratswahl 1986 jeweils eine der beiden Großparteien gewählt. Schmerzlich war dieser Umstand vor allem für die Volkspartei, bedeutete dies doch, dass die ÖVP ihren Vorsprung, den sie in dieser Gruppe seit 1983 innehatte, verloren hatte. Die jungen Erwachsenen wählten lieber Blau und Grün.

---

<sup>430</sup> Plasser, Fritz; Ullram, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 65f

<sup>431</sup> Plasser, Fritz; Ullram, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 66

<sup>432</sup> ebenda



Abb. 27:

<b>Wahlverhalten nach soziodemographischen Gruppen<sup>433</sup></b>						
in Prozent der Befragten am 23. November 1986 gewählt...	SPÖ	ÖVP	FPÖ	KPÖ	GRÜNE	ungültig
Männer	42	38	12	1	4	2
berufstätige Männer	41	38	13	1	4	2
nicht berufstätige Männer	44	37	11	1	5	2
Frauen	43	43	7	1	5	1
berufstätige Frauen	46	37	7	0	7	2
nicht berufstätige Frauen	34	49	8	1	7	1
Pensionistinnen	49	44	5	1	0	1
Erstwähler 1986	37	35	14	1	12	1
bis 29jährige	39	33	12	1	11	3
30-44jährige	43	37	11	1	5	2
45-59jährige	42	48	6	1	1	1
60-69jährige	44	45	8	1	1	1
70jährige und älter	46	43	9	0	1	1
Selbständige, freie Berufe	14	60	15	0	6	5
Beamte, öffent. Dienst	49	32	9	0	6	4
Angestellte	40	36	13	1	7	3
Facharbeiter, Meister, Vorarbeiter	56	26	11	2	4	1
Arbeiter (un-/angelernt)	59	28	8	1	3	1
Landwirte	1	93	5	0	1	0
Pensionisten	49	41	7	1	1	1
Hausfrauen	36	52	8	0	4	0
in Schulausbildung	19	38	9	4	23	7
Arbeitslose	38	34	8	0	13	7
Pflichtschulbildung	47	43	6	0	2	2
Fachschulbildung	45	38	11	1	3	2
Maturanten	33	41	10	2	11	1
Akademiker	19	52	14	0	10	2
Wahlentscheidung						
in der letzten Woche	23	35	28	2	11	1
vor 1 bis 2 Wochen	31	23	34	3	8	0
schon länger vorher	46	44	6	0	4	0
Stammwähler	50	45	3	0	1	0
Wechselwähler	10	24	39	3	22	0
Nichtwähler 1983	38	25	15	2	20	0

Zusammenfassend begründeten Plasser und Ulram das Wahlergebnis von 1986 unter anderem damit, dass das „*zunehmende diffuse Unbehagen am und im Parteienstaat*“<sup>434</sup> zu tiefgreifenden Konsequenzen geführt, dass dieses aber gleichzeitig präzisere Züge angenommen und so in eine „*populistische Antiparteiströmung*“<sup>435</sup> in der einen Richtung und in die grün-alternative Bewegung in die andere Richtung geführt hatte.<sup>436</sup>

<sup>433</sup> Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 67: Quelle: Dr. Fessel + GfK, Repräsentative Wahltagsbefragung (exit poll), N=2.149 Wähler nach Verlassen des Wahllokals, bundesweite Stichprobe.

<sup>434</sup> Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 70

<sup>435</sup> ebenda

<sup>436</sup> ebenda

Das bis dahin relative stabile österreichische WählerInnenverhalten hatte also eine große Veränderung erfahren. Die Entwicklung, die sich unter der Oberfläche des Parteiensystems vollzog, trat bei der Nationalratswahl 1986 zu Tage. Eine dieser Entwicklungen war die fortschreitende Auflösung der Lagerstrukturen. Dies führte zu einer größeren Mobilität der Wahlberechtigten und zu einer weiteren Angleichung des Sozialprofils der WählerInnen von SPÖ und ÖVP. Neue Themen und gesellschaftspolitische und thematische Prioritäten der WählerInnen hatten unmittelbare Auswirkungen auf ihr Wahlverhalten. Die Parteien- und Politiker-Verdrossenheit führte zu einem Anstieg bei den NichtwählerInnen – plus 2,1 Prozent der Wahlberechtigten, plus 5,5 Prozent allein in Wien – und zur Institutionalisierung der FPÖ.<sup>437</sup>

Die beiden Großparteien standen dieser Entwicklung teils hilflos gegenüber. Entweder konnten sie ihre politische Bedeutung nicht erfassen oder diese in ihren Parteistrukturen, Verhaltensformen oder mit den handelnden Personen nicht richtig verarbeiten. Verschärft wurde die Situation durch die Tatsache, dass sich die Eigengesetzlichkeit massenmedialer Kommunikation von den Handlungsspielräumen traditioneller Politik und von der Interessenlage und Problemsicht der Bevölkerung verstärkt abkoppelte. Das Parteiensystem erodierte. Die Dominanz der SPÖ war Geschichte. Die ÖVP schaffte es aber nicht, diese Position zu übernehmen. Sie konnte keine neue, mehrheitsfähige Wählerkoalition bilden und konnte keine festen Bindungen der WählerInnen an die Partei erreichen. Innerhalb von nur zwei Monaten Wahlkampf verlor sie einen Gutteil möglicher Neuwähler wieder.<sup>438</sup>

Gleichzeitig mit dem Ende der SPÖ-Dominanz begann im Jahr 1986 aber auch das Ende der Dominanz der beiden Großparteien. Die WählerInnen zeichneten sich erstmals deutlich durch hohe Mobilität, parteienkritische Haltung, Offenheit für neue politische Themen aus.<sup>439</sup>

In ihrer Analyse schließen Plasser und Ulram mit einem versuchten Ausblick, dass es sich weisen würde, ob diese Trends anhalten würden, ob die Großparteien wieder eine Trendumkehr schaffen würden, ob der FPÖ-Sieg ein einmaliges Erlebnis

---

<sup>437</sup> Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 70f

<sup>438</sup> Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 71

<sup>439</sup> Plasser, Fritz; Ulram Peter A.: Das Jahr der Wechselwähler, 72f

bleiben würde und ob sich die Grünen würden „halten“ können.<sup>440</sup> Aus heutiger Sicht kann man sagen: Ja, der Trend wird anhalten.

Nachdem es also der ÖVP nicht gelungen war die SPÖ vom Platz eins zu stoßen kam es am 17. Jänner 1987 zur Bildung einer großen Koalition unter Franz Vranitzky als Bundeskanzler.<sup>441</sup> Eine große Koalition, die es Jörg Haider ermöglichen sollte, viele Wahlsiege zu feiern.

---

<sup>440</sup> ebenda

<sup>441</sup> *Rudel*, Roland: Die beiden Kleinen Koalitionen SPÖ-FPÖ (1983-1986) und ÖVP-FPÖ (2000-2002), 26

## 5 Fazit und Schlussbemerkungen

Erstmals seit 16 Jahren hätte die ÖVP 1986 die Chance gehabt, so zumindest die Ausgangssituation laut den damaligen Meinungsumfragen, wieder Platz eins in der Wählergunst zu erobern, die SPÖ von der Spitze zu verdrängen und somit Alois Mock zum Bundeskanzler zu machen. Dieses Vorhaben misslang.

Im Gegensatz zur SPÖ, die einen runden, einen gleichmäßigen und einheitlichen Wahlkampf – auch zu erkennen in den Inseraten – abgeliefert hatte, stolperte die ÖVP mehr in diesen Wahlkampf und ließ eine einheitliche Linie vermissen. Sicher ein Mitgrund dafür war, so meine Meinung, dass die ÖVP keine klare Entscheidung getroffen hatte, ob sie einen Persönlichkeits- oder einen Themenwahlkampf führen wollte.

Die Grundbotschaften des Wahlkampfes der ÖVP, wie zum Beispiel die Forderung nach einer „Wende“, dass ein „neuer Anfang“ gemacht werde müsse, dass es eine „andere Politik“ brauche, war zwar auch vom Wähler – bei Arbeitsmarktpolitik, Verstaatlichtenpolitik, Wirtschaftspolitik, Demokratiep politik usw. – anerkannt, allerdings setzte die ÖVP diese Stimmung nicht für sich um. Die WählerInnen, die Protest artikulieren wollten, wählten andere, beispielsweise die FPÖ. Auch die von der Volkspartei plakatierte und in Inseraten eingesetzte Botschaft „16 Jahre SPÖ-Regierung sind genug“ wäre wahrscheinlich, so eine Mutmaßung, von den meisten WählerInnen unterschrieben worden, doch deshalb ÖVP zu wählen, dies konnte man nicht vermitteln.

Die Gründe dafür sind vielfältig, es lag sicher auch an der unterschiedlichen Darstellung des VP-Spitzenkandidaten. Die ganzseitigen Inserate zu Beginn des Wahlkampfes vermittelten das Bild eines dynamischen, sympathischen Mannes, seine Auftritte im Wahlkampf, speziell bei der TV-Konfrontation mit Vranitzky, zeigten dann ein anderes Bild: verkrampft, unlocker, müde, abgekämpft. Die ÖVP hatte im Wahlkampf dem „Kanzlerwahlkampf“ der SPÖ wenig entgegenzusetzen gehabt. Auch hatten die Strategen und Spitzenpolitiker der Volkspartei die FPÖ nicht nur unterschätzt, sondern im Wahlkampf fast gänzlich, in den Inseraten völlig, ignoriert.

Die Inserate der ÖVP zeichneten ein gutes Bild dieses „verpatzten“ Wahlkampfes. Obwohl man es eigentlich nicht wollte, obwohl man auch wusste, dass man es nicht sollte, nahm man das Match mit der SPÖ, die in ihren Inseraten – und überhaupt im Wahlkampf – klar auf den „Kanzlerbonus“ setzte auf und beteiligte sich an diesem Persönlichkeitswahlkampf. Zwar versuchte man auf der einen Seite die eigenen Themen mit der Persönlichkeit Mocks, beispielsweise Ehrlichkeit, Integrität usw., zu verknüpfen und auf der anderen Seite die Person Vranitzkys anzugreifen, doch vermischte man das mit der Linie des „Wendewahlkampfes“ und so ging die Kritik an der SPÖ und deren Politik der vergangenen 16 Jahre, mehr oder weniger unter und bald war etwas undeutlich, wofür die ÖVP jetzt stand, welches Profil sie hatte. Mit der Negativ-Kampagne betreffend des angeblichen „ÖVP-Geheimpapiers“ gelang der SPÖ ein richtiggehender Volltreffer in diesem Wahlkampf auf Inserate-Ebene. Schoss sie doch damit das Steuerthema, eines der Hauptthemen der ÖVP, regelrecht ab.

Die ÖVP konnte, obwohl sie diese Botschaft auch einsetzte, nicht vermitteln, dass wer die Wende wollte, auch ÖVP wählen musste. Demgegenüber stand die SPÖ, die klar für ihren Spitzenkandidaten warb und damit zumindest nicht so viel verlor, wie die ÖVP. Der ÖVP gelang es nicht, auch dem Spitzenkandidaten der SPÖ den „Schwarzen Peter“ für steigende Arbeitslosigkeit, VOEST-Debakel usw. anzuhängen. Die ÖVP griff zwar in den Inseraten die SPÖ und deren Politik heftig an, doch gerade diese war ja eigentlich unterrepräsentiert – man sah überall nur Vranitzky – nicht die Partei. Und die Angriffe der ÖVP auf die SPÖ waren bei Weitem nicht so erfolgreich wie die SPÖ-Kampagne zum „ÖVP-Geheimpapier“.

Die ÖVP hatte es nicht geschafft, dass diese Nationalratswahl eine Abstimmung über Themen und Konzepte wird, sondern – nach einer wochenlangen Diskussion über Koalitionsformen, Ministerlisten etc. – zum einen Teil über Personen, wo Vranitzky und Haider attraktiver waren als Mock, zum anderen Teil über Koalitionsformen. Zuletzt wurde die Wahl zu einer Abrechnung mit den Großparteien und nicht den Regierungspartei, wobei die FPÖ – eigentlich als eine solche – und die „Grünen“ besser punkten konnten und die ÖVP als Oppositionspartei erstaunlicherweise durch die Finger schaute.

Der Inseratewahlkampf der ÖVP ging also im Prinzip genauso daneben, wie der gesamte Wahlkampf der Volkspartei. Die Kritikpunkte, was die SPÖ in den vergangenen 16 Jahren alles falsch gemacht hatte – die steigende Arbeitslosigkeit, Fehler in der Steuer-, Schulden-, Pensions-, Verstaatlichten- und Umweltpolitik wurden Vranitzky nicht in dem Maß angekreidet, dass er wirklich Sympathiewerte einbüßte. Die Kampagne der SPÖ schlug klar die der Volkspartei, – auch wenn man sich das ursprüngliche Wahlziel der beiden Parteien vor Augen führt.

Das von der ÖVP propagierte „Neue Österreich“ schaute nach dieser Wahl so aus, dass die Großparteien in einer Art Zwangskoalition gegen „blaue Erfolge“ würden ankämpfen müssen und dabei immer mehr an Wählerpotential verlieren, um irgendwann zu Mittel- und Kleinparteien zu werden.

## 6 Bibliographie

### 6.1 Unveröffentlichte Quellen

**Archiv des Karl von Vogelsang Instituts zur Erforschung der Geschichte der christlichen Demokratie in Österreich (KvVI):** Signatur 008:  
Nationalratswahl 86:

Institut für empirische Sozialforschung (IFES): Telefonumfrage: TV-Diskussion Vranitzky-Mock, Stichprobe: Selektionierte Subpopulation (=Sendungsseher) (Wien, November 1986)

Jurka, Karl: Nationalratswahlkampf 1986. Bericht des Organisationsreferenten, hergestellt für die Landesparteisekretärekonferenz am 9.12.1986 (Wien am 5.12.1986)

Khol, Andreas: Nationalratswahl 1986. Laut Khol eine „kritische Analyse“ (5.12.1986)

Media Service. Gesellschaft für Informationen, Dokumentationen und Analysen Ges.m.b.H.: Transkript Inlandsreport extra vom 6.11.1986, TV-Duell – Vranitzky/Mock (Wien am 13.11.1986).

Mock, Alois: Brief von Dr. Alois Mock an Funktionäre und Mitglieder der Österreichischen Volkspartei (Wien Oktober 1986)

Mock, Alois: Brief des ÖVP-Bundesparteibeamten Dr. Alois Mock (Wien, Ende Oktober 1986)

ÖVP-Pressedienst, Vorausmeldung vom 22.11.1986 der Schlußerklärung Mocks. (Wien 1986)

Plasser, Fritz: Die Nationalratswahl 1986: Dokumentation, Analyse und politische Konsequenzen. Für die Abteilung Politische Grundlagenforschung der ÖVP-Bundesparteileitung unter Mitwirkung von Franz Sommer (Forschungsteam Wahlen der ÖVP-Bundesparteileitung) (Wien 19.12.1986)

Steinbauer, Heribert: Analyse Nationalratswahlkampf 1986 (Wien am 5.12.1986)

Das ÖVP-Steuerkonzept (Oktober 1986)

**ÖVP-Bundespartei, Abteilung Dokumentation:** Ordner zur Nationalratswahl 1986:

Mock, Alois: Rede Mocks „Österreich vor der Wende“ (12.11.1986)

Mock, Alois: Erklärung zur Lage der Nation (Oktober 1986)

Mock, Alois: Erklärung zur Lage der Nation (Jänner 1986)

Mock, Alois: Einleitungsstatement von BPO Dr. Mock anlässlich des Zukunftskongresses der ÖVP (Linz 12.4.1985)

Mock, Alois: Schlussreferat „Österreich in die Zukunft führen“ von BPO Dr. Mock anlässlich des Zukunftskongresses der ÖVP (Linz, 12.4.1985)

Mock, Alois: Erklärung zur Lage der Nation (Jänner 1985)

## 6.2 Literaturverzeichnis

**Althuber, Thomas:** Die Inszenierung von Wahlkämpfen (gedr. geisteswissenschaftliche Diplomarbeit der Universität Wien 2008)

**Bundespressediens (Hg.):** Die Nationalratswahlen in Österreich. Information zum 23. November 1986 (Wien 1986)

**Chorherr, Thomas:** Eine kurze Geschichte der ÖVP. Ereignisse, Persönlichkeiten, Jahreszahlen (Wien 2005)

**Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis, Herbert; Horner, Franz; Kramer, Helmut; Lauber, Volkmar; Müller, Wolfgang C.; Talós, Emmerich (Hg.):** Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik (Wien 1997)

**Dachs, Herbert:** Grünalternative Parteien. In: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis, Herbert; Horner, Franz; Kramer, Helmut; Lauber, Volkmar; Müller, Wolfgang C.; Talós, Emmerich (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik (Wien 1997)

**Dusek, Peter; Weinzierl, Erika; Pelinka, Anton (Hg.):** Zeitgeschichte im Aufriß. Österreich seit 1918. 50 Jahre Zweite Republik, 4. ergänzte Auflage (Wien 1995)

**Eichtinger, Martin; Wohnout, Helmut:** Alois Mock. Ein Politiker schreibt Geschichte (Wien, Graz, Klagenfurt 2008)

**Filzmaier, Peter; Plaikner, Peter; Duffek Karl A. (Hg.):** Mediendemokratie Österreich (Wien 2007)

**Filzmaier, Peter; Karmasin, Matthias; Klepp, Cornelia (Hg.):** Politik und Medien, Medien und Politik (Wien 2006)

**Gehler, Michael:** Dämonisierung. In: Gehler, Michael, Sickinger, Hubert (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim (Thaur, Wien, München 1995)

**Gehler, Michael, Sickinger, Hubert (Hg.):** Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim (Thaur, Wien, München 1995)



**Gehmacher, Ernst:** Nicht Wende, doch Warnung. In: Zukunft 1 1987 (Wien 1987)

**Gruber, Wolfgang:** Die Nationalratswahlkämpfe der SPÖ von 1970 – 1990. Ein Beispiel für die Übernahme ökonomischer Werbemethoden in die politische Werbung (gedr. geisteswissenschaftliche Diplomarbeit der Universität Wien 1994)

**Hanisch, Ernst:** Österreichische Geschichte 1890-1990. Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert (Wien 1994)

**Höbelt, Lothar:** Die Bundespräsidentenwahlen in der 1. und 2. Republik. In: Reiter, Erich (Hg.): Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe des Instituts für politische Grundlagenforschung, Heft 7 (Wien 1986)

**Höbelt, Lothar:** Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU (Graz 1999)

**Karner, Stefan:** Die Österreichische Volkspartei. Ein Abriss ihrer Entwicklung 1945-1995. In: Khol, Andreas; Lopatka, Reinhold; Molterer, Wilhelm (Hg.): Zukunftsfest. 60 Jahre Österreichische Volkspartei (Wien 2005)

**Kohl, Andreas; Ofner, Günther; Stirnemann, Alfred (Hg.):** Österreichisches Jahrbuch für Politik 1986 (Wien 1987)

**Khol, Andreas; Lopatka, Reinhold; Molterer, Wilhelm (Hg.):** Zukunftsfest. 60 Jahre Österreichische Volkspartei (Wien 2005)

**Konecny, Albrecht:** Saubere Fronten. In: Zukunft 10 Oktober (Wien 1986)

**Konecny, Albrecht:** Große, kleine oder gar keine Koalition. In: Zukunft 11 (Wien 1986)

**Konecny, Albrecht:** Kein schwarzer November. In: Zukunft 1 1987 (Wien 1987)

**Kremser, Barbara:** Imageanalyse des FPÖ-Politikers Jörg Haider anhand der FPÖ-Wahlkampfplakate der Nationalratswahlen 1986 – 1995 (gedr. geisteswissenschaftliche Diplomarbeit der Universität Wien 1997)

**Kriechbaumer, Robert; Schausberger, Franz; Weinberger, Hubert (Hg.):** Volkspartei – Anspruch und Realität. Zur Geschichte der ÖVP seit 1945. Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für Politisch-Historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg 2 (Wien, Köln, Weimar 1995)

**Leitner, Petra B.:** Veränderungen des österreichischen Parteiensystems durch Grün-Alternative Parteien in den 80er Jahren. Zur Etablierung des Umweltthemas in Österreich (gedr. geisteswissenschaftliche Diplomarbeit der Universität Linz 1993)

**Luther, Kurt Richard:** Wahlstrategien und Wahlergebnisse der österreichischen Rechtspopulismus 1986 – 2000. In: Plasser, Fritz; Ulram, Peter (Hg.): Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahl 2006 (Wien 2007)

**Mock, Alois:** ...für Österreich. Meine politischen Konzepte (Wien 1986)

**ÖVP-Bundesparteileitung:** Österreich zuerst. Das Mock-Programm für eine Wende zum Besseren. In: Mitarbeiterzeitung Nr. 5a/86 (Wien 1986)

**Osberger, Elisabeth:** ÖVP-Medienpolitik in der Zweiten Republik. Eine Analyse anhand ausgewählter medienpolitischer Problemstellungen (gedr. geisteswissenschaftliche Diplomarbeit der Universität Wien 2003)

**Pelinka, Anton; Plasser, Fritz (Hg.):** Das österreichische Parteiensystem (Wien, Graz, Köln 1988)

**Plasser, Fritz; Ulram Peter A.:** Das Jahr der Wechselwähler. Wahlen und Neustrukturierung des österreichischen Parteiensystems 1986. In: Kohl, Andreas; Ofner, Günther; Stirnemann, Alfred (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1986 (Wien 1987)

**Plasser, Fritz:** Parteien unter Stress. Zur Dynamik der Parteiensysteme in Österreich, der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten (Wien, Köln, Graz 1987)

**Plasser, Fritz; Ulram, Peter (Hg.):** Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahl 2006 (Wien 2007)

**Pruckner, Othmar:** Eine kurze Geschichte der Grünen. Ereignisse, Persönlichkeiten, Jahreszahlen (Wien 2005)

**Reich, Anna M.:** Von der Inhaltswahl zur Persönlichkeitswahl und wieder zurück. Political Campaigning einst und jetzt. Ein Vergleich der Wahlplakate von sozialdemokratischer Partei und Volkspartei von der Ersten Republik bis 2006 (gedr. geisteswissenschaftliche Diplomarbeit der Universität Wien 2008)

**Reiter, Erich (Hg.):** Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe des Instituts für politische Grundlagenforschung, Heft 7 (Wien 1986)

**Rudel, Roland:** Die beiden Kleinen Koalitionen SPÖ-FPÖ (1983-1986) und ÖVP-FPÖ (2000-2002). Eine vergleichende Analyse der politischen Kultur unter spezieller Berücksichtigung der parlamentarischen Ordnungsrufe (gedr. geisteswissenschaftliche Diplomarbeit der Universität Wien 2007)

**Schandl, Franz; Schattauer, Gerhard:** Die Grünen in Österreich. Entwicklung und Konsolidierung einer politischen Kraft (Wien 1996)

**Schattauer, Gerhard:** Die grüne Einigung. Die Grünalternativen zwischen Organisation und Kandidatur. Zur Auseinandersetzung um den politischen Charakter der Österreichischen Grünalternativen von der Hainburgbewegung bis zu den Nationalratswahlen 1986 (gedr. geisteswissenschaftliche Dissertation der Universität Wien 1993)

**Steininger, Gerhard:** Das dritte Lager. Aufstieg nach dem Fall (Wien 2007)

**Tóth, Barbara:** Die „Jetzt erst recht“ Wahlbewegung. In: Tóth, Barbara; Czernin, Hubertus (Hg.): 1986. Das Jahr, das Österreich veränderte (Wien 2006)

**Tóth, Barbara; Czernin, Hubertus (Hg.):** 1986. Das Jahr, das Österreich veränderte (Wien 2006)

**Vocelka, Karl:** Geschichte Österreichs. Kultur – Gesellschaft – Politik (Graz, Wien, Köln 2006)

**Vranitzky, Franz:** Politische Erinnerungen (Wien 2004)

**Wachter, Hubert:** Alois Mock. Ein Leben für Österreich (St. Pölten, Wien 1994)

**Weinzierl, Erika:** Zeitgeschichte im Überblick. In: Dusek, Peter; Weinzierl, Erika; Pelinka, Anton (Hg.): Zeitgeschichte im Aufriß. Österreich seit 1918. 50 Jahre Zweite Republik, 4. ergänzte Auflage (Wien 1995)

**Wochesländer, Jutta:** Die Rolle der Medien bei den Nationalratswahlen der Zweiten Republik. Ein historischer Längsschnitt vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wandels (gedr. human- und sozialwissenschaftliche Dissertation der Universität Wien 2002)

### 6.3 Quellen aus dem Internet

**Bundesministerium für Inneres (BM.I.),** Wahlen, Nationalratswahl, Historischer Rückblick, (alle 25.7.2011): online unter

- [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/nationalrat/NRW\\_1945.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1945.aspx)
- [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/nationalrat/NRW\\_1949.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1949.aspx)
- [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/nationalrat/NRW\\_1953.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1953.aspx)
- [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/nationalrat/NRW\\_1956.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1956.aspx)
- [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/nationalrat/NRW\\_1959.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1959.aspx)
- [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/nationalrat/NRW\\_1962.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1962.aspx)
- [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/nationalrat/NRW\\_1966.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1966.aspx)
- [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/nationalrat/NRW\\_1970.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1970.aspx)
- [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/nationalrat/NRW\\_1970\\_wh.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1970_wh.aspx)
- [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/nationalrat/NRW\\_1971.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1971.aspx)
- [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/nationalrat/NRW\\_1975.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1975.aspx)
- [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/nationalrat/NRW\\_1979.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1979.aspx)
- [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/nationalrat/NRW\\_1983.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1983.aspx)
- [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/nationalrat/NRW\\_1986.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1986.aspx)

**Bundesministerium für Inneres (BM.I.):** Alle Volksbegehren der zweiten Republik:

- [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/volksbegehren/Alle\\_Volksbegehren.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/volksbegehren/Alle_Volksbegehren.aspx) (online am 25.7.2011)

## 6.4 Zeitungen und Zeitschriften

### Monatszeitschriften:

- Zukunft 10 Oktober 1986 (Wien 1986)
- Zukunft 11 November 1986 (Wien 1986)
- Zukunft 12 Dezember 1986 (Wien 1986)
- Zukunft 1 Jänner 1987(Wien 1987)

### Wochenzeitschriften:

- **profil:** Nr. 49, 2.12.1985; Nr. 41, 6.10.1986; Nr. 43, 13.10.1986; Nr. 44, 27.10.1986; Nr. 45, 3.11.1986; Nr. 47, 17.11.1986; Nr. 48, 24.11.1986
- **Die Ganze Woche:** 6.11.1986

### Tageszeitungen (alle 1986):

- **Neue Kronen Zeitung:** 11.10., 17.10., 18.10., 25.10., 27.10., 28.10., 30.10., 31.10., 1.11., 3.11., 4.11., 5.11., 6.11., 7.11., 8.11., 10.11., 11.11., 12.11., 13.11., 14.11., 15.11., 18.11., 19.11., 20.11., 22.11., 24.11.
- **Kurier:** 12.10., 18.10., 22.10., 23.10., 24.10., 25.10., 26.10., 28.10., 30.10., 31.10., 1.11., 3.11., 4.11., 5.11., 6.11., 7.11., 8.11., 9.11., 10.11., 11.11., 14.11., 15.11., 16.11., 17.11., 18.11., 19.11., 20.11., 21.11., 18.12.
- **Kleine Zeitung:** 18.10., 24.10., 27.10., 30.10., 31.10., 1.11., 12.11., 16.11., 18.11., 20.11., 23.11.
- **Arbeiter-Zeitung:** 27.10., 31.10., 3.11., 12.11., 19.11., 22.11.
- **Die Presse:** 17.10., 29.10., 7.11.
- **Oberösterreichische Nachrichten:** 25.10., 27.10., 30.10., 31.10.
- **Salzburger Nachrichten:** 12.11., 19.11., 22.11.
- **Salzburger Volkszeitung:** 8.11.
- **Neues Volksblatt:** 3.11., 4.11., 5.11., 12.11.
- **Tiroler Tageszeitung:** 14.11., 17.11., 18.11., 20.11.
- **Süd-Ost Tagespost:** 5.11., 22.11.
- **Neue Vorarlberger Tageszeitung:** 19.11.
- **Vorarlberger Nachrichten:** 4.11.
- **Neue Tiroler Zeitung:** 12.11.
- **Die Furche:** 14.11.
- **Neue Zeit:** 21.11.

### Sonstige:

- ÖVP-Bundesparteileitung: Mitarbeiterzeitung Nr. 5a/86 (Wien 1986)

## 7 Abbildungen

### Tabellen:

- Abb. 1: Das Ergebnis der Nationalratswahl 1945
- Abb. 2: Das Ergebnis der Nationalratswahl 1949
- Abb. 3: Das Ergebnis der Nationalratswahl 1953
- Abb. 4: Das Ergebnis der Nationalratswahl 1956
- Abb. 5: Das Ergebnis der Nationalratswahl 1959
- Abb. 6: Das Ergebnis der Nationalratswahl 1962
- Abb. 7: Das Ergebnis der Nationalratswahl 1966
- Abb. 8: Das Ergebnis der Nationalratswahl 1970
- Abb. 9: Das Ergebnis der Nationalratswahl 1970 (unter Berücksichtigung der Wahlwiederholung vom 4.10.1970)
- Abb. 10: Das Ergebnis der Nationalratswahl 1971
- Abb. 11: Das Ergebnis der Nationalratswahl 1975
- Abb. 12: Das Ergebnis der Nationalratswahl 1979
- Abb. 13: Das Ergebnis der Nationalratswahl 1983
- Abb. 14: Wahlstimmungsbefragung, Unterschied 1981 und 1986
- Abb. 15: Thematische Schwerpunkte der Medienberichterstattung 1986
- Abb. 16: Themenkriterien im Zeittrend
- Abb. 17: Argumentationsstärke im Trend
- Abb. 18: Wahlabsichten im Trend
- Abb. 19: Stimmungsklima im Trend
- Abb. 20: Wahlchancen im Trend
- Abb. 21: Das Ergebnis der Nationalratswahl 1986
- Abb. 22: Stimmenveränderung nach Bundesländern
- Abb. 23: Wählerstromanalyse: SPÖ-Wählerwanderung zur ÖVP
- Abb. 24: Wählerstromanalyse: ÖVP-Wählerwanderung zur SPÖ
- Abb. 26: Wählerstromanalyse: SPÖ+ÖVP-Wählerwanderung zur FPÖ
- Abb. 27: Veränderungen im Wahlverhalten
- Abb. 28: Wahlverhalten nach soziodemographischen Gruppen

### Inserate und Plakate (im Anhang):

- Abb. 29 und 30: Beispiele für Kleinanzeigen der ÖVP
- Abb. 31, 32, 33, 34, 35, 36: Beispiel für ganzseitige Inserate der ÖVP – Präsentation des Spitzenkandidaten in Verbindung mit Sachargumenten
- Abb. 37: Beispiel für eine Anzeige der Schlussrunde
- Abb. 38, 39, 40: Beispiele für Plakate der ÖVP
- Abb. 41: Titelbild des ÖVP-Wahlprogramms 1986

## Anhang

Beispiele für Inseratesujets<sup>442</sup> und Plakate<sup>443</sup> aus dem Nationalratswahlkampf 1986:

Abb. 29:



<sup>442</sup> KvVI: Ergänzungsmappe November 1986 Anzeigen für das Finale, 19\_10\_1986

<sup>443</sup> KvVI: NRW 86 Plakat - Dias ÖVP u SPÖ Portraits

Abb. 30:

Fertige Druckunterlagen. Bitte nur ausschneiden und Ihrer Druckerei übergeben.



<p><b>Nach 16 Jahren sozialistischer Regierung: 600 Milliarden Schulden und die höchste Arbeitslosenrate seit 30 Jahren. Darum will die SPÖ nicht über die Vergangenheit sprechen.</b></p> <p><b>Höchste Zeit für bessere Zeiten.</b></p>  <p><b>Die ÖVP.</b></p>	<p><b>2.550 Kündigungen bei Steyr. 3,8 Millionen Abfertigung für Vranitzky.</b></p> <p><b>Höchste Zeit für bessere Zeiten. Die ÖVP.</b></p> 
<p><b>Die sozialistische Regierung hat durch Ölspekulation und Mißwirtschaft in der Verstaatlichten Milliarden verpulvert. Die Rechnung zahlt der Steuerzahler.</b></p> <p><b>Höchste Zeit für bessere Zeiten.</b></p>  <p><b>Die ÖVP.</b></p>	<p><b>2.550 Kündigungen bei Steyr. 3,8 Millionen Abfertigung für Vranitzky.</b></p> <p><b>Höchste Zeit für bessere Zeiten. Die ÖVP.</b></p> 
<p><b>CA und Länderbank zahlen Vranitzky 3,8 Millionen Abfertigung. Der Steuerzahler zahlt CA und Länderbank 10 Milliarden Subventionen.</b></p> <p><b>Höchste Zeit für bessere Zeiten.</b></p>  <p><b>Die ÖVP.</b></p>	<p><b>2.550 Kündigungen bei Steyr. 3,8 Millionen Abfertigung für Vranitzky.</b></p> <p><b>Höchste Zeit für bessere Zeiten. Die ÖVP.</b></p> 
<p><b>CA und Länderbank zahlen Vranitzky 3,8 Millionen Abfertigung. Der Steuerzahler zahlt CA und Länderbank 10 Milliarden Subventionen.</b></p> <p><b>Höchste Zeit für bessere Zeiten.</b></p>  <p><b>Die ÖVP.</b></p>	<p><b>2.550 Kündigungen bei Steyr. 3,8 Millionen Abfertigung für Vranitzky.</b></p> <p><b>Höchste Zeit für bessere Zeiten. Die ÖVP.</b></p> 

Abb. 31:

Fertige Druckunterlage. Bitte nur ausschneiden und Ihrer Druckerei übergeben.



# Das Volk zählt mehr als die Partei: Volks-Partei.



Demokratie heißt Herrschaft des Volkes. Und nicht Herrschaft der Parteien. Doch die sozialistische Regierung hat die Meinung der Staatsbürger oft nicht entsprechend ernst genommen. Hier nur ein paar Beispiele: Sie baute den Konferenzpalast, obwohl 1,3 Millionen Österreicher dagegen waren. Um die Aulandschaft in Hainburg besorgte österreichische Staatsbürger ließ sie verprügeln, anstatt mit ihnen weiter zu verhandeln. Der Geldverschwendung – vom VOEST-Debakel bis hin zum Kauf schrottreifer Abfangjäger – haben wir Österreicher auch nie zugestimmt.

Wir Österreicher sind dafür, daß ein Volksbegehren mit mehr als 500.000 Unterschriften automatisch eine bundesweite Volksabstimmung bewirkt. Dadurch können wir alle bei wichtigen Entscheidungen endlich wieder direkt mitreden. Und wir Österreicher sind für das Persönlichkeitswahlrecht. Dadurch kann jeder Staatsbürger entscheiden, welcher Politiker ihn im Parlament, im Landtag oder im Gemeinderat vertreten soll, ohne unbedingt dessen Partei mitwählen zu müssen. Anonyme Abgeordnete werden so endlich zu persönlich verantwortlichen Volks-Vertretern. Es ist höchste Zeit für mehr direkte Demokratie. Es ist höchste Zeit für bessere Zeiten.



**Mock. Der Mann, der's besser macht. Die ÖVP.**



Abb. 32:

Fertige Druckunterlage. Bitte nur ausschneiden und Ihrer Druckerei übergeben.

**Der Staat sind die Bürger.**



Uns Österreichern geht es nicht um Parteienkombinationen. Der Machterhaltung um jeden Preis haben wir Österreicher bei der Bundespräsidentenwahl eine deutliche Abfuhr erteilt. Uns Österreichern geht es um eine ehrliche, demokratische Vertretung des Willens aller Staatsbürger unserer Heimat. Um ein neues moralisches Verantwortungs-bewußtsein dem Menschen, dem einzelnen Bürger gegenüber. Und der Familie als der wichtigsten Zelle des Staates. Demokratie heißt Herrschaft des Volkes – nicht Herrschaft der Parteien. Die Demütigung, daß man ein Parteibuch braucht, um z. B. zu einer Wohnung oder zu einem Posten zu kommen, muß endlich ein Ende haben. Die sozialistische Meinung „Ohne Partei bist Du nichts“ lehnen wir Österreicher aus tiefem Herzen ab. Wir Österreicher wollen mehr Bewegungs-freiheit. Durch weniger Bürokratie, weniger Steuern, weniger staatliche Eingriffe und durch flexiblere Arbeitszeit. Wir können was. Wir leisten was. Und das wird sich bald wieder lohnen. Es ist höchste Zeit für bessere Zeiten!



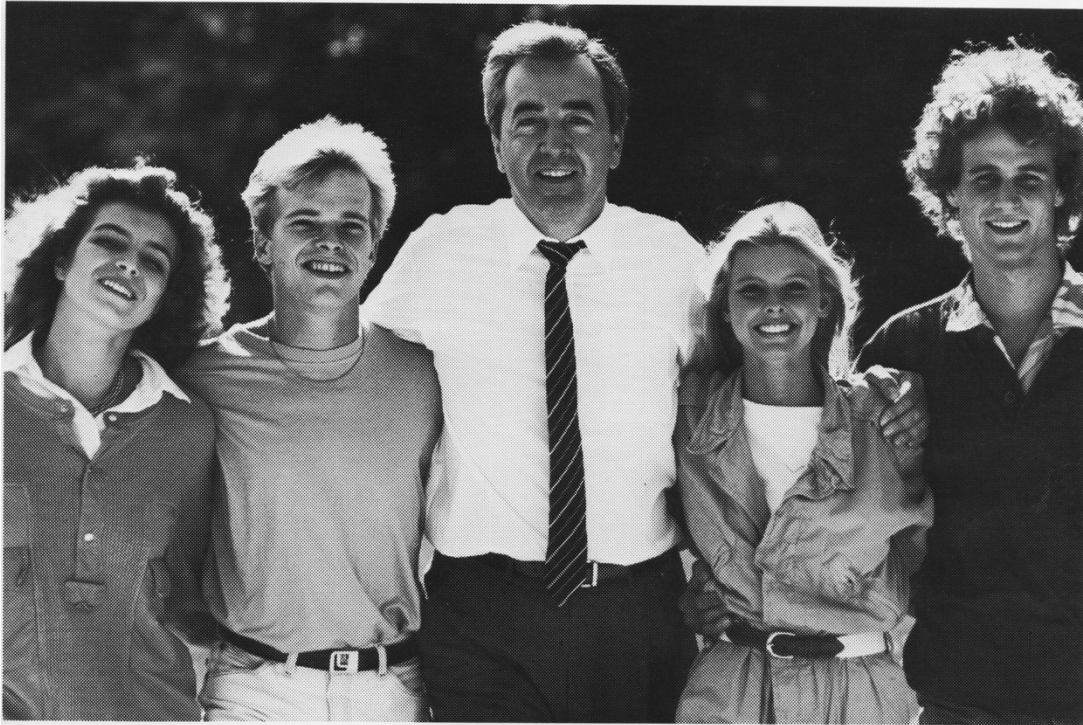
**Mock. Der Mann, der's besser macht. Die ÖVP.**

Abb. 33:

Fertige Druckunterlage. Bitte nur ausschneiden und Ihrer Druckerei übergeben.



## ***Wir werden die Jugend vertreten – nicht vertrösten.***



*Fast jeder 3. Arbeitslose in Österreich ist unter 25. Heuer mußten allein von Jänner bis März 54.000 junge Menschen stempeln gehen. Ohne Hoffnung in der Schlange stehen ist nicht der richtige Job für diejenigen, die die Zukunft Österreichs gestalten sollen.*

*Wir werden die Wirtschaft wieder in Schwung bringen und geben den jungen Menschen von heute die Chance, ihre Vorstellungen von der Zukunft zu verwirklichen. Betriebe, die junge Menschen beschäftigen, werden steuerlich begünstigt. Durch gezieltere, praxisbezogene Ausbildung werden die jungen Leute bald wieder den Job finden, der ihren Vorstellungen entspricht. Damit sie ihr Leben wieder planen können, anstatt nur von besseren Zeiten träumen zu müssen. Höchste Zeit für bessere Zeiten!*



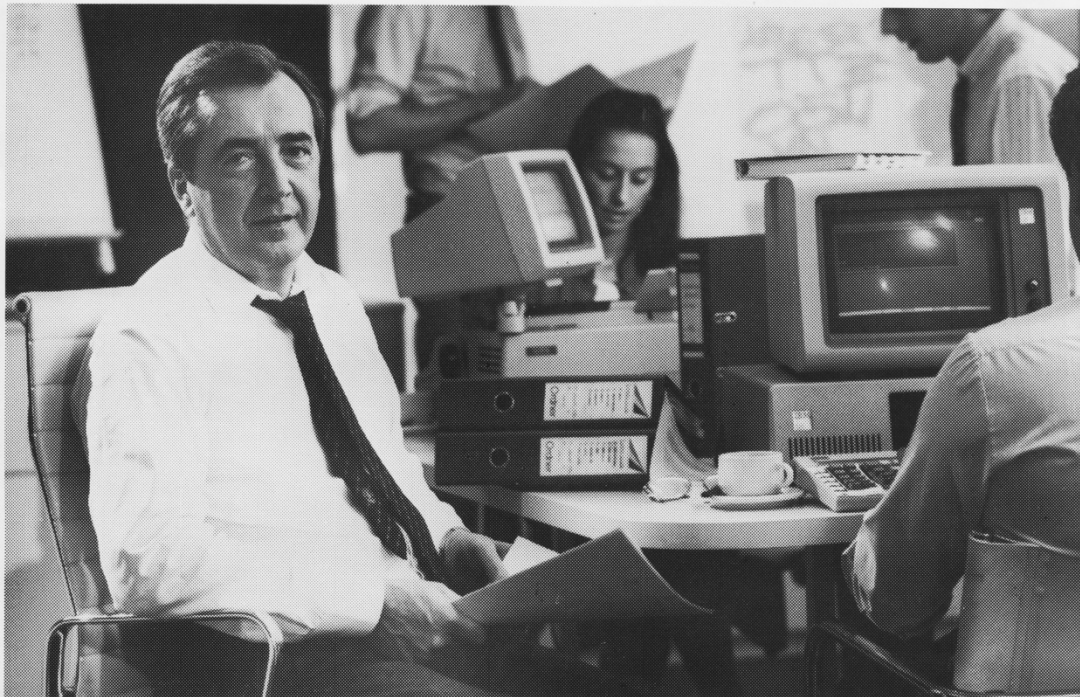
***Mock. Der Mann, der's besser macht. Die ÖVP.***

Abb. 34:

Fertige Druckunterlage. Bitte nur ausschneiden und Ihrer Druckerei übergeben.

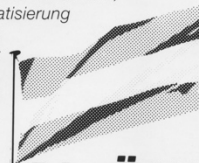


# Wir führen Österreich aus den roten Zahlen.



Wir Österreicher haben 600 Milliarden Schilling Schulden. Wenn der schnellste Bankkassier 8 Stunden täglich ohne Unterbrechung Tausender zählt, braucht er mindestens 18 Jahre für diese Summe. Fast ein Viertel unserer gesamten Schulden geht auf das Konto von Franz Vranitzky: er hat als Finanzminister in nur 2 Jahren 130 Milliarden Schulden gemacht. Verständlich, daß er über seine Vergangenheit nicht sprechen will. Durch die Politik seiner sozialistischen Regierung hat heute jeder neugeborene österreichische Staatsbürger mit dem ersten Schrei bereits 80.000,- Schulden.

Wir Österreicher müssen sofort handeln. Das erste, was wir tun: Durch eine kräftige Steuersenkung die Wirtschaft wieder ankurbeln. Weiters stoppen wir die Verschwendung. Von Einsparungen bei aufgeblähten Bürokratieapparaten und der Reduzierung der Minister, über den Abbau ungerechtfertigter Privilegien bis hin zum Schrumpfen der Dienstwagenflotte gibt es unzählige Möglichkeiten, mit dem Steuer-schilling von uns Österreichern wieder sorgfältiger umzugehen. Und wir werden die Verstaatlichte durch Teilung in überschaubare, überlebensfähige Betriebe und durch Privatisierung wieder in die Gewinnzone führen – so, wie wir sie 1970 mit 1,5 Milliarden Gewinn der sozialistischen Regierung übergeben haben. Wir Österreicher können was. Wir leisten was. Und das wird sich bald wieder lohnen. Höchste Zeit für bessere Zeiten.



**Mock. Der Mann, der's besser macht. Die ÖVP.**

Abb. 35:

Fertige Druckunterlage. Bitte nur ausschneiden und Ihrer Druckerei übergeben.



# Wer sozial denkt, sollte nicht sozialistisch wählen.

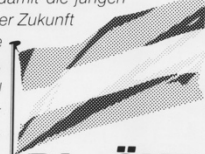


Unter der sozialistischen Regierung ist allein die Lohnsteuer doppelt so stark gestiegen wie die Löhne. Heuer gibt es die meisten Arbeitslosen seit 30 Jahren: 205.000 ohne Job. Das ist, wie wenn ganz Graz stempeln geht. Fast jeder dritte ist unter 25. Die Pensionen blieben 5mal hinter den Preissteigerungen zurück. Die Pensionisten sind still und leise ärmer geworden. Jeder 10. Österreicher lebt von einem Mindesteinkommen an der Armutsgrenze. Das ist die sozialistische „Insel der Seligen“.

Wir Österreicher haben eine andere Vorstellung von sozialem Denken und Handeln: Wir senken die Steuer um 20%.

Dadurch werden vor allem Klein- und Mittelverdiener spürbar entlastet.

Wir schaffen neue Aufträge. Wir schaffen neue Arbeit. Wir geben den Betrieben einen steuerlichen Anreiz, damit die jungen Menschen endlich ihre Vorstellungen von der Zukunft verwirklichen können. Und wir lassen keine Pensionskürzungen mehr zu. Es ist würdelos, gerade bei unseren älteren Mitbürgern zu sparen. Es ist höchste Zeit für soziales Handeln. Es ist höchste Zeit für bessere Zeiten.



**Mock. Der Mann, der's besser macht. Die ÖVP.**





# Die öffentliche Hand muß raus aus unseren Taschen.



Eigentlich könnten wir am 29. Juli für den Rest des Jahres Urlaub machen, denn ab da arbeiten wir nicht mehr für die eigene Tasche. Finanz- und Sozialminister kassieren nämlich schon fast die Hälfte unseres Einkommens.

So einfach war das bisher: Fehlte der Regierung Geld, hat sie einfach die Steuern erhöht oder eine neue erfunden. Die SPÖ behauptet doch, die Partei der Arbeitnehmer zu sein. Seit sie regiert hat, ist allein die Lohnsteuer doppelt so stark gestiegen wie die Löhne. Wir behaupten nichts. Wir machen einfach Ernst mit der Steuersenkung: 20% bei der Lohn- und Einkommensteuer.

Das ist längst fällig. Besonders die kleinen und mittleren Einkommen werden dadurch spürbar entlastet. Und wir werden die 10 Steuersätze auf 3 reduzieren sowie die Ausnahmen und Privilegien weitgehend aufheben. Damit auch der kleine Mann – ohne Steuerberater – zu seinem Recht kommt. Wir Österreicher können uns wieder mehr leisten und mehr kaufen. Die Nachfrage steigt. Es muß mehr produziert werden. Das schafft neue Arbeit. 20% weniger Steuer. Damit sich Leistung wieder lohnt. Höchste Zeit für bessere Zeiten.



**Mock. Der Mann, der's besser macht. Die ÖVP.**

Abb. 37:

Seite 9  
 Kleine Zeitung  
 Mittwoch  
 15. November 1988

Anzeige

Sie haben schon vor Jahren für die SPÖ, für ein sogenanntes „neues Österreich“, gestimmt. Und das hat die sozialistische Regierung, deren Finanzminister von 1984 bis 1986 Franz Vranitzky war, aus Ihrer Stimme gemacht:

1. Höchste Arbeitslosigkeit seit 40 Jahren: 150.000 Arbeitslose.
2. Steuer doppelt so stark erhöht wie die Löhne. 3. Staatsschulden in 16 Jahren von 47 auf 600 Milliarden. 4. Verstaatlichte: 30 Milliarden Stützung aus Steuergeldern und trotzdem 20.000 Arbeitsplätze weniger. 5. Der Wald stirbt. Keine Maßnahmen in Sicht. 6. 5 Pensionskürzungen seit 1980.
7. Bauern: Kaufkraft am Stand von 1975. 8. VOEST-Skandal: 4.200 Millionen Schilling durch Ölspekulation verpulvert.

# **NICKEN SIE NICHT. TUN SIE WAS.**

Tun Sie es jetzt. Wenn Sie wollen, daß sich in Österreich nach dem 23. November endlich was ändert:

☐ Die Wirtschaft wird angekurbelt. Nur neue Aufträge schaffen neue Arbeit.

☐ 20% weniger Steuer. ☐ Radikaler Verschwendungsstop im Staat.

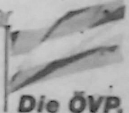
☐ Verstaatlichte: Sanierung durch private Investitionen. ☐ Das Umwelt-Alarmprogramm tritt nach dem Wahltag in Kraft.

☐ Pensionskürzungen kommen nicht mehr in Frage. ☐ Wieder leistungsgerechtes Einkommen für die Bauern.

☐ Persönlichkeitswahlrecht für mehr direkte Demokratie.

Die nächste Möglichkeit, etwas zu ändern, haben Sie erst wieder 1990. Geben Sie uns jetzt Ihren Auftrag. Wählen Sie ÖVP.

Wir führen Österreich aus den roten Zahlen.



Die inhaltliche Verantwortung für diese Anzeige liegt beim Auftraggeber. Bez. Anzeige der ÖVP.

Abb. 38:





Abb. 39:



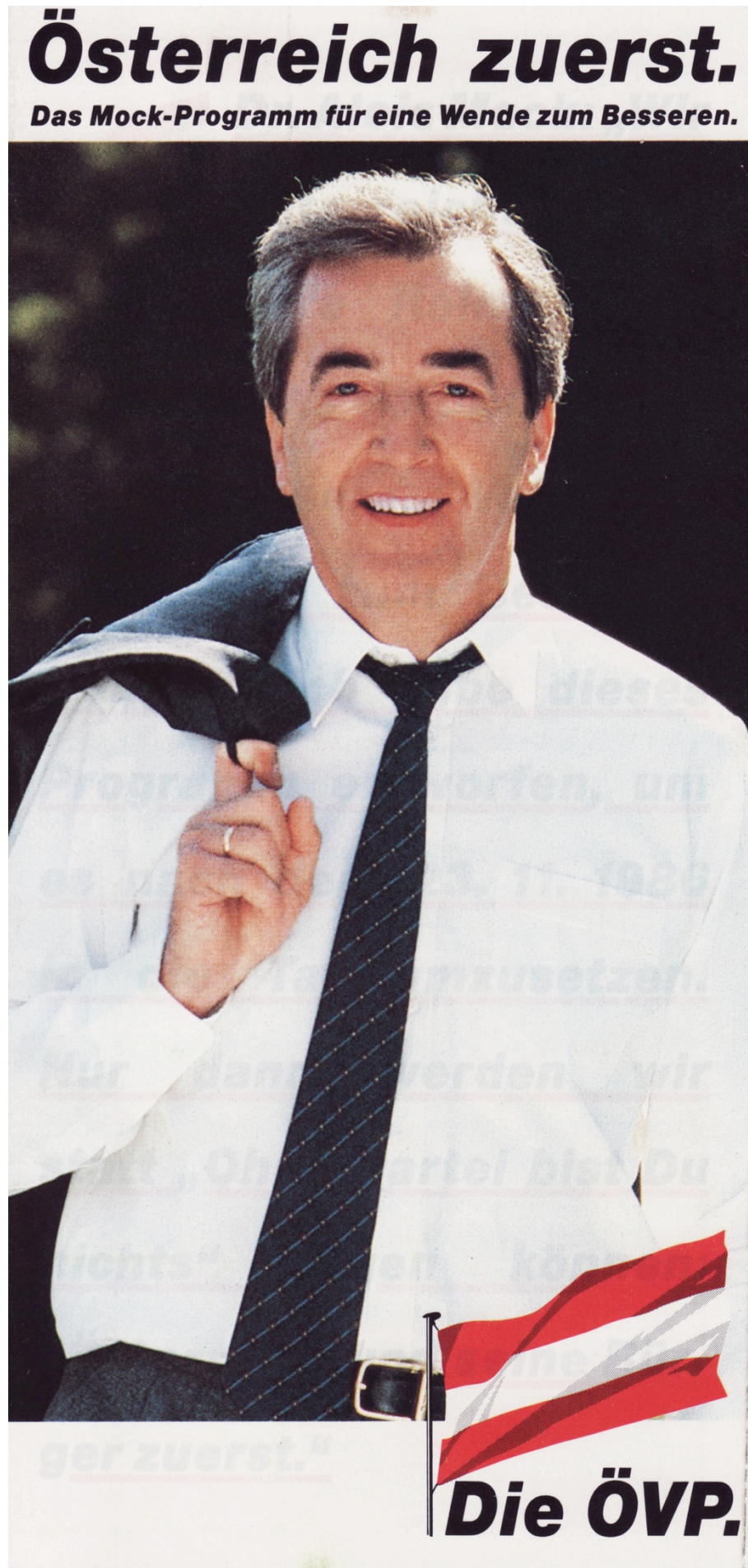


Abb. 40:





Abb. 41:



## **Zusammenfassung**

Die Nationalratswahl vom 23. November 1986 ist eine ganz besondere Wahl, weil sich seit dieser Wahl vor 25 Jahren das Parteienspektrum nur geringfügig verändert hat. Noch heute sind die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ), die Österreichische Volkspartei (ÖVP), die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und die Grünen im Österreichischen Parlament vertreten. Bei der Nationalratswahl 1986 hatten die Grünen erstmals den Einzug in den Nationalrat geschafft und der im September 1986 erstmals zum Bundesparteiboss der Freiheitlichen gewählte Jörg Haider erreichte einen ersten bundesweiten Wahlerfolg für die FPÖ.

Der Wahlkampf 1986 war geprägt vom Duell der beiden Großparteien SPÖ und ÖVP um die Spitzenposition. Die Entwicklung seit der vorangegangenen Wahl 1983 ließ es zu, dass die Volkspartei den Sozialisten „immer näher kam“ und den ersten Platz strittig machte. Die ÖVP wollten, nach 16 Jahren Opposition, Platz eins erreichen, und: sie wollte den Bundeskanzler stellen.

Meine Masterarbeit beleuchtet die politischen Entwicklungen ab der Nationalratswahl 1983 bis hin zur Wahl im Herbst 1986. Es werden die bedeutendsten politischen Ereignisse, wie z.B. die Verstaatlichten-Krise, der Anti-Hainburg-Protest, der „Fall Reder“ oder die umstrittene Wahl Kurt Waldheims zum Bundespräsidenten im Frühjahr 1996 beleuchtet. Denn diese Ereignisse bildeten schließlich den „politischen Boden“ für die Wahlauseinandersetzung im Oktober und November 1986. Aus den verschiedensten Analysen und aus zeitgenössischen Berichten von Spitzenpolitikern und Experten der Bereiche Politikwissenschaft, Sozialwissenschaft und der Meinungsforschung, stelle ich den Nationalratswahlkampf 1986 „global“ dar. Weiters filtere ich insbesondere die Wahlkampfstrategien der beiden Großparteien heraus. Spezielles Augenmerk lege ich auf den Inzeratwahlkampf, welcher sich zwischen SPÖ und ÖVP ereignet hat.

Die SPÖ lieferte einen gleichmäßigen und einheitlichen Wahlkampf und setzte dabei vor allem auf ihren Spitzenkandidaten Franz Vranitzky. Dieser beendete im September 1986 die seit 1983 regierende Koalition aus SPÖ und FPÖ und rief Neuwahlen aus. Mit der Negativ-Kampagne betreffend eines angeblichen „ÖVP-Geheimpapiers“ gelang der SPÖ ein richtiggehender Volltreffer in diesem

Wahlkampf. Schoss sie doch damit das Steuerthema, eines der Hauptthemen der ÖVP, regelrecht ab. Die ÖVP hingegen ließ eine einheitliche Linie vermissen und „stolperte“ mehr durch diesen Wahlkampf, als das sie eine einheitliche Wahlkampflinie präsentierte. Auch an den Inseraten lässt sich erkennen, dass sich die ÖVP-Strategen nicht entscheiden konnten, ob sie auf den ursprünglich geplanten Themenwahlkampf setzen, oder sich auf den Persönlichkeitswahlkampf der SPÖ einlassen sollten. Die Grundbotschaften des Wahlkampfs der ÖVP, wie zum Beispiel die Forderung nach einer „Wende“, dass ein „neuer Anfang“ gemacht werde müsse, dass es eine „andere Politik“ brauche, war zwar auch vom Wähler – bei Arbeitsmarktpolitik, Verstaatlichtenpolitik, Wirtschaftspolitik, Demokratiep politik usw. – anerkannt, allerdings setzte die ÖVP diese Stimmung nicht für sich um. Die WählerInnen, die Protest artikulieren wollten, wählten andere, beispielsweise die FPÖ. Die Gründe dafür sind vielfältig, es lag sicher auch an der unterschiedlichen Darstellung des VP-Spitzenkandidaten Alois Mock. Die ganzseitigen Inserate zu Beginn des Wahlkampfes vermittelten das Bild eines dynamischen, sympathischen Mannes. Seine Auftritte im Wahlkampf, speziell bei der TV-Konfrontation mit Vranitzky, zeigten dann ein anderes Bild: verkrampt, unlocker, müde, abgekämpft. Die ÖVP konnte nicht vermitteln, dass diejenigen, die eine Wende wollten, auch ÖVP wählen mussten. Der ÖVP gelang es nicht dem Spitzenkandidaten der SPÖ den „Schwarzen Peter“ für steigende Arbeitslosigkeit, VOEST-Debakel usw. anzuhängen. Die ÖVP griff zwar in den Inseraten die SPÖ und deren Politik heftig an, doch gerade diese war ja eigentlich unterrepräsentiert – man sah überall nur Vranitzky – nicht die Partei. Und die Angriffe der ÖVP auf die SPÖ waren bei weitem nicht so erfolgreich, wie die SPÖ-Kampagne zum „ÖVP-Geheimpapier“.

Die ÖVP hatte es nicht geschafft diese Nationalratswahl zu einer Abstimmung über Themen und Konzepte zu machen. Der Wahlkampf entwickelte sich zu einer Diskussion über mögliche Koalitionsvarianten und Ministerlisten und somit lief die Wahlkampfstrategie der ÖVP völlig am tatsächlichen Geschehen vorbei. Zuletzt wurde die Wahl zu einer Abrechnung der WählerInnen mit den Großparteien und nicht mit den Regierungsparteien, wobei die FPÖ – eigentlich als eine solche – und die „Grünen“ besser punkten konnten. Die ÖVP musste als Oppositionspartei durch die Finger schauen.

## Lebenslauf Markus Hammer

Name: Markus Hammer  
Geburtsdatum: 1.1.1973  
Geburtsort: Wien  
e-Mail: [a9407245@unet.univie.ac.at](mailto:a9407245@unet.univie.ac.at)



### Studienrichtungen an der Universität Wien:

1994-2001: Rechtswissenschaften  
1996-2002: Geschichte und Politikwissenschaften  
2002-2005: Diplomstudium Geschichte  
2010: Bachelorstudium Geschichte  
Abschluss „Bachelor of Arts“  
2010-2011: Masterstudium Geschichte  
Schwerpunkt: Österreichische Geschichte  
Geplanter Abschluss „Master of Arts“ im Oktober 2011

### Ausschnitt Berufserfahrung:

2009-2011: Pressesprecher und stv. Büroleiter  
Amt der NÖ Landesregierung  
  
2008-2009: Chefredakteur und Leiter der Internetredaktion  
Media Contacta Ges.m.b.H., Volkspartei NÖ  
  
2005-2008: Redakteur  
ÖVP-Bundespartei

### Interessen in der Geschichtswissenschaft:

Zeitgeschichte und Politik  
Österreichische Geschichte  
Geschichte der USA  
Europäische Geschichte